

Wahlprogramm 2024

https://www.bundestagswahl-bw.de/fileadmin/bundestagswahl-bw/2025/Wahlprogramme/AfD_Leitantrag-Bundestagswahlprogramm-2025.pdf

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13345 Berlin

LEITANTRAG

DER BUNDESPROGRAMMKOMMISSION

PROGRAMM DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

FÜR DIE WAHL ZUM 21. DEUTSCHEN BUNDESTAG

zum 16. Bundesparteitag der AfD in Riesa

11. bis 12. Januar 2025

WT Energiesysteme Arena

Am Sportzentrum 5 | 01589 Riesa

Stand: 28. November 2024

2

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

ZEIT FÜR WOHLSTAND ZEIT FÜR SICHERHEIT ZEIT FÜR ZUSAMMENHALT

Wirtschaft & Infrastruktur

☐ Wirtschaft

☐ Bauen & Wohnen

☐ Infrastruktur & Energie

☐ Digitalisierung

Äußere Sicherheit

☐ Außenpolitik

☐ Verteidigungspolitik

☐ Diplomatische

Beziehungen

☐ Handelspolitik

☐ Auswärtige Kulturpolitik

☐ Entwicklungspolitik

Demokratie & Rechtsstaat

☐ Sicherung Bürgerrechte

☐ Gewaltenteilung

gewährleisten

☐ Europäische Union

Rente, Soziales & Gesundheit

☐ Rente

☐ Soziale Sicherung

☐ Gesundheit

Asyl- & Migrationspolitik

- Zuwanderung regeln
- Asylparadies schließen
- Rückführungen
- Integration
- Qualifizierte Zuwanderung

Familie & Demografie

- Starke Familien
- Demografische Wende
- Willkommenskultur für Kinder
- Nur zwei biologische Geschlechter

- Kinderbetreuung
- Trennungsfolgen mindern
- Inobhutnahmen regeln

Finanzen & Steuern

- Haushaltspolitik
- Steuern
- Währungspolitik

Innere Sicherheit

- Kriminalitätsbekämpfung
- Extremismusbekämpfung
- Bundespolizei & Grenzschutz

Bildung, Wissenschaft & Technologieoffenheit

- Schulbildung
- Berufliche Bildung
- Migration und Bildung
- Hochschulsystem & Wissenschaft
- Forschung & Technik

Landwirtschaft, Umwelt & Klima

- Agrarpolitik
- Ländlicher Raum
- Verbraucherschutz
- Tierschutz & -wohl
- Klima
- Umweltschutz
- Jagd, Artenschutz und Fischerei
- Wald & Forst
- Gewässer & Trinkwasserschutz
- Kultur & Medienpolitik

- Leitkultur
- Brauchtum & Gedenken
- Schutz deutscher Sprache
- Kulturförderung
- Umsatzsteuerpflicht für Kulturschaffende
- Grundfunk statt GEZ
- Filmförderung

3

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

Inhaltsverzeichnis¹

Zeit für Wohlstand²

Wirtschaft und Infrastruktur	83
Den Wirtschaftsstandort Deutschland wiederherstellen.....	84
Deutschland ist als Wirtschaftsstandort unattraktiv geworden	85
Freies Unternehmertum und Wirtschaftsstandort stärken	96
Die deutsche Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten	97
Vorrang für den Wettbewerb - für einen attraktiven Wirtschaftsstandort	108
Eigenverantwortung der Bürger stärken, Handlungsspielräume vergrößern	119
Unsere Bürger im Mehltau des linken Zeitgeistes	1110
Unsere Maßnahmen für starke Bürger.....	1211
Wir wollen ein Volk von Eigentümern werden	1312
Wohn- und Baunebenkosten senken	1313
Baurecht muss nationales Recht bleiben	1314
Bestandsschutz	1315
Mieter zu Eigentümern machen.....	1316
Einheimische fördern	1317
„Alles wieder zurück auf Start“: Kein erleichtertes Baurecht für großflächige18 Energieerzeugungsanlagen	1319
Eine Infrastruktur für Deutschlands Zukunft	1420
Energieinfrastruktur und Energiepolitik	1421
Verkehrspolitik – ideologiefrei und bedarfsgerecht	

.....	1622
Den Motorisierten Individualverkehr	
schützen.....	1623
Bundesautobahnen entlasten – Transitverkehr auf Schiene und Wasserwege verlagern	1624
Sichererer, sauberer und verlässlicher	
Schienenverkehr.....	1625
Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor stärken	
.....	1726
Digitalisierung	
.....	1827
Analoges Leben	
.....	
..	1828
Datensammelkrake Staat und Social Scoring (Sozialbewertung)	
1829	
Digitale Assistenzsysteme	
.....	1830
Kampf gegen Desinformation	
.....	1931
DSGVO	
.....	
.....	1932
Digitale Souveränität	
.....	1933
Künstliche	
Intelligenz.....	
.....	2034
Rente, Soziales und Gesundheit.....	2135
Unser Konzept für eine faire und auskömmliche Rentenversicherung	2136
Die desolate Situation im deutschen Rentensystem	
.....	2137
Unser Rentenkonzept gegen Altersarmut	
.....	2138
Weitere Bausteine, die die Rente langfristig stabilisieren	
.....	2239
Unser Konzept für eine faire Arbeitslosenversicherung	2240
4	
Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland Eichhorster Weg 80 13435 Berlin	
Unser Konzept für eine Grundsicherung	
.....	2341
Das derzeitige Bürgergeld funktioniert nicht	
.....	2342
Für eine funktionierende Grundsicherung für Arbeitssuchende.....	
2443	
Mehr Wohngeld statt sozialem Wohnungsbau	
2444	
Hilfe für alle, die sich nicht selbst helfen können	

2545

Zweckentfremdung der Sozialversicherungen beenden 2546

Unser Konzept einer zukunftssicheren Kranken- und Pflegeversicherung..... 2547

Unser Konzept für eine funktionierende Gesundheitspolitik 2648

Die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser sicherstellen

..... 2649

Ambulante Versorgung verbessern

..... 2650

Ambulante und stationäre Versorgung sichern

..... 2651

Arzneimittelversorgung

gewährleisten..... 2752

Organspende

.....

..... 2753

Geschlechtsidentität

..... 2754

Sterbehilfe

.....

..... 2755

Cannabis

.....

..... 2756

Impfpflicht

.....

..... 2857

Heilpraktiker

.....

..... 2858

Patientendaten und Telematik

..... 2859

WHO – Reform oder Austritt

..... 2860

Personal aus dem Ausland – nur nach deutschen Standards

..... 2961

Corona aufarbeiten

.....

2962

Entbürokratisierung des Gesundheitswesens

..... 2963

Finanzen und Steuern 3064

Bundeshaushalt konsolidieren, Steuerverschwendung beenden, Schuldenbremse⁶⁵

einhalten

.....

3066

Konnexitätsprinzip einhalten

.....3067

Zuwendungen an Nichtregierungsorganisationen reduzieren	3068
Wahre Kosten der Asylpolitik freilegen	3069
Steuerfinanzierte Öffentlichkeitsarbeit der Regierung drastisch kürzen	3170
Steuerrecht stark vereinfachen	3171
Absenkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie auf 7 %	3172
Abschaffung aller CO 2-Abgaben	3173
Arbeit muss sich lohnen – Niedriglohnsektor und Mittelstand entlasten	3274
Grundsteuer abschaffen und Steuerausfälle kompensieren	3275
Familiensplitting einführen	3276
Kein eigenes Besteuerungsrecht der Europäischen Union	3377
Vermögen- und Erbschaftsteuer abschaffen	3378
Erhöhung Sparerpauschbetrag auf 2.400 Euro.....	3379
Währungspolitik – Das Euro-System scheitert	3480
Zurück zu Recht, Wohlstand und sozialem Frieden	3481
Deutschland muss aus dem Euro-System austreten	3482
Absicherung gegen die Eurokrise, Geldsystem reformieren und Staatsgold zurückholen	3483
Beendigung der planwirtschaftlichen Politik der EU	3584
Keine Schuldenaufnahme durch die EU: Kredite nur auf nationaler Ebene	3685
Keine deutsche Haftung für ausländische Banken	3686
5	
Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland Eichhorster Weg 80 13435 Berlin	
Target-2-Risiko beenden	3687
Bargeld ist Freiheit und Schutz vor Enteignung und Totalüberwachung	3788
Recht auf analoges Leben: ohne Vermögensregister und digitalen Euro	3789
Bitcoin: Erhalt von Freiheit und Staatsferne	3890
Landwirtschaft, Umwelt und Klima	3991

Agrarpolitik in Deutschland entscheiden	3992
Ländlicher Raum und Familienbetriebe	4093
Verbraucherschutz	
4094	
Düngung, Pflanzenschutz und Gentechnik	4195
Tierschutz und Tierwohl.....	
4196	
Klima	
..... 4197	
Umweltschutz statt Wind- und Solarausbau.....	4398
Jagd, Artenschutz und Fischerei.....	4399
Waldpflege und Forstwirtschaft.....	4410
0	
Gewässerschutz und Trinkwasserversorgung	44101
Zeit für Sicherheit102	
Äußere Sicherheit	
46103	
Außenpolitik muss Realpolitik in deutschem Interesse sein	46104
Verteidigungspolitik – Wiederherstellung der Wehrfähigkeit Deutschlands	47105
Zivilschutz in Deutschland ausbauen	48106
Deutschland in Europa und der Welt	
48107	
Eine neue Friedensordnung auf dem europäischen Kontinent.....	48108
Das Verhältnis zu ausgewählten Staaten	48109
Handelspolitik – Deutschland muss wirtschaftliche Stärken ausbauen	50110
Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands	50111
Entwicklungspolitik neugestalten	51112
Asyl- und Migrationspolitik	52113
Zuwanderung wieder national regeln	52114
Asylparadies Deutschland schließen	53115
Ökonomische Anreize	

senken.....	54116
Deutschland braucht eine umfassende Rückführungsoffensive	55117
Integration	
.....	
56118	
Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht verschenkt werden	
57119	
Migration und Wohnungsmarkt	
.....	57120
Förderung der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte	58121
Innere Sicherheit	
.....	59122
Wirksame Bekämpfung der Kriminalität	
59123	
Jugendstrafrecht	
.....	
60124	
Stärkung der	
Polizei.....	
.. 60125	
Justiz, Strafvollstreckung und -vollzug verbessern	
.....	61126
6	
Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland Eichhorster Weg 80 13435 Berlin	
Waffenrecht überarbeiten	
.....	61127
Gewalt und Extremismus entschieden bekämpfen	
61128	
Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus	
.....	62129
Strafbarkeit der Forderung nach einem Kalifat	
.....	62130
No-go-Areas und	
Parallelgesellschaften.....	62131
Einer weiteren Islamisierung treten wir entgegen	
.....	63132
Polygamie, Zwangsheirat und Kinderehen	
.....	63133
Körper- und Gesichtsbedeckung	
.....	63134
Bundespolizei für nationalen Grenzschutz rüsten	
64135	
Zeit für Zusammenhalt136	
Demokratie und Rechtsstaat - Das Volk ist der Souverän	65137
Für eine Sicherung der Bürgerrechte	
65138	
Supranationale Organisationen und die deutsche Souveränität.....	

65139

Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild

..... 66140

Grundrecht der Meinungsfreiheit – keine Zensur in der öffentlichen Debatte

67141

Gewaltenteilung gewährleisten

.....67142

Reform des Parlamentsrechts

..... 67143

Freie Listenwahl und freies Mandat

.....68144

Die Selbstbedienung der Parteien beenden

.....68145

Kampf der Parteibuchwirtschaft

.....68146

Berufspolitikertum: Mandats- und Amtszeiten begrenzen

.....68147

Lobbyismus kontrollieren

..... 69148

Entpolitisierung der Justiz

..... 69149

Verfassungsschutz grundsätzlich reformieren

..... 69150

Hinweisgeber (Whistleblower)

schützen..... 69151

EU: Entrechtung von Nationalstaaten und Bürgern

70152

Unser Ziel: Ein Europa der Vaterländer als Bund souveräner Staaten

70153

Familie und Demografie..... 71154

Starke Familien für eine starke Gesellschaft

..... 71155

Demografische Wende für Deutschlands Zukunft

..... 72156

Willkommenskultur für Kinder

..... 73157

Die zwei Geschlechter sind eine biologische Tatsache

..... 74158

Verantwortungsvolle Kinderbetreuung

..... 75159

Trennungsfolgen mindern

..... 76160

Inobhutnahmen einheitlich regeln und Familien schützen

..... 76161

Bildung, Wissenschaft und Technologieoffenheit 77162

Mut zur Leistung

.....

77163

Mehrgliedriges Schulsystem erhalten

.....78164

Schulpflicht zur Bildungspflicht

umwandeln..... 78165

Wiedereinführen von Vorschulklassen

..... 78166

Förderschulen als Bildungschance erhalten

..... 78167

Meinungsvielfalt statt einseitiger

Ideologie..... 78168

Sinnvolle

Digitalisierung.....

..... 79169

Disziplinarrechte der Lehrer und Schulen stärken

..... 79170

7

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

Berufliche Bildung stärken: mehr Meister statt Master79171

Migration und Bildung

.....79172

Islamisierung an deutschen Schulen

beenden..... 79173

Hochschulsystem und Wissenschaft
80174

Bologna ist gescheitert: Diplom und Magister wiedereinführen.....
80175

Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre bewahren 80176
Forschung und

Technik..... 80177

Subventionen, Dirigismus und Halbleiterindustrie

..... 81178

Kerntechnik

.....

..... 81179

Rohstoff- und Kreislaufwirtschaft

..... 81180

Gentechnik

.....

..... 82181

Luft- und Raumfahrt

.....

82182

Kultur und Medienpolitik..... 83183

Deutsche Leitkultur statt „Multikulturalismus“
83184

Brauchtum und Gedenken

.....	83185
Schutz der deutschen	
Sprache.....	84186
Kulturförderung	
.....	
84187	
Keine Umsatzsteuerpflicht für Musiker, Künstler und freie Pädagogen	
.....	84188
Medienpolitik	
.....	84189
GRUNDFUNK statt GEZ-Zwangsabgabe	
.....	84190
Filmförderung	
.....	
....	85191
192	
8	
Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland Eichhorster Weg 80 13435 Berlin	
Zeit für Wohlstand	193
Wirtschaft und Infrastruktur	194
Den Wirtschaftsstandort Deutschland wiederherstellen	195
Wir stehen fest zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die seit Jahrzehnten	196
Wohlstand und sozialen Frieden in unserem Land sichern.	197
Wir wollen in einer Zeit globaler Herausforderungen die Grundwerte unserer	198
Wirtschaftsordnung bewahren und so weiterentwickeln, dass wir eine freiheitliche und	199
erfolgreiche Gesellschaft gewährleisten, in der die Bürger ihr Leben eigenverantwortlich	200
und selbstbestimmt führen können.	201
Wir setzen uns für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ein, die Innovation und	202
Unternehmertum fördert, Wohlstand für alle schafft und insbesondere dem Mittelstand	203
neue Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet.	204
Wir treten dafür ein, dass Arbeitnehmer immer deutlich bessergestellt sind als	205
Empfänger von Sozialleistungen. Ihre Arbeit soll eine auskömmliche und sichere Rente	206
gewährleisten.	207
Wir tragen Sorge dafür, dass wirklich Bedürftige in den Grundsicherungssystemen	208
aufgefangen werden. Ein selbstgewähltes Leben auf Kosten der Allgemeinheit wird nicht	209
gefördert.	210
Mit unseren Maßnahmen bringen wir wieder Optimismus und Zuversicht in die	211
Gesellschaft. Viele Regelungen der EU schwächen Wirtschaft und Wettbewerb, statt sie	212
zu stärken. Beispiele dafür sind der „Green Deal“ und der Einfluss auf Energiefragen.	213
Deutschland ist als Wirtschaftsstandort unattraktiv geworden	214
Deutschland ragte in früheren Jahrzehnten international heraus durch wirtschaftliche	215
und wissenschaftliche Exzellenz. Die gegenwärtige Situation ist hingegen von einem	216
wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Niedergang geprägt. Technologievorgaben,	217
Auflagen und Verbote setzen den marktwirtschaftlichen Wettbewerb in Teilen außer	218
Kraft; suboptimale technische Lösungen und Produkte sind die Folge. Viele davon sind	219
ohne staatliche Subventionen nicht marktfähig, zum Beispiel alternative Energien und	220
Elektroautos. Viele Auflagen sind zudem mit den Ressourcen unseres Landes nicht zu	221

vereinbaren. Dies gilt für den eingeschränkten Zugang zu Rohstoffen wie seltene Erden²²²
für alternative Energien und Antriebe, zu preiswerter fossiler oder nuklearer Energie²²³
genauso wie für gut ausgebildete in- und ausländische Fachkräfte.²²⁴
Unsere Schulbildung erfolgt nicht mehr nach dem Leistungsprinzip. Auch mangelt es an²²⁵
Basiswissen in Mathematik und Deutsch am Ende der Grundschule. Dies setzt sich im²²⁶
weiteren Schulverlauf fort, wodurch zahlreiche Schulabgänger nicht mehr²²⁷
ausbildungsfähig sind. Während fast alle anderen Länder ihre Schulleistungen²²⁸
verbessern konnten, ist das einst führende Deutschland im weltweiten Vergleich auf ein²²⁹
mittleres Niveau zurückgefallen. Nachfolgende Generationen sind so nicht mehr²³⁰
international wettbewerbsfähig.²³¹

9

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Für gut ausgebildete Fachkräfte aus dem In- und Ausland ist Deutschland nicht mehr²³²
attraktiv: Zu abschreckend sind hohe Steuern und Abgaben, mangelnde Sicherheit im²³³
öffentlichen Raum, unzureichende Schulbildung in öffentlichen Schulen, knapper,²³⁴
teurer Wohnraum sowie geringe Chancen auf Eigentumsbildung und eine²³⁵
auskömmliche Alterssicherung.²³⁶

Deutsche Unternehmenssteuern sind im internationalen Vergleich zu hoch und hindern²³⁷
unsere Unternehmen daran, dringend benötigte Zukunftsinvestitionen vorzunehmen.²³⁸
Das kaum noch zu überblickende Ausmaß an Regulierung und Verboten senkt die²³⁹
Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts für in- und ausländische Investoren. Eine²⁴⁰
fortschrittliche wirtschaftliche Entwicklung wird dadurch zusätzlich erschwert. So fließt²⁴¹
seit einigen Jahren viel mehr Investitionskapital aus Deutschland heraus als hereinfließt.²⁴²
Vor allem für Mittelstand und Landwirtschaft sind die strangulierenden Vorgaben der²⁴³
Politik nicht mehr zu bewältigen. Viele Betriebe geben auf oder suchen neue Chancen im²⁴⁴
Ausland.²⁴⁵

Die immense Steuer- und Abgabenlast führt in Teilbereichen der Wirtschaft vermehrt zu²⁴⁶
Schwarzarbeit, schwarzen Kassen und Lohndumping in verschachtelten²⁴⁷
Subunternehmer-Pyramiden. Dadurch entsteht an Staat und Steuer vorbei eine²⁴⁸
Parallelwirtschaft in einer Größenordnung von Hunderten Milliarden.²⁴⁹
Freies Unternehmertum und Wirtschaftsstandort stärken²⁵⁰

Wir streben eine funktionierende Wirtschaft an, die aus eigener Kraft und Profitabilität²⁵¹
in Forschung und Entwicklung investiert, um dem internationalen Markt innovative und²⁵²
wettbewerbsfähige Angebote zu machen. Deutsche Unternehmen sollen an der²⁵³
Weltspitze der Exportunternehmen stehen und „Made in Germany“ wieder zu einem²⁵⁴
Markenzeichen für Exzellenz und Einzigartigkeit machen.²⁵⁵

Dafür streben wir eine auf Leistung und Talentförderung ausgelegte Schul- und²⁵⁶
Berufsbildung an. Unsere Universitäten sollen in die Lage versetzt werden, erstklassige²⁵⁷
Talente aus Deutschland und aller Welt anzuziehen und unser Land in den Top-Branchen²⁵⁸
zu einem internationalen Innovationsführer zu machen.²⁵⁹

Dazu zählen wir neben den Traditionsbranchen wie Automobilbau, Maschinenbau,²⁶⁰
Chemie auch moderne Hochtechnologien wie Dual-Fluid-Nukleartechnik,²⁶¹
Weltraumtechnologie, Nano-Technologie und Künstliche Intelligenz.²⁶²

Die deutsche Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten²⁶³

Die AfD sieht die strategische Bedeutung der deutschen Automobil- und²⁶⁴
Zulieferindustrie. Gerade der für den Großteil der Arbeitsplätze zuständige Mittelstand,²⁶⁵
insbesondere der metallverarbeitenden Industrie, ist abhängig vom Fortbestand des²⁶⁶

Verbrennungsmotors. Es ist daher die Aufgabe der Bundesregierung, auf nationaler und267
europäischer Ebene für eine technologieoffene Gesetzgebung zu sorgen. Die heutige268
einseitige Bevorzugung von Elektromobilität ist sofort zu stoppen, ebenso die269
Finanzierung der Ladeinfrastruktur aus öffentlichen Mitteln. Diese kann aus Gründen270
mangelnder Stromkapazitäten und Infrastruktur gar nicht flächendeckend eingesetzt271
werden. Die Batterieproduktion belastet die Umwelt außerdem weit stärker als der272
Verbrennungsmotor.273

10

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

Ob der Verbrennungsmotor eines Tages durch andere Antriebsformen abgelöst wird274
oder weiter existiert, muss wieder eine Frage des technischen Fortschritts sowie des275
Marktes werden und darf nicht auf ideologischer Verbotspolitik basieren. Wenn die276
bestehende, realitätsfremde EU-CO 2-Reduktionsgesetzgebung im Verkehrssektor nicht277
verhindert werden kann, sind synthetische Kraftstoffe als zukunftsfähiger Treibstoff für278
Verbrennungsmotoren zu berücksichtigen. Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, welche279
mit synthetischem Kraftstoff angetrieben werden, müssen hinsichtlich Ihrer280
Abgabenlast gegenüber elektrisch angetriebenen Fahrzeugen eine Gleichbehandlung281
erfahren. Dies gilt sowohl für den Energieträger selbst als auch für das Fahrzeug282
insgesamt.283

Vorrang für den Wettbewerb - für einen attraktiven Wirtschaftsstandort284

Staatliche Eingriffe in den Markt werden wir auf ein Minimum reduzieren. Wir sorgen285
stattdessen für Rahmenbedingungen, die Deutschland wieder attraktiv machen und286
unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellen. Damit Unternehmer an287
die Zukunft des Standorts Deutschland glauben können, werden wir288
Den Zugang zu sicherer und bezahlbarer Energie wiederherstellen durch:289

□ Verlängerung der Laufzeiten der Kohlekraftwerke290

□ Wiedereinstieg in die Nutzung der Kernenergie291

□ Reparatur und Wiederinbetriebnahme der Nord Stream-Pipelines292

□ Aufhebung des Verbots von Gas- und Ölheizungen293

□ Abschaffung der CO 2-Abgabe294

□ Reduzierung der Energiesteuer und Senkung der Stromsteuer auf das Minimum295

□ Verhinderung immer höherer Netzentgelte durch Windenergie-Ausbaustopp296

Strangulierende Bürokratie und wettbewerbsverzerrende Vorschriften reduzieren wir297
durch:298

□ Abschaffung von Lieferkettensorgfaltsgesetz und EU-Lieferkettenrichtlinie299

□ Abschaffung des Verpackungsgesetzes300

□ Abbau der Nachhaltigkeitsberichterstattung301

□ Vereinfachung der Datenschutzgrundverordnung302

□ Vereinfachung des Vergaberechts303

□ drastische Reduzierung von Vorschriften, Berichts- und Dokumentationspflichten304
für Mittelstand und Landwirte305

□ Aufhebung des Verbrennerverbots und der unerreichbaren Flottengrenzwerte306

□ Wiedereinführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes in der Gastronomie307

Die deutsche Infrastruktur modernisieren wir durch:308

□ planvolle, kontinuierliche Sanierung von Straßen, Schienenwegen und Brücken309

□ Beschleunigung notwendiger Neuinvestitionen durch Vereinfachung von Planungs-310
und Genehmigungsverfahren311

- Beschleunigung des Aufbaus der digitalen Infrastruktur³¹²
- Vorantreiben der Digitalisierung der Verwaltung³¹³
- ein KMU-freundliches Weltraumgesetz, das unsere Möglichkeiten im All voranbringt³¹⁴

11
Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Den internationalen Handel fördern wir indem wir:³¹⁵

- den Austausch mit anderen Märkten erleichtern und intensivieren³¹⁶
- vorhandene Handelshemmnisse beseitigen³¹⁷
- vorteilhafte Handelsabkommen für unser Land abschließen, die dazu beitragen,³¹⁸ unsere Rohstofflieferketten zu sichern³¹⁹
- wirtschaftsschädliche Sanktionen beenden³²⁰

Mehr Netto vom Brutto schaffen wir durch:³²¹

- Senkung der Einkommensteuer durch einen deutlich höheren Grundfreibetrag³²²
- Senkung der Unternehmenssteuern auf ein international konkurrenzfähiges Niveau³²³
- Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle³²⁴

Mehr kluge Köpfe und Ideen gewinnen wir durch:³²⁵

- zu erstklassiger Bildung, Ausbildung, Forschung und Wissenschaft zurückkehren³²⁶
- die Abwanderung heimischer Fachkräfte stoppen und Ausgewanderte zurückholen³²⁷ durch attraktive Rahmenbedingungen für Arbeit, Vermögensbildung, Ausbildung³²⁸ und Sicherheit³²⁹

- einen zusätzlichen Steuerfreibetrag für Rentner bereitstellen, um Senioren im³³⁰ Arbeitsmarkt zu halten³³¹

- durch unser Konzept „Aktivierende Grundsicherung“ hunderttausende³³² arbeitsfähige Bürgergeldempfänger in den Arbeitsmarkt zurückbringen³³³

- von Technologieverböten auf Technologieoffenheit umsteigen³³⁴

- den CO 2-Grenzausgleich abschaffen³³⁵

Eigenverantwortung der Bürger stärken, Handlungsspielräume vergrößern³³⁶

Eigenverantwortung als Einstehen für die Folgen des eigenen Handelns ist ein³³⁷

unverzichtbares Merkmal jeder freien Gesellschaft und gleichzeitig unabdingbarer³³⁸

Bestandteil der Menschenwürde – auch im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen³³⁹ Teilhabe.³⁴⁰

Ausgangspunkt für die Stärkung der Eigenverantwortung ist für uns neben der Stärkung³⁴¹

des familiären Lebens eine umfassende Schulbildung, die unsere jungen Bürger zu gut³⁴²

gebildeten und kritischen Mitgliedern unserer Gesellschaft macht, den Grundstein für³⁴³

eine erfolgreiche berufliche Entwicklung legt und sie zur Mitwirkung in Staat und³⁴⁴

Ehrenamt befähigt. Unser Verständnis von Bildung schließt neben geistigen Fähigkeiten³⁴⁵

und handwerklichem Können auch soziale Kompetenz mit ein.³⁴⁶

Unsere Bürger im Mehltau des linken Zeitgeistes³⁴⁷

Die Stimmung der Bürger unseres Landes ist heute von Verunsicherung und³⁴⁸

Pessimismus geprägt: Unsicherheit durch bürgerferne Politik Unsicherheit darüber, was³⁴⁹

man noch sagen darf; Unsicherheit über die Sicherheit in unseren Städten; Angst vor³⁵⁰

einem großen Krieg und Sorge um die finanzielle Zukunft.³⁵¹

Maßgeblich dazu beigetragen hat die bewusste Panikmache der Regierung während der³⁵²

Corona-Pandemie. Der Ukrainekrieg, die angeblich existenzbedrohende Klimakrise und³⁵³

die exorbitante Verteuerung der Lebenshaltung in den letzten Jahren hat vielen Bürgern³⁵⁴

den Zukunftsoptimismus genommen. Nicht nur Wirtschaftsunternehmen, auch viele³⁵⁵

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
unserer Leistungsträger haben das Vertrauen in die aktuelle Politik und den Standort
Deutschland verloren.357

Unsere Maßnahmen für starke Bürger358

Wir wollen selbstbewusste und kritische Bürger, die ihre demokratischen Rechte
kompetent wahrnehmen, und wollen deshalb die Bürger durch staatliche Vorgaben nicht
unnötig einschränken. Diese Ziele wollen wir verwirklichen durch361

□ Wiederherstellung eines funktionierenden, politisch neutralen Bildungswesens als
Ort der Vorbereitung auf den späteren Leistungswettbewerb,363

□ Vermittlung praxisorientierter Kenntnisse in den Bereichen Sozialversicherungen,364
Wirtschaft und Geldanlage bereits in der Schule,365

□ grundlegende, vereinfachende Reformen zur besseren Verständlichkeit des Steuer-366
und Sozialsystems,367

□ Senkung der Steuer- und Abgabenlast zur Erweiterung des finanziellen
Handlungsspielraums der Bürger,369

□ Förderung von Selbständigkeit und Unternehmensgründungen unter anderem
durch Abbau von Vorschriften auf das notwendige Minimum,371

□ erweiterte steuerliche Absetzbarkeit für die private, kapitalgedeckte Altersvorsorge,372

□ Förderung der privaten Vermögensbildung und des privaten Wohneigentums.373

13

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Wir wollen ein Volk von Eigentümern werden374

In weiten Teilen Deutschlands herrscht unter anderem durch unkontrollierte
Einwanderung Wohnungsnot. Ausufernde gesetzliche Vorgaben zum Bau- und
Mietrecht, wie das sogenannte Heizungsgesetz, behindern die Erstellung preiswerter
Wohnungen.378

Wir werden den Wohnungsbau von diesen Fesseln befreien, damit sich in Zukunft wieder
jeder Bürger eine Wohnung oder ein Haus leisten kann. Wohlstand entsteht aus
Wohneigentum. Siebzig Prozent aller EU-Bürger leben im Eigentum, während die
Mehrheit der Deutschen nicht in den eigenen vier Wänden sondern zur Miete wohnt.
Wohn- und Baunebenkosten senken383

Neben den Baukosten sind die Wohnnebenkosten deutlich zu senken, um Wohnen für
die Bürger wieder bezahlbar zu machen. So sind die Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer,
die Grundsteuer und der Rundfunkbeitrag (GEZ) aufzuheben, sowie die
Grunderwerbssteuer für ausländische Käufer mit Hauptwohnsitz außerhalb der EU auf
20% zu erhöhen, so wie in Österreich. Ideologiegetriebene Kosten wie EEG-Umlage, CO 2-
Steuer und das Gebäudeenergiegesetz (GEG) werden wir abschaffen.389

Baurecht muss nationales Recht bleiben390

Nach dem Subsidiaritätsprinzip sind Entscheidungen zum Baurecht den
Nationalstaaten vorzubehalten. Die kostentreibenden Vorschriften der EU in diesem
Bereich lehnen wir ab.393

Bestandsschutz394

Zum Schutz von Eigentum und Bestand vor veränderten Bauvorschriften muss immer
das Baurecht aus dem Erstellungszeitraum anwendbar bleiben.396

Mieter zu Eigentümern machen397

Eigentum ist Freiheit, schützt vor Altersarmut und vor Mietsteigerungen.398

Umwandlungshemmnisse wollen wir aufheben. Mieter sollen beim Kauf von399

selbstgenutztem Wohneigentum z.B. durch Eigenkapitalersatz unterstützt werden.⁴⁰⁰
Zur Förderung der Eigentumsbildung werden wir einen Rahmen schaffen, in dem Mieter⁴⁰¹
ihre Wohnungen von öffentlichen Wohnungsbauunternehmen zu vergünstigten⁴⁰²
Bedingungen erwerben können.⁴⁰³

Wohnungsbaugenossenschaften sollen bei der Vergabe von öffentlichen Grundstücken⁴⁰⁴
bevorzugt werden.⁴⁰⁵

Einheimische fördern⁴⁰⁶

Bei der Vergabe von Wohnbaugrundstücken und Wohnraum sind Einheimische nach⁴⁰⁷
dem Einheimischen-Modell zu bevorzugen.⁴⁰⁸

„Alles wieder zurück auf Start“: Kein erleichtertes Baurecht für großflächige⁴⁰⁹

Energieerzeugungsanlagen⁴¹⁰

Die meisten Deutschen wohnen im ländlichen Raum. Damit diese am gesellschaftlichen⁴¹¹
und wirtschaftlichen Leben gleichberechtigt teilhaben können, muss die Infrastruktur⁴¹²
14

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
und vor allem der ÖPNV bedarfsgerecht und zukunftsfähig ausgebaut werden. Der⁴¹³

ländliche Raum ist durch eine hohe Selbstverantwortung und Selbstorganisation seiner⁴¹⁴
Bürger geprägt. Wenn das Heimatgefühl stärker ist als die Anziehungskräfte urbaner⁴¹⁵
Räume, werden die Menschen weiter im ländlichen Raum wohnen wollen.⁴¹⁶

Unabdingbar für den Verbleib der Menschen in ihrer Heimat ist, dass diese nicht durch⁴¹⁷
den Zubau mit Windkraftgroßanlagen zu einem Industriepark verkommt.⁴¹⁸

Größe und Häufigkeit solcher Anlagen und deren maßlose Anhäufung zu Windparks⁴¹⁹
zerstören das Landschaftsbild ganzer Regionen, während weiterhin selbst kleine⁴²⁰

Wohngebäude im Außenbereich keine Chance auf eine Baugenehmigung haben. Möglich⁴²¹
wurde dies durch zahlreiche ideologiegetriebene Änderungen im Baurecht auf Bundes-⁴²²
und Landesebene.⁴²³

Wir werden die großflächigen Naturzerstörungen durch Windkraftanlagen und⁴²⁴
Photovoltaikanlagen in Wäldern, Feldern und auf Ackerflächen sofort beenden.⁴²⁵

Das Baugesetzbuch und das Raumordnungsgesetz sind entsprechend auf die⁴²⁶
ideologiefreien Regelungen vor 2021 zurückzuführen. Außerdem muss Ersatz für alte⁴²⁷
Bestandsbauten genehmigungsrechtlich im Außenbereich ermöglicht werden.⁴²⁸

Eine Infrastruktur für Deutschlands Zukunft⁴²⁹

Nicht nur Straßen, Gleise, Brücken und auch Energieversorgungseinrichtungen wie⁴³⁰
Nord Stream 2 sind Grundlagen einer wettbewerbsfähigen und zukunftssicheren⁴³¹

Industrienation, sondern auch Informationskanäle und Leitungen. Die Sicherstellung⁴³²
einer Versorgung mit Daten ist dabei genauso wichtig, wie die Zurverfügungstellung⁴³³
eines umfassenden Leitungsnetzes für verschiedene Energieträger.⁴³⁴

Nur ein ausgewogener Energiemix aus unterschiedlichen Bezugsquellen kann⁴³⁵

Deutschlands energetische Unabhängigkeit garantieren. Die hierfür nötigen Leitungen⁴³⁶
sind dauerhaft sicherzustellen.⁴³⁷

Unsere Infrastruktur, welche seit Jahrzehnten vernachlässigt wurde, ist die Lebensader⁴³⁸
von Wirtschaft und Gesellschaft und damit Grundlage des Sozialstaates. Unsere bauliche⁴³⁹
Infrastruktur ist geprägt von maroden Bauwerken. Wir fordern die Neubewertung des⁴⁴⁰
deutschen Sonderweges in der Spannbetonbauweise. Insbesondere vor dem⁴⁴¹

Hintergrund der symbolischen Wirkung des Einsturzes der Dresdener Carolabrücke⁴⁴²

fordert die AfD die Bewilligung von Neubauprojekten zu beschleunigen sowie die⁴⁴³

zwingend notwendigen Reparaturen und Sanierungen aller betroffenen Bauwerke.⁴⁴⁴

Energieinfrastruktur und Energiepolitik⁴⁴⁵

Die jahrzehntelange Fokussierung auf die ideologiegetriebene „Klimapolitik“ und die⁴⁴⁶ bevorzugte Behandlung der angeblich erneuerbaren Energien haben Deutschland in⁴⁴⁷ eine energiepolitisch prekäre Lage gebracht. Der von allen etablierten Parteien⁴⁴⁸ betriebene Ausstieg aus der Kern- und Kohleenergie hat diese Situation verschärft. Im⁴⁴⁹ Zuge der Russlandsanktionen ist die bezahlbare Energieversorgung Deutschlands⁴⁵⁰ zusätzlich erheblich gefährdet. Unser Land ist damit international nicht mehr⁴⁵¹ wettbewerbsfähig. Während dies zu einer Deindustrialisierung und Verarmung der⁴⁵² deutschen Bevölkerung führen wird, freuen sich die ökosozialistischen „Klimaschützer“⁴⁵³ über sinkende CO₂-Emissionen.⁴⁵⁴

15

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

Keine der sogenannten erneuerbaren Energien oder der angestrebten neuen⁴⁵⁵

Anwendungen wie Wärmepumpen oder Elektromobilität können ohne Subventionen⁴⁵⁶ am Markt bestehen, während konventionelle Energien künstlich verteuert oder verboten⁴⁵⁷ werden. Diese Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien kostet die deutschen⁴⁵⁸ Steuerzahler enorme Summen, hat die Stromnetze destabilisiert und Deutschland zu⁴⁵⁹ einem Stromimportland mit einem der höchsten Strompreise aller Industrieländer⁴⁶⁰ gemacht. Viele Bürger müssen Wohlstandseinbußen hinnehmen und energieintensive⁴⁶¹ Unternehmen wandern ab oder melden Insolvenz an.⁴⁶²

Die AfD wird im Sinne der Bürger und Wirtschaft auf Marktwirtschaft und⁴⁶³

Technologieoffenheit setzen und konsequent den Dreiklang der Energieversorgung aus⁴⁶⁴ Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz wieder herstellen.⁴⁶⁵

Zukünftig müssen Anlagen zur Erzeugung „Erneuerbarer Energien“ ihre⁴⁶⁶ uneingeschränkte Umweltverträglichkeit sowie ihren ökonomischen Nutzen durch den⁴⁶⁷ Verzicht auf Vorrangspeisung und Subvention nachweisen.⁴⁶⁸

Die Arbeit der Bundesnetzagentur wird die AfD, wie vom Europäischen Gerichtshof⁴⁶⁹ gefordert, wieder auf ihre ideologiefreien Grundaufgaben – Regulierung der Strom- und⁴⁷⁰ Gasmärkte und Sicherstellung der Versorgungssicherheit – zurückführen. Die⁴⁷¹ verbliebene und noch intakte Leitung von Nord Stream 2 (Strang B) soll so schnell wie⁴⁷² möglich in Betrieb genommen werden. Die Reparatur des beschädigten Nord Stream 1⁴⁷³ und 2 Stränge ist zeitnah durchzuführen und die Saboteure müssen ermittelt und zum⁴⁷⁴ Schadenersatz herangezogen werden. Den geplanten Ausstieg aus der⁴⁷⁵

Braunkohleverstromung wird es mit der AfD nicht geben. Neben dem kurzfristig⁴⁷⁶ notwendigen Ausbau von Kohlekraftwerken ist der Ausbau der Kernenergie geplant.⁴⁷⁷ Dabei sollen bestehende Konzepte wieder aufgegriffen werden und neue Entwicklungen⁴⁷⁸ berücksichtigt werden. Bestehende Kraftwerke sollen so schnell wie möglich wieder in⁴⁷⁹ Betrieb genommen werden. Alle dafür notwendigen Techniken und Voraussetzungen⁴⁸⁰ sollen wieder in deutschen Firmen, Behörden, Instituten und Universitäten angesiedelt⁴⁸¹ werden.⁴⁸²

Bis Deutschland wieder Kernkraft einsetzt, werden Kohle und Gas eine sichere⁴⁸³ Stromversorgung gewährleisten müssen, da Stromgroßspeicher nicht existieren oder zu⁴⁸⁴ teuer sind. In einem technologieoffenen Wärmesektor werden erneut preiswertes Gas,⁴⁸⁵ bevorzugt aus Pipelines, oder Heizöl zur Verfügung stehen. Wasserstoff als Energieträger⁴⁸⁶ ist nicht wettbewerbsfähig. Im Verkehrssektor wird sich die AfD auf allen Ebenen dafür⁴⁸⁷ einsetzen das Verbot des Verbrennungsmotors aufzuheben.⁴⁸⁸

Vertraglich zugesagte Subventionen für bestehende Anlagen bleiben bestehen. Die⁴⁸⁹

Technologieoffenheit wird gewährleistet und für Industrie- und Privatleute wird die
Energieerzeugung zum Eigenverbrauch steuer- und abgabenfrei gehalten.
Die AfD wird durch Korrektur der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ermöglichen,
dass Strom wieder jederzeit in ausreichender Menge zu wettbewerbsfähigen Preisen zur
Verfügung steht. Teure Techniken, wie Akkumulatoren, Brennstoffzellen und
Wasserstofftechnik, werden dafür nicht benötigt.

16

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Verkehrspolitik – ideologiefrei und bedarfsgerecht

Die AfD spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik
aus. Eine ideologisch geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt
oder diskriminiert, lehnt die AfD ab. Im Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger
in der Wahl des Verkehrsmittels. Individuelle Mobilität muss bezahlbar bleiben.

Den Motorisierten Individualverkehr schützen

Die AfD unterstützt und fördert den motorisierten Individualverkehr als beliebteste
Möglichkeit der Fortbewegung. Intelligente Technik und stauvermeidende

Verkehrsführung schützen die Umwelt. Wissenschaftlich mangelhaft belegte

Maßnahmen, wie z.B. Dieselfahrverbote oder Tempo-30-Regelungen auf Hauptstraßen
erreichen das nicht. Gleichzeitig fordert die AfD den Erhalt und Ausbau von

innerstädtischen Fahrspuren und Parkraum zur Vermeidung von wachsendem

Verkehrschaos sowie zum Schutz der Attraktivität des Einzelhandels. Die AfD lehnt

zudem Kollektivmaßnahmen wie Fahrverbote für Motorräder aufgrund Fehlverhaltens

Einzelner ab. Grundsätzlich setzt die AfD auf das Verantwortungsbewusstsein der Bürger
ein. In diesem Zusammenhang wollen wir auch das begleitete Fahren bereits ab 16 Jahren

ermöglichen.

512

Bundesautobahnen entlasten – Transitverkehr auf Schiene und Wasserwege

verlagern

Die AfD lehnt ein generelles Tempolimit auf Bundesautobahnen strikt ab. Stattdessen

wollen wir die wirklichen Probleme anpacken. Viele Autobahnen und Brücken in

Deutschland müssen seit langem dringend saniert und instandgesetzt werden. Das geht

nur mit effizienten Maßnahmen in der Planung und Ausführung von Baustellen sowie

dem Entfall der Umweltverträglichkeitsprüfung bei Ersatzbauten. Zudem fordert die AfD

mehr Lkw-Parkplätze sowie konsequente Anwendung bestehender Lkw-Überholverbote

zur Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer. Die massive CO₂-bezogene Erhöhung der Lkw-

Maut muss zurückgenommen werden, da sie vor allem die Waren verteuert. Um die

Wettbewerbsfähigkeit deutscher Spediteure zu sichern, wollen wir die Einhaltung der

Kabotage- und Sozialvorschriften bei ausländischen Spediteuren konsequent

überwachen. Hierzu sollen sowohl die Mautdaten als auch die Daten aus dem

intelligenten Fahrtenschreiber genutzt werden. Das Konzept der „Rollenden Landstraße“

und des Containerumschlages soll für die Transitverbindungen durch Deutschland mit

regelmäßigen Taktungen etabliert werden. Das Netz an Verladestellen und

multimodalen Güterverkehrszentren (Straße, Schiene und Wasserwege) ist zu

verdichten. Wir setzen uns für eine zukunftsichere Sanierung des stark

vernachlässigten Bundeswasserstraßennetzes, die Sicherung des Hafenstandortes

Deutschland und Anreize für Reeder ein, um wieder unter deutscher Flagge zu fahren

und deutsche Seeleute zu beschäftigen.

Sicherer, sauberer und verlässlicher Schienenverkehr

Für den Schienenpersonenverkehr muss Deutschland ein besser ausgebautes und535
abgestimmtes öffentliches Nah- und Fernverkehrsnetz erhalten, das sich am einfachen536
und zuverlässigen Modell der Schweiz orientiert. Das Bundesschienennetz muss real537
dem Gemeinwohl dienen und effizient betrieben werden. Der Bahnkonzern muss dafür538
17

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
in eine GmbH umgewandelt und so strukturiert werden, dass der Bund seine539
Infrastruktursparte wirksam steuern kann. Pünktlichkeit, Sicherheit und Sauberkeit540
sowie eine optimale Taktung von Bus-, Bahn- und Vernetzung mit dem Flugverkehr541
müssen gewährleistet werden. Die AfD unterstützt den Ausbau des zu lange542
vernachlässigten Schienennetzes -- insbesondere die Beseitigung von Engpässen und543
die Erweiterung des Hochgeschwindigkeitsnetzes. Das Deutschlandticket muss zu einem544
ehrlichen Preis angeboten werden; die vorhandenen Mittel sollen für die Verbesserung545
des Angebots und des Schienennetzes ausgegeben werden und nicht für Subventionen.546
Die AfD setzt sich dafür ein, das überkomplexe Europäische Signalsystem ETCS auf den547
kleinsten gemeinsamen Nenner zu reduzieren, um damit europaweit Kompatibilität zu548
gewährleisten, Kosten zu reduzieren und die Kapazität des Netzes erheblich zu erhöhen.549
Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor stärken550

Der globale Flugverkehr ist von elementarer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort551
Deutschland und darf nicht kurzfristig einer unwissenschaftlichen Klima-Hysterie552
geopfert werden. Deutschlands Flughäfen sind als Wirtschaftsfaktor zu stärken.553
Nach dem Ende der Corona-Einschränkungen haben - abgesehen von Deutschland - alle554
Länder Europas das vor-Corona-Niveau längst wieder erreicht. Die deutschen Flughäfen555
und Fluggesellschaften leiden dagegen unter überbordenden, rein ideologisch556
begründeten Nebenkosten, die sie nur begrenzt an ihre Kunden weitergeben können.557
Viele Flüge werden dadurch unrentabel, weshalb es bereits zu erheblichen558
Verkehrsverlagerungen ins Ausland kommt.559

Die AfD befürwortet die Abschaffung der Luftverkehr- und Ticketsteuer und richtet sich560
gegen unrealistische EU-CO2-Reduktionsziele.561

18

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Digitalisierung562

Die Digitalisierung ist aus der modernen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Sie563
bestimmt fast alle Lebensbereiche, übernimmt Regelaufgaben und demokratisiert564
Informationsaustausch. Die AfD begrüßt diese Entwicklung.565

Als freiheitliche Partei wendet sich die AfD allerdings gegen jede Anwendung der566
Digitalisierung, die totalitäre Strukturen befördert. Aus diesem Grund hat Datenschutz567
für uns einen hohen Stellenwert. Als Partei zur Wahrung des Rechts und der Demokratie568
fordert die AfD die Umsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien auch im Bereich der569
Digitalisierung.570

Analoges Leben571

In einer zunehmend digitalisierten Welt müssen die Abwehrrechte der Bürger572
gegenüber dem Staat gestärkt werden. Die möglichst direkte und weitgehende Kontrolle573
und Verfügungsgewalt über die persönlichen Informationen, Eigentum und Vermögen574
sind essenziell für die grundgesetzlich fixierten Abwehrrechte des Bürgers gegenüber575
dem Staat und für das Gefühl, selbstbestimmt leben und sich frei ausdrücken zu können.576
Darum setzt sich die AfD für die Anerkennung des Rechts der Bürger auf ein analoges577

Leben außerhalb der digitalisierten Verwaltungs- und Alltagsabläufe als allgemeines578
Bürgerrecht ein und für den uneingeschränkten Erhalt des Bargeldes als gesetzliches579
Zahlungsmittel.580

Datensammelkrake Staat und Social Scoring (Sozialbewertung)581

In China ist ein Social-Profiling (soziale Musteranalyse) und „Social-Credit-System“582
(Gesellschaftliches Bonitätssystem) für Bürger installiert worden, mit dem die Bürger für583
wohlfeiles Verhalten belohnt und bei nicht opportunem Verhalten empfindlich in ihren584
Freiheiten eingeschränkt werden. Ähnliche Überlegungen sind in mehreren westlichen585
Ländern unter anderem in Verbindung mit sogenannten 15-Minuten-Städten zu586
beobachten. Die AfD lehnt jegliche derartige Bestrebungen ab.587

Digitale Assistenzsysteme588

Durch die technische Entwicklung lassen sich immer mehr elektronische Systeme589
präzise lokalisieren und überwachen, auch ohne Zustimmung und Wissen der Nutzer.590
Unternehmen und staatliche Institutionen nutzen diese technischen Möglichkeiten, um591
das Leben der Bürger und Verbraucher bis ins letzte Detail auszuforschen. Als Beispiel592
sind hier die Handyortung zu nennen, das eCall-System, automatische593
Geschwindigkeitsüberwachung und die ferngesteuerte Stilllegung bei Fahrzeugen.594
Dadurch lassen sich detaillierte Nutzungs- und Bewegungsprofile erstellen.595
Schon das Wissen um die Aufzeichnung und Zusammenführung solcher Daten596
beeinflusst die Bürger in ihrem Verhalten.597

Wir fordern die Einschränkung der Ortung und Geräteüberwachung auf das geringste598
notwendige Maß, sowie die verpflichtende Möglichkeit der Abschaltung durch den599
Anwender. Weiterhin fordern wir vollständige Transparenz über die600
Überwachungsmöglichkeiten gegenüber dem Anwender.601

19

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Kampf gegen Desinformation602

Kritische und störende Meinungen, solange sie nicht die Grenze zur Strafbarkeit603
überschreiten, gehören zum verfassungsrechtlich garantierten Recht eines jeden604
Bürgers unseres Landes. Die Äußerung der freien Meinung in Medien jeglicher Art stellt605
auch eine Kontrollmöglichkeit des Bürgers gegenüber dem Staat dar. Die freie606
Meinungsäußerung schließt auch das Recht auf Irrtum ein.607

In letzter Zeit wird jedoch durch öffentlich-rechtliche sowie „nicht-staatliche“ Akteure608
versucht, die Meinungsfreiheit durch direkte Verbote oder Delegitimierung kritischer609
Meinungen einzuschränken. Immer mehr öffentlich-rechtliche sowie nicht-staatliche610
Akteure, sogenannte „NGOs“, wie zum Beispiel „Faktenchecker“ oder „Correctiv“, werden611
über staatliche Beauftragung und Finanzierung für Desinformationskampagnen612
eingespannt. Beispielhaft sei hier an die Kampagnen für die Corona-Impfung erinnert.613
Auch die Bundesregierung selbst nutzt den Einfluss auf Social-Media-Plattformen direkt614
zur Überwachung und Steuerung des Gedankenaustausches ihrer Bürger. Ein615
wirkmächtiges Instrument ist dabei das NetzDG, da dieses Social-Media-Plattformen616
zwingt, Inhalte binnen kürzester Zeit zu löschen.617

EU-Initiativen wie der "Code of Practice on Disinformation" werden in Stellung gebracht,618
um legitime Meinungen als Desinformation abzustempeln und zu zensieren.619

Wir fordern das sofortige Einstellen aller Desinformationskampagnen und die620
Beendigung jeglicher Finanzierung von nichtstaatlichen Akteuren, die auf die freie621
Meinungsbildung einwirken oder diese zu unterdrücken versuchen. Die Finanzierung622

von NGOs muss offengelegt werden. Deshalb lehnen wir auch die Implementierung des europäischen „Digital Services Act (DSA)“ in Deutschland entschieden ab und werden das NetzDG rückabwickeln. Eine Demokratie braucht kein „Wahrheitsministerium“ und muss die Meinungen ihrer Bürger ertragen – sonst wird Sie zur Diktatur. DSGVO

Die DSGVO kommt ihrem eigentlichen Ziel, nämlich Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung, nur schlecht nach, belastet aber gerade kleine und mittlere Unternehmen und die Verbraucher, beispielsweise mit omnipräsenten Einwilligungsabfragen. Daher fordert die AfD die Abschaffung der DSGVO und Rückkehr zu einem schlanken, aber effektiven Bundesdatenschutzgesetz. Datenschutzbehörden will die AfD in ihrer Rolle stärken und auch gegenüber staatlichen Stellen sanktionsfähig machen, da der Staat dieselben Staatenschutzregeln wie der Bürger einzuhalten hat.

Digitale Souveränität

Die AfD fordert die Erstellung einer Bundestrategie für digitale Souveränität, um die Autonomie der Bürger im digitalen Zeitalter zu gewährleisten und staatliche Institutionen, sowie kritische Infrastruktur effektiv zu schützen. Zu Elementen dieser Strategie gehören zum Beispiel Open-Source-Techniken und dezentraler Systeme, wie auch die Entwicklung bundeseigener Hard- und Software für kritische Infrastruktur.

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Künstliche Intelligenz

KI-Systeme stellen einen großen Wachstumsmarkt dar, von diesen können und wollen wir uns in Deutschland nicht abkoppeln. Deshalb sind effektive gesetzliche Rahmenbedingungen notwendig, die den Einsatz zum Beispiel in Medizintechnik und Verkehrswesen ermöglichen. Voraussetzung für den Einsatz von KI ist jederzeit verfügbare kostengünstige Energie.

Gleichzeitig kann KI aber auch ein Risiko speziell für kritische Infrastruktur, Verkehrstechnik und bürgerliche Freiheiten darstellen. Die zentralistische Regulierung dieser Themen durch die EU, wie durch den Cybersecurity Act, Ethik-Leitlinien für KI und den Artificial Intelligence Act lehnt die AfD ab und fordert praxisnahe, nationale Lösungen.

21

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Rente, Soziales und Gesundheit

Unser Konzept für eine faire und auskömmliche Rentenversicherung

Wir streben eine Rentenversicherung an, mit der Erwerbstätige sich wieder einen finanziell gesicherten Lebensabend erarbeiten können. Wir halten es dabei für zwingend erforderlich, auch unseren derzeitigen Senioren, die in einem langen Arbeitsleben unser Land und unseren Wohlstand aufgebaut haben, einen Lebensabend in Würde zu ermöglichen. Dazu gehört vor allem eine signifikante Erhöhung ihrer Renten. Unser weiteres Ziel ist es, in mehreren Schritten das durchschnittliche Rentenniveau der westeuropäischen Länder zu erreichen, das derzeit bei gut 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens und damit deutlich höher liegt als das deutsche.

Die desolante Situation im deutschen Rentensystem

Das deutsche Rentenniveau ist mit nur 53% des letzten Nettogehalts nach Eurostat eines

der niedrigsten in Westeuropa. Dieses Niveau bedeutet für einen großen Teil der Rentner⁶⁶⁶ bittere Altersarmut. In Österreich etwa bezieht ein Arbeitnehmer mit Durchschnittslohn⁶⁶⁷ nach 45 Arbeitsjahren eine Rente von 2.600 €, ein vergleichbarer Rentner in Deutschland⁶⁶⁸ magere 1.500 €. Schaut man sich die Differenz zwischen den beiden Renten an, so⁶⁶⁹ entstehen etwa 30% des Unterschieds durch die höheren Rentenbeiträge in Österreich.⁶⁷⁰ Weitere 30% werden generiert, weil in Österreich auch Bevölkerungsgruppen in die⁶⁷¹ Rentenkasse einzahlen, die bei uns befreit sind, zum Beispiel Politiker und Beamte.⁶⁷² Weitere 15% werden durch höhere Staatszuschüsse erzielt. Lediglich die etwas jüngere⁶⁷³ Bevölkerungsstruktur lässt sich kurzfristig nicht kopieren. Durch sie entstehen die⁶⁷⁴ restlichen 25% des Unterschieds. Das heißt aber auch: Eine ähnlich hohe Rente wie in⁶⁷⁵ Österreich ist langfristig auch bei uns möglich.⁶⁷⁶

Unser Rentenkonzept gegen Altersarmut⁶⁷⁷

Wir wollen der Rentenversicherung mehr Beitragszahler zuführen, die Verrentung⁶⁷⁸ flexibler und gerechter gestalten und Anreize für eine freiwillige Verlängerung der⁶⁷⁹ Lebensarbeitszeit setzen und⁶⁸⁰

□ Verbeamtungen nur noch für diejenigen vorsehen, die mit Hoheitsaufgaben betraut⁶⁸¹ sind, so dass die große Mehrheit der Staatsbediensteten in die Rentenversicherung⁶⁸² einzahlt,⁶⁸³

□ Einbeziehung der Politiker in die gesetzliche Rentenversicherung,⁶⁸⁴

□ Ermöglichung eines flexiblen Renteneintrittsalters, abschlagsfrei nach 45⁶⁸⁵ beitragspflichtigen Arbeitsjahren,⁶⁸⁶

□ mittelfristige Finanzierung aller nicht beitragsgedeckten Leistungen aus dem⁶⁸⁷ Bundeshaushalt,⁶⁸⁸

□ Ausgleich der anstehenden Rentenbeitragsanhebungen durch Steuersenkungen für⁶⁸⁹ Beschäftigte und Unternehmen,⁶⁹⁰

□ Nichtanrechnung der Zuverdienste von Witwen und Witwer auf die⁶⁹¹ Hinterbliebenenrente,⁶⁹²

□ Vergütung der Elternschaft bei der Rente.⁶⁹³

22

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Weitere Bausteine, die die Rente langfristig stabilisieren⁶⁹⁴

□ Rationalisierungsinvestitionen zur Erhöhung der Produktivität und der Löhne durch⁶⁹⁵ Unternehmenssteuersenkungen erleichtern,⁶⁹⁶

□ Fachkräftemangel durch höhere Erwerbsanreize reduzieren, indem⁶⁹⁷

□ Einkommensteuern gesenkt werden und⁶⁹⁸

□ das Bürgergeld unattraktiver gemacht wird,⁶⁹⁹

□ Arbeitsanreize für Rentner schaffen, durch einen zusätzlichen⁷⁰⁰ Steuergrundfreibetrag in Höhe von 12.000 €,⁷⁰¹

□ Handwerk und Gewerbe stärken durch mehr ausbildungsfähige Schulabgänger,⁷⁰² indem⁷⁰³

□ eine frühere Berufsorientierung in den Schulen praktiziert wird und⁷⁰⁴

□ das Leistungsprinzip an unseren Schulen wieder gestärkt wird,⁷⁰⁵

□ durch früheren Berufseintritt und weniger Teilzeitarbeit einen höheren⁷⁰⁶ Lebensverdienst ermöglichen,⁷⁰⁷

□ Kinderwünsche nicht mehr an Geld- und Karrieresorgen scheitern lassen durch⁷⁰⁸

□ ein Erziehungsgeld, das Eltern die Eigenbetreuung ihre Kinder in den ersten drei⁷⁰⁹ Lebensjahren finanziell erleichtert sowie⁷¹⁰

□ Hilfen beim beruflichen Wiedereinstieg,711

□ eine Willkommensprämie von 20.000 € für neugeborene Babys, sofern bereits712 Rentenbeiträge in derselben Höhe eingezahlt worden sind, andernfalls eine713 Gutschrift auf zukünftige Rentenbeiträge in dieser Höhe; die Prämie wird aus714 Steuermitteln finanziert und reduziert die Rente nicht,715

□ Bereitstellung von ausreichend Kindergarten- und Kitaplätzen in Wohnraumnähe716 mit Vorrang für Familien, in denen beide Eltern arbeiten, sowie für arbeitende717 Alleinerziehende,718

□ Begrenzung der Zuwanderung auf qualifizierte Arbeitskräfte, damit diese am Ende719 ihres Erwerbslebens nicht auf deutsche Sozialleistungen angewiesen sind.720

Unser Konzept für eine faire Arbeitslosenversicherung721

Ein Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung soll nach einer722 einmaligen Ausnahme nur haben, wer die Arbeitslosigkeit nicht selbst herbeigeführt hat.723

Grundsätzlich soll der Anspruch auf Arbeitslosengeld erst nach drei vollen724

Beitragsjahren eintreten und ist zunächst auf sechs Monate beschränkt. Für je zwei725

weitere Beitragsjahre erhöht sich der Anspruch danach um einen Monat. Zudem sollen726

Arbeitnehmer über 50 Jahre bereits zum Zeitpunkt der Kündigung durch den727

Arbeitgeber Anspruch auf einen Berechtigungsschein für eine private728

Arbeitsvermittlung erhalten. Da eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt umso729

schwieriger wird, je länger die Arbeitslosigkeit dauert, soll es auch während des730

Arbeitslosengeldbezugs intensive Beratungs-, Weiterbildungs- und731

Vermittlungsangebote geben.732

23

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Unser Konzept für eine Grundsicherung733

Da alle erwachsenen Bürgergeldempfänger grundsätzlich als erwerbsfähig gelten, ist es734 unser Ziel, sie kurzfristig wieder in Arbeit zu bringen. Denn je länger die Arbeitslosigkeit735 andauert, desto schwieriger wird die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und736 desto teuer wird das Bürgergeld.737

Das derzeitige Bürgergeld funktioniert nicht738

Das Bürgergeld ist Teil unseres Sozialstaats und soll dazu dienen, an sich erwerbsfähige,739 aber momentan arbeitslose Mitglieder unserer Gesellschaft zu unterstützen, bis sie740

wieder auf eigenen Beinen stehen können. Bisheriges Ziel ist eine qualifizierte741

Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt. Hierzu wurden die Aus- und742

Weiterbildungsmöglichkeiten gegenüber Hartz4 stark erweitert. Tatsächlich führen743

jedoch nur wenige Maßnahmen zu einer erfolgreichen Vermittlung in Arbeit.744

Die höheren Regelbedarfssätze des „Bürgergeldes“ gegenüber Hartz4 haben im Gegenteil745

dazu geführt, dass die Zahl derjenigen massiv angestiegen ist, für die sich eine746

Erwerbstätigkeit schlichtweg nicht mehr lohnt; sie verbleiben dauerhaft im747

Bürgergeldbezug. Ein Elternpaar mit zwei Kindern beispielsweise bezieht ein vom748

Steuerzahler finanziertes Bürgergeld von rund 3.000€ monatlich für Regelbedarfe,749

Miete und Heizkosten, wozu normalerweise zwei Verdienere im Haushalt erforderlich750

sind. Hinzu kommen unter anderem noch eingesparte GEZ-Gebühren, kostenlose Kitas751

und Kindergärten und teilweise verbilligte oder kostenlose Tickets im öffentlichen752

Nahverkehr.753

Experten gehen davon aus, dass etwa ein Drittel der Bürgergeldempfänger am Finanzamt754

und den Sozialversicherungen vorbei schwarzarbeitet. Die hohen Kosten dafür aber755

gehen zulasten der Steuerzahler, die dies in ihrer großen Mehrheit nicht länger mittragen möchten.

Jobcenter können in vielen Fällen von Pflichtverletzungen nicht ausreichend sanktionieren oder wenden mögliche Sanktionen nicht an, etwa wenn ein zumutbarer angebotener Job nicht angenommen wird. So verwundert es nicht, dass die Zahl der Arbeitsvermittlungen von Arbeitslosen in den Jobcentern seit Einführung des Bürgergeldes um fast 6% gesunken ist. Obwohl wir über 4 Millionen erwerbsfähige Bürgergeldbezieher haben, konnten die den Jobcentern 2024 durchschnittlich gemeldeten rund 700.000 offenen Arbeitsstellen nicht besetzt werden.

Viele Arbeitslose werden in Maßnahmen „geparkt“, die die Arbeitslosen selbst für sinnlos halten. Insgesamt ist die derzeitige Vermittlungsquote mit 1,8 Vermittlungen pro Jahr und Vermittler viel zu niedrig und dadurch auch die einzelne Vermittlung viel zu teuer.

Die hohen Regelbedarfssätze im Bürgergeld stellen zudem einen der Magneten für die Einwanderung in unsere Sozialsysteme dar. Fast die Hälfte der Bürgergeldempfänger sind inzwischen Ausländer, von denen die meisten noch nie in unsere Sozialsysteme eingezahlt haben. Diese Masseneinwanderung in den Bürgergeld-Bezug bedroht dessen Finanzierbarkeit zulasten der tatsächlich bedürftigen Mitglieder unserer Gesellschaft, ihrer Steuerzahler und des deutschen Sozialstaates in seiner Gesamtheit.

Wir werden diesen Fehlentwicklungen durch eine grundlegende Reform des Bürgergeldes resolut entgegenwirken.

24

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Für eine funktionierende Grundsicherung für Arbeitssuchende

Wir wollen erwerbsfähige Grundsicherungsbezieher schneller wieder in Arbeit bringen, damit sie wieder auf eigenen Beinen stehen können. Gleichzeitig senken wir so die Kosten für die Steuerzahler, die unsere Grundsicherungssysteme finanzieren. Dabei gehen wir vom Grundsatz aus, dass jeder, der arbeiten kann, auch arbeiten soll, anstatt der Gesellschaft zur Last zu fallen. Dazu wollen wir

□ Erwerbsfähige Bürgergeldempfänger, die nach 6 Monaten noch immer im Leistungsbezug sind, zu gemeinnütziger Arbeit heranziehen,

□ den gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet als Voraussetzung für den Grundsicherungsbezug wieder einführen und kontrollieren,

□ Geflüchteten den Aufenthaltsstatus bei Reisen ins Heimatland entziehen,

□ eine sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit ohne „aufstockende“

Sozialleistungen von mindestens fünf Jahren in Deutschland zur Voraussetzung für den Bürgergeld-Bezug ausländischer Staatsangehöriger machen und ihren Bürgergeld-Bezug auf ein Jahr begrenzen,

□ ukrainische Kriegsflüchtlinge unter Beibehaltung ihrer Arbeitsmöglichkeiten aus dem Bürgergeld wieder ausgliedern und im Leistungsbezug den Asylbewerbern gleichstellen,

□ die tatsächlich nicht-erwerbsfähigen Bürgergeld-Bezieher aus den Jobcentern in die personengerechte Betreuung durch die Sozialämter überstellen bei gleichbleibender finanzieller Unterstützung, um die Jobcenter zu entlasten,

□ Arbeitsagenturen und Jobcenter beruflsfeldorientiert organisieren und vorrangig mit branchenerfahrenen Vermittlern besetzen,

□ stellenorientierte, passgenauere „Matching“-Verfahren für Arbeitssuchende einführen,

- Weiterbildungsmaßnahmen nur noch bei Bildungsträgern durchführen, die den Vermittlungserfolg ihrer Maßnahmen nachweisen,
- die direkte Kontaktpflege zwischen Arbeitsvermittler und relevanten Arbeitgebern organisieren,
- die persönliche Sicherheit der Mitarbeiter in den Jobcentern erhöhen,
- Verhinderung des Mehrfachbezuges von Bürgergeldleistungen durch biometrische Identitätsfeststellung und digitale Vernetzung der Jobcenter und Agenturen,
- die Regelbedarfssätze an die tatsächliche Inflationsentwicklung des Bürgergeld-Warenkorbs anpassen.

Mehr Wohngeld statt sozialem Wohnungsbau

Der bisherige soziale Wohnungsbau ist gescheitert, er kann nur einen Bruchteil der Berechtigten erreichen. Er führt zu Fehlbelegungen und verursacht hohe Kosten für den Steuerzahler. Es ist besser, einkommensschwache Mieter vermehrt mit Wohngeld zu unterstützen, wodurch eine soziale Durchmischung gewährleistet wird. Reicht das Wohngeld nicht aus, um sich eine Wohnung zu sichern, ist den Bürgern zusätzlich ein kommunales Wohngeld zu zahlen. Die AfD steht für ein ausgewogenes Mietrecht und lehnt staatliche Überregulierungen sowie Investitionshemmnisse wie die Mietpreisbremse oder den Mietendeckel ab.

25

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Hilfe für alle, die sich nicht selbst helfen können

Wir streben einen wirtschaftlichen Zustand an, in dem möglichst viele Bürger aus eigener Kraft ein auskömmliches, selbstbestimmtes Leben führen. Für Situationen, denen das nicht möglich ist, existieren die Systeme der Grundsicherung: die Sozialhilfe bei Erwerbsunfähigkeit, die Grundsicherung für Arbeitssuchende und die Grundsicherung im Alter, wenn die Rente nicht reicht und kein Vermögen vorhanden ist. Die monatlichen Regelsätze pro Person fallen in den drei Systemen gleich hoch aus; Nebenbedingungen wie Schonvermögen und Autobesitz sind jedoch unterschiedlich geregelt. Insbesondere sind die Grundsicherungsempfänger im Alter in diesen Positionen gegenüber Bürgergeldempfängern schlechter gestellt, was wir ändern werden.

Das nicht zielführende Bürgergeld wollen wir mittels unseres Konzepts „Aktivierende Grundsicherung“ neugestalten. Die übrigen Systeme der Grundsicherung behalten wir bei wie bisher.

Wir unterstützen sinnvolle Maßnahmen, die Menschen mit Einschränkungen eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Deshalb stehen wir ein für den Erhalt spezialisierter Förderschulen, die den Lebensweg behinderter Menschen erleichtern. Die häusliche Betreuung Behindertener durch Angehörige wollen wir besser honorieren und bürokratische Auflagen abschaffen, wie zum Beispiel die eingeschränkte Nutzung des Behinderten-PKW durch pflegende Angehörige. Behinderten Werkstätten möchten wir durch Mittelumschichtung den Erhalt des Mindestlohns ermöglichen; ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Einschränkungen ist unser übergeordnetes Ziel.

Zweckentfremdung der Sozialversicherungen beenden

Während die Sozialversicherungen (Renten-, Kranken-, Pflege-, Arbeitslosenversicherung) durch Beiträge von Arbeitnehmern finanziert werden, sind Sozialleistungen eine durch Steuern finanzierte Unterstützungsleistung.

Versicherungsfremde Leistungen sind daher nicht aus den Beiträgen zu den Sozialversicherungen, sondern aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Dennoch wurde die Sanierung des Haushalts 2024 zum Teil aus den Sozialversicherungen finanziert, wie die Finanzierung von Coronamaßnahmen aus der Pflegekasse, was einen klaren Missbrauch der dem Staat anvertrauten Sozialversicherungs-Beiträge darstellt. Durch das Beenden dieser Zweckentfremdung können Leistungen erhöht werden oder die Beiträge gesenkt werden. Für die Rentenversicherung bedeutet die Übernahme der nicht beitragsgedeckten Leistungen durch den Bundeshaushalt, dass allein dadurch knapp zwölf Prozent höhere Mittel für die Rentenfinanzierung zur Verfügung stünden. Unser Konzept einer zukunftsicheren Kranken- und Pflegeversicherung

In Deutschland sind die Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung mit insgesamt 18,7 bis 20,1% etwa doppelt so hoch wie in Österreich oder der Schweiz, ohne dass dies durch entsprechende höhere Leistungen gerechtfertigt wäre. Weitere Beitragssatzerhöhungen sind vorprogrammiert. Das werden wir verhindern, indem die

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
beitragsfreie Mitversicherung der Bürgergeldempfänger, die heute zu Zweidritteln vom Beitragszahler finanziert wird, zukünftig vollständig aus dem Bundeshaushalt aufgebracht wird. Ein weiterer Ansatzpunkt zur Senkung der Krankenversicherungsbeiträge sind die exorbitant hohen Verwaltungskosten, die durch eine Zusammenführung von Kranken- und Pflegeversicherung, sowie die Vereinfachung der enorm aufgesplitteten Selbstverwaltungsstrukturen bei Kassenärzten, Krankenhaus-, Rehabilitations- und Pflegedienstleistungen massiv senken wollen.

Die Situation der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen wollen wir erleichtern, indem wir die häusliche Pflege deutlich höher finanziell honorieren. So können es sich mehr Familien leisten, ihre pflegebedürftigen Angehörigen in vertrauter häuslicher Umgebung selbst zu betreuen. Die Unterstützung bei Krankheit oder Urlaubswunsch der pflegenden Angehörigen durch verbesserte ambulante und befristete stationäre Angebote ausgeweitet werden. Insgesamt werden so der Pflegebedürftige und pflegende Angehörige bessergestellt und gleichzeitig die Pflegekasse entlastet, da weniger kürzere Heimbetreuungen anfallen.

Unser Konzept für eine funktionierende Gesundheitspolitik

Die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser sicherstellen

In der stationären Versorgung hat sich das DRG-Fallpauschalensystem nicht bewährt. Ständige Anpassungen konnten die Grundprobleme, wie das Setzen von finanziellen Fehlanreizen und enormer bürokratischer Aufwand, nicht beseitigen. Auch die anstehende Krankenhausreform ist nicht geeignet, diese Probleme zu lösen. Notwendig ist die vollständige Abschaffung der Fallpauschalen und mittelfristig die Rückkehr zu individuellen Budgetvereinbarungen zwischen den Krankenhäusern und den Spitzenverbänden der GKV auf Landesebene. Daneben lehnen wir eine weitere Privatisierung von Akutkrankenhäusern ab.

Ambulante Versorgung verbessern

Insbesondere im Facharztbereich ist die ambulante Versorgung aufgrund der weitgehend bestehenden Budgetierung ärztlicher Leistungen längst an ihre Grenzen gestoßen. Terminengpässe und monatelange Wartezeiten sind für die Patienten

unzumutbar. Die Rationierung ärztlicher Leistungen durch den Zwang, Behandlungen⁸⁹¹ ohne Vergütungsanspruch zu erbringen, muss beendet werden. Um einer ungesteuerten⁸⁹² Leistungsausweitung durch Bagatelbehandlungen zu begegnen, sind gestaffelte Bonus-⁸⁹³ bzw. Rückvergütungssysteme sinnvoll. Die freiberuflich geführte Inhaberpraxis soll⁸⁹⁴ weiterhin das Rückgrat der ambulanten Versorgung bilden. Zur Förderung der⁸⁹⁵ Niederlassung von Ärzten im ländlichen Räumen sind finanzielle und organisatorische⁸⁹⁶ Niederlassungshilfen zu etablieren.⁸⁹⁷

Ambulante und stationäre Versorgung sichern⁸⁹⁸

Seit der Einführung des DRG-Fallpauschalensystems im Krankenhaus ist ein⁸⁹⁹ anhaltendes Sinken der Verweildauer zu verzeichnen, die durch eine frühzeitige⁹⁰⁰ Krankenhausentlassung nichtselbständiger Patienten bewirkt wird. Dies führt zu einer⁹⁰¹ weiteren Zunahme der Arbeitsverdichtung und -belastung des Pflegepersonals, was⁹⁰² durch den zunehmenden Personalmangel noch verschärft wird. Eine⁹⁰³

27

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
bundeseinheitliche, gesetzliche Personalbemessung für alle pflegesensitiven Bereiche⁹⁰⁴ ist zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung unerlässlich. Eine angemessene⁹⁰⁵ Finanzierung des notwendigen Personalaufwuchses ist von existenzieller Bedeutung⁹⁰⁶ und sicherzustellen. Pflegekammern lehnen wir ab, da nur mit zusätzlicher Bürokratie,⁹⁰⁷ staatlichem Zugriff und Zwangsbeiträgen zu rechnen ist.“⁹⁰⁸

Arzneimittelversorgung gewährleisten⁹⁰⁹

Den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten lassen wir nicht mehr zu, da er⁹¹⁰ zu Wettbewerbsverzerrungen beiträgt. Unberührt davon bleibt der Versandhandel mit⁹¹¹ nicht rezeptpflichtigen Medikamenten. Die weitgehende, mögliche Rückverlagerung der⁹¹² pharmazeutischen Produktion nach Deutschland und in sichere Herkunftsländer ist ein⁹¹³ Gebot für Versorgungssicherheit und gleichbleibende Qualität. Der⁹¹⁴

Arzneimittelgroßhandel in Deutschland wird verpflichtet werden, mindestens die⁹¹⁵

Menge der durchschnittlichen zwei Monatsbedarfe bei versorgungsrelevanten⁹¹⁶

Arzneimitteln vorzuhalten.⁹¹⁷

Organspende⁹¹⁸

Die Bereitschaft zur Organspende ist deutlich zurückgegangen. Deshalb wird⁹¹⁹ zunehmend eine „Widerspruchsregelung“ ins Spiel gebracht, bei der im Falle eines⁹²⁰ „Hirntodes“ grundsätzlich und ohne Rücksprache mit den Angehörigen Organe⁹²¹ entnommen werden können, sofern nicht ein ausdrücklicher Widerspruch des⁹²² Betroffenen zu Lebzeiten beurkundet wurde. Die Entscheidung zur Organspende kann⁹²³ aber nur beim Betroffenen liegen, der diese in voller Kenntnis der hiermit⁹²⁴ zusammenhängenden Abläufe treffen muss. Dies beinhaltet auch eine Aufklärung über⁹²⁵ das Kriterium des "Hirntodes", welches nicht unumstritten ist. Insofern lehnen wir die⁹²⁶ Widerspruchsregelung und jede Form eines direkten oder indirekten Zwanges⁹²⁷ entschieden ab.⁹²⁸

Geschlechtsidentität⁹²⁹

Pharmakologische und operative Eingriffe bei Minderjährigen zur Verzögerung der⁹³⁰ Geschlechtsentwicklung sowie zur Änderung des Geschlechts sind häufig⁹³¹ fremdgesteuert und ideologisch begründet und können lebenslang psychische und⁹³² physische Schäden bewirken. Deshalb werden wir Pubertätsblocker und nicht⁹³³ medizinisch indizierte Eingriffe zur Änderung des Geschlechts verbieten.⁹³⁴

Sterbehilfe⁹³⁵

Die Sterbehilfe in der Form der „Tötung auf Verlangen“ ist in Deutschland aus gutem936 Grunde verboten. Ein „Rechtsanspruch“, wie er auch durch die Gerichte immer wieder937 thematisiert wird, ist strikt abzulehnen. Denn hierdurch könnte ein bestimmter938 Personenkreis (Ärzte, Pfleger) entgegen des individuellen Gewissens zur Vornahme939 entsprechender Handlungen verpflichtet werden. Stattdessen sind alle Möglichkeiten940 der palliativmedizinischen Behandlung zu nutzen. Mit der Sterbehilfe kann der Druck zur941 Selbsttötung auf schwerkranke Menschen erhöht werden.942

Cannabis943

Der Konsum von Cannabis kann zur Minderung der Intelligenz und schweren944 medizinischen gesundheitlichen und psychischen Schäden führen. Die Freigabe des945 28

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Cannabiskonsums außerhalb bestimmter medizinischer Indikationen halten wir für946 einen Fehler, der umgehend korrigiert werden muss. Unterstützend befürworten wir den947 Ausbau der sucht-psychiatrischen Versorgung um die dauerhafte Abstinenz von948 Drogenkranken zu erreichen949

Impfpflicht950

Die „Ständige Impfkommission“ (Stiko) listet ein umfangreiches Tableau an951 Standardimpfungen auf, die ausdrücklich nur empfohlen werden und damit der952 Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Bürger unterliegen. Ein staatlich953 erzeugter Impfdruck wie in der Coronapandemie war ein erster Schritt hin zu weiteren954 staatlich verordneten Pflichtimpfungen wie beispielsweise der Gripeschutzimpfung.955 Damit schränkt der Staat das im Grundgesetz verankerte Selbstbestimmungsrecht der956 Bürger über ihre körperliche Integrität in hohem Maße ein. Das Grundrecht auf957 körperliche Unversehrtheit sowie auf das Selbstbestimmungsrecht dürfen nicht958 angetastet werden. Seit dem Erstauftreten von Corona und der Schnellzulassung der959 umfassenden mRNA-Impftechnologie wurden viele Berufsgruppen zu Impfungen960 genötigt. Bei den nun vermehrt auftretenden Impfschäden erfolgt zumeist eine961 standardmedizinische Versorgung über die jeweiligen Krankenkassen. Die962 Verantwortung für die angemessene Versorgung soll zukünftig auf die963 Berufsgenossenschaften übergehen, um eine deutlich verbesserte Nachbehandlung und964 Rehabilitation beruflicher Wiedereingliederung sichergestellt werden. Für den965 Nachweis von Impfschäden sind Beweislast erleichterungen vorzusehen.966

Heilpraktiker967

Der in Deutschland bestehende Berufsstand des Heilpraktikers sieht sich Bestrebungen968 ausgesetzt, dieses Berufsbild abzuschaffen. Sicherlich muss das deutsche969 Heilpraktikergesetz nachgebessert werden, insbesondere im Hinblick auf die970 Einheitlichkeit von Qualitäts- und Prüfungsstandards. Eine Kostenerstattungspflicht der971 GKV (Gesetzlichen Krankenversicherung) ist hiermit jedoch nicht verbunden.972 Wir wollen, dass jeder Bürger selbst entscheiden kann, von wem er sich behandeln lässt973 und lehnen eine Abschaffung des Heilpraktikers ab.974

Patientendaten und Telematik975

Medizinische Behandlungsdaten müssen aufgrund ihrer hohen Sensibilität den976 höchstmöglichen Schutz genießen. Die Schaffung einer zentralen Datenbank mit der977 Anbindung von Kliniken, Praxen, Psychotherapeuten und Apotheken zur Speicherung978 vertraulicher Patientendaten (Telematik-Infrastruktur – TI) ist abzulehnen. Wir979 befürworten die Speicherung eines Notfalldatensatzes, einschließlich eines980

Medikamentenplans und einer Patientenverfügung auf der Krankenversicherungskarte.981
WHO – Reform oder Austritt982

Die Finanzierung der WHO ist grundlegend zu reformieren, um die eklatante983
Abhängigkeit von privaten Geldgebern zu beseitigen und deren direkte Einflussnahme984
auszuschließen. Zukünftig soll der Haushalt der WHO im Wesentlichen durch985
Mitgliedsbeiträge der Länder bestritten werden, was eine deutliche Anpassung der986
strukturellen und der personellen Ausstattung dieser Organisation voraussetzt. Mit dem987
für 2025 geplanten Pandemievertrag werden der WHO bereits bei einer angeblich988
29

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
"drohenden Pandemie" unter Missachtung nationaler Parlamente umfangreiche Rechte989
gegenüber den nationalen Staaten eingeräumt, die weit in die Privatsphäre der Bürger990
eingreifen, bis hin zur Duldung medizinischer Eingriffe und der Beschneidung der991
persönlichen Freiheit und Selbstbestimmung. Dies lehnen wir grundsätzlich ab. Sollte992
diese Reform nicht möglich sein, sprechen wir uns für einen Austritt Deutschlands aus993
der WHO aus.994

Personal aus dem Ausland – nur nach deutschen Standards995

Bei medizinischem Fachpersonal, das sprachliche Defizite aufweist, kann weder eine996
Vertrauensbasis entstehen, noch können Missverständnisse im Behandlungsablauf997
ausgeschlossen werden. Sowohl die fachliche als auch sprachliche Qualifikation (Niveau998
C1) müssen uneingeschränkt dem deutschen Standard genügen. Es müssen vorrangig999
Studienplatzbewerber mit deutscher Staatsangehörigkeit für das Fach1000
Medizin/Zahnmedizin ausgebildet werden. Wir fordern eine Ausweitung des Angebots1001
an Studienplätzen in Zahn- und Humanmedizin. Derzeit besteht ein Mangel an diesen1002
Studienplätzen.1003

Corona aufarbeiten1004

Die Corona-Maßnahmen haben enorm vielen Menschen gesundheitlichen, sozialen und1005
wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Nach Veröffentlichung der RKI-Protokolle müssen1006
die Maßnahmen auf allen Ebenen aufgearbeitet werden. Alle Entscheidungsträger von1007
interessensgesteuerten, entgegen der Wissenschaft herbeigeführten Maßnahmen1008
müssen zur Verantwortung gezogen werden. Dementsprechend müssen die zu Unrecht1009
Verurteilten wieder vollständig rehabilitiert und entschädigt werden. Die im1010
Zusammenhang mit der Corona-Krise geänderten Gesetze und Richtlinien sind zu1011
überprüfen und gegebenenfalls zu streichen.1012

Entbürokratisierung des Gesundheitswesens1013

Die Bürokratie im Gesundheitswesen hat Ausmaße erreicht, die häufig von der1014
Behandlung von Patienten abhält und erhebliche Kosten verursacht. Das ist Folge eines1015
übertriebenen Sicherheitsbedürfnisses bei dem Aufwand und Nutzen in keinem1016
akzeptablen Verhältnis stehen. Sie ist Ausdruck eines Misstrauens der Politik gegenüber1017
den Leistungserbringern. Zudem ist die bisherige Regulierungsintensität die1018
Begleiterscheinung eines übergriffigen und überbordenden Staatswesens, Die AfD setzt1019
auf Deregulierung, Bürokratieabbau, Selbstverwaltung und auf Eigenverantwortung.1020

30

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Finanzen und Steuern1021

Der Staat erhebt Steuern auch mit dem Ziel, durch gezielte öffentliche Investitionen und1022
staatliche Verwaltung die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten und die1023

Lebensverhältnisse insgesamt zu verbessern. Weniger Bürokratie, mehr1024
Eigenverantwortung und ein effizienterer Einsatz öffentlicher Mittel sind wichtige1025
Voraussetzungen für ein zukunftsfähiges Deutschland.1026

Trotz gegenwärtig hoher Steuereinnahmen lassen die ständig steigenden konsumtiven1027
Ausgaben zunehmend weniger Raum für notwendige Investitionen. In der Folge führt1028
dies zu Forderungen nach Steuererhöhungen und zusätzlichen Schulden. Wir setzen uns1029
für eine Abkehr von übermäßiger Besteuerung und im Gegenzug für Ausgabendisziplin1030
ein, um die Privathaushalte und unsere Unternehmen zu stärken sowie die1031
Schuldenbremse einzuhalten und Verschuldung zurückführen. Wir planen, das1032
komplexe deutsche Steuerrecht zu vereinfachen.1033

Bundeshaushalt konsolidieren, Steuerverschwendung beenden,1034
Schuldenbremse einhalten1035

Deutschland hat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Trotz nach wie vor1036
hoher Steuereinnahmen gelingt es der Bundesregierung regelmäßig nicht, einen1037
Bundeshaushalt ohne weitere Neuverschuldung einzubringen. Wir dürfen die1038
nachfolgenden Generationen nicht weiter mit Schulden und Zinsen belasten. Deshalb1039
fordern wir Steuerverschwendung zu vermeiden. Als wesentliche Beispiele seien der1040
Abbau von sinnlosen, der vorgeblichen „Klimaretting“ geschuldeten Ausgaben genannt1041
sowie die Beendigung der Finanzierung von überflüssigen Prestigeprojekten,1042
insbesondere im Ausland. Unter anderem sind die Beitragszahlungen von (2023) knapp1043
30 Milliarden Euro an die EU drastisch zu reduzieren. Die im Grundgesetz1044
festgeschriebene Schuldenbremse ist einzuhalten.1045

Konnexitätsprinzip einhalten1046

Das Konnexitätsprinzip wird im Artikel 104a des Grundgesetzes geregelt. Es besagt, dass1047
diejenige staatliche Ebene, die eine Ausgabe veranlasst, auch die damit verbundene1048
Finanzierung zu leisten hat („Wer bestellt, bezahlt“). In der Praxis wird dieses Prinzip zu1049
Lasten insbesondere der Kommunen nicht durchgehend eingehalten, was dort zu1050
erheblichen finanziellen Belastungen führt. Wir fordern die strikte Einhaltung des1051
verfassungsrechtlich geregelten Prinzips.1052

Zuwendungen an Nichtregierungsorganisationen reduzieren1053

Laut Information der Bundesregierung werden über 500 in Deutschland ansässige oder1054
aktive Nichtregierungsorganisationen (NGO) direkt sowie mittelbar durch mehrheitlich1055
im Eigentum des Bundes befindliche Unternehmen finanziell unterstützt. Im Rahmen1056
der Haushaltskonsolidierung fordern wir eine detaillierte Prüfung dieser Organisationen1057
und deren Projekte, mit dem Ziel, unnötige und ideologiebasierte Ausgaben einzusparen.1058

Wahre Kosten der Asylpolitik freilegen1059

Die Kosten der Asylpolitik verteilen sich in schwer überschaubarer Weise auf zahlreiche1060
Einzelpläne der Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Nicht alle Kosten lassen sich1061
31

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
dabei eindeutig beziffern, da Ausgaben im Haushalt in der Regel nicht einer1062
Personengruppe zugeordnet werden. Wir fordern eine differenzierte und transparente1063
Aufstellung in der Weise, dass die Kosten der Zuwanderung im Bundeshaushalt als1064
eigene Position ausgewiesen werden und insbesondere auch hier das Konnexitätsprinzip1065
eingehalten wird.1066

Steuerfinanzierte Öffentlichkeitsarbeit der Regierung drastisch kürzen1067

Der Bund der Steuerzahler stellt zurecht fest, dass steuerfinanzierte1068

Öffentlichkeitsarbeit nur dann gerechtfertigt ist, wenn sie nicht vordringlich der1069
Imageverbesserung der jeweils amtierenden Regierung dient. Keinesfalls dürfe sie zum1070
Selbstzweck werden, um politischen Aktionismus zu demonstrieren. Zudem ist die1071
Regierung, wie alle staatlichen Stellen, laut ständiger Rechtsprechung des1072
Bundesverfassungsgerichts zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet. Wir fordern1073
deshalb eine Beschränkung der regierungsseitigen steuerfinanzierten1074
Öffentlichkeitsarbeit auf wichtige Informationen, die nicht bereits durch Medien oder1075
auf sonstige Weise zu beziehen sind.1076

Steuerrecht stark vereinfachen1077

Das deutsche Steuerrecht ist mit über 30.000 Vorschriften eines der kompliziertesten1078
der Welt. Zahlreiche Einzelfallentscheidungen der Finanzgerichte sind dadurch1079
notwendig, die jedoch ihrerseits das Steuerrecht weiter verkomplizieren. Die Erhebung1080
der Steuern ist zeitaufwendig und für die Beteiligten mit erheblichen Kosten verbunden.1081
Unternehmen werden dadurch abgeschreckt, sich in Deutschland niederzulassen; viele1082
hier ansässige Unternehmen verlagern ihren Standort ins Ausland.1083

Die AfD wird das Steuerrecht durch einen geänderten Einkommensteuertarif mit1084
wenigen Stufen vereinfachen. Die Steuersätze werden wir senken, im Gegenzug ebenso1085
die Abschreibungsmöglichkeiten für „Steuersparmodelle“. Die Unternehmensteuer1086
werden wir rechtsformneutral gestalten. Durch diese Maßnahmen werden die Steuern1087
übersichtlicher, die Erhebung der Steuern wird einfacher, zeitsparend und1088
kostengünstig.1089

Absenkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie auf 7 %1090

Entgegen vergangener Zusagen wurde zum Jahresbeginn 2024 die Mehrwertsteuer für1091
Speisen und Getränke in der Gastronomie von 7 %wieder auf 19 % erhöht. Neben den1092
gestiegenen Kosten für Grundnahrungsmittel und für Energie sowie den ebenfalls1093
höheren Personalkosten ist die erhöhte Steuer ein weiterer Preistreiber für die Branche.1094
Wirte hatten keine andere Wahl, als die Kosten auf dem Wege von Preiserhöhungen an1095
die Kunden weiterzugeben. Ein Nachfrageeinbruch war die Folge. Restaurants mussten1096
schließen und für viele Menschen im Lande ist ein weiteres Stück Lebensqualität1097
verloren gegangen.1098

Deshalb fordern wir einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie von1099
7 %.1100

Abschaffung aller CO₂-Abgaben1101

Die CO₂-Abgaben erhöhen die Produktionskosten und führen zu einem1102
Wettbewerbsnachteil für die deutsche Industrie. Weiterhin benachteiligen sie ländliche1103
32

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Regionen, insbesondere unsere Landwirte, die auf fossile Energien angewiesen sind. Ein1104
Fahrzeug mit hohem "Emissionspotential" kann letztendlich weniger CO₂ ausstoßen als1105
ein Fahrzeug mit geringerem "Emissionspotential", wird jedoch höher besteuert.1106
Elektrofahrzeuge, die in der Produktion die Umwelt belasten, werden einseitig bevorzugt.1107
Wir fordern eine ersatzlose Abschaffung der CO₂-Abgaben.1108

Arbeit muss sich lohnen – Niedriglohnsektor und Mittelstand entlasten1109

Die Inflation ist für viele Menschen in Deutschland ein großes Problem und belastet sie1110
finanziell in einer erheblichen, teilweise sogar existenzgefährdenden Weise. Besonders1111
die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln treibt die Inflation an. Der aktuelle1112
Grundfreibetrag zur Freistellung des Existenzminimums ist aus unserer Sicht zu niedrig.1113

Der einkommensteuerliche Grundfreibetrag soll auf 15.000 Euro erhöht werden, von der1114 bisherigen Anlehnung an sozialhilferechtliche Regelungen wird Abstand genommen. Die1115 Freibeträge sollen indexiert werden, um auch zukünftig heimliche Steuererhöhungen1116 auszuschließen. Diese Maßnahmen tragen dem Lohnabstandsgebot Rechnung und1117 motivieren am Erwerbsleben teilzunehmen. Die korrespondierende Verschiebung von1118 weiteren Tarifeckwerten bis hin zum Spitzensteuersatz halten wir ebenfalls für1119 erforderlich.1120

Grundsteuer abschaffen und Steuerausfälle kompensieren1121

Die Erhebung der den Städten und Gemeinden zugutekommenden Grundsteuer ist1122 äußerst kompliziert und mit sehr hohem Verwaltungsaufwand verbunden. Das1123 Bundesmodell berechnet sich nach den Bodenrichtwerten, die oft veraltet, ungenau oder1124 willkürlich sind. Die Grundsteuer verletzt zudem den Gleichheitsgrundsatz, da sie nicht1125 die individuellen Merkmale der Grundstücke berücksichtigt.1126

Deshalb wird sie gänzlich abgeschafft. Die Kommunen werden durch einen Zuschlag auf1127 die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer vollumfänglich entschädigt. Damit1128 orientiert man sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen. Für1129 Mieter ergibt sich dadurch ebenfalls eine Entlastung.1130

Familiensplitting einführen1131

Laut Artikel 6 Grundgesetz stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der1132 staatlichen Ordnung. Das Bundesverfassungsgericht hat 1957 in Anwendung dieses1133 Artikels die steuerliche Mehrbelastung von Ehegatten für unvereinbar mit dem1134 Grundgesetz erklärt. Daraufhin hat der Gesetzgeber 1958 das Ehegattensplitting1135 eingeführt, das heute nach wie vor gilt.1136

Familien mit Kindern dürfen nicht schlechter gestellt werden als Kinderlose. Als eine der1137 wichtigsten Maßnahmen in Anlehnung an den Wortlaut des Grundgesetzes fordern wir1138 eine Ausweitung des Ehegattensplittings auf das Familiensplitting. Dies hätte zur Folge,1139 dass die Summe der erzielten Einkünfte aller Familienmitglieder durch die Zahl der1140 Familienmitglieder geteilt wird. Hierdurch werden Familien mit Kindern steuerlich1141 entlastet. Angesichts der in Deutschland deutlich zu geringen Geburtenrate schaffen wir1142 dadurch auch einen Anreiz für mehr Kinder.1143

33

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Kein eigenes Besteuerungsrecht der Europäischen Union1144

Das Recht, Steuern zu erheben, gilt als eines der Königsrechte der nationalen Parlamente.1145 Nach den Europäischen Verträgen darf die EU keine Steuern erheben. Der Haushalt ist1146 grundsätzlich aus Eigenmitteln zu finanzieren. Eine teilweise Übertragung der1147 Steuergesetzgebung an die EU würde nach geltender Rechtslage eine Änderung des1148 Grundgesetzes erfordern, die nach Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz ("Ewigkeitsklausel")1149 dauerhaft verboten ist, da sie die haushaltspolitische Souveränität der Bundesländer1150 einschränkt.1151

Zudem wäre ein Eingriff in die Souveränität und die demokratische Legitimität der1152 Bundesrepublik die Folge, da sie weniger Gestaltungsspielraum über ihre eigenen1153 Steuersysteme hätte. Die EU darf deshalb auch in Zukunft kein eigenes1154 Steuererhebungsrecht erhalten.1155

Vermögen- und Erbschaftsteuer abschaffen1156

Die AfD will die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögensteuer sowie die1157 Erbschaftsteuer abschaffen. Beide sind Substanzsteuern, d.h. sie werden unabhängig1158

von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerbürgers erhoben.1159
Substanzsteuern greifen auf Vermögen zu, die typischerweise aus versteuertem1160
Einkommen entstanden sind. Sie führen somit zu einer Doppelbesteuerung. Sowohl der1161
Verwaltungsaufwand für die Erhebung ist überproportional hoch als auch der Ertrag für1162
die Staatseinnahmen nur marginal.1163
Hinzu kommt, dass die Erbschaftsteuer Fehlanreize im Hinblick auf den nachhaltigen1164
Umgang mit erwirtschaftetem Vermögen beim Übergang zur nächsten Generation setzt.1165
Im Erbfall kann sie zur Veräußerung von Unternehmen oder deren wirtschaftlicher1166
Aufgabe sowie dem Verlust von Arbeitsplätzen führen. Zudem lassen sich verschiedene1167
Vermögensformen nicht rechtssicher bewerten.1168
Erhöhung Sparerpauschbetrag auf 2.400 Euro1169
Der aktuell geltende Sparerpauschbetrag für Ledige von 1.000 Euro pro Jahr wird den sich1170
ständig wandelnden Herausforderungen längst nicht mehr gerecht. Die AfD will den1171
Sparerpauschbetrag auf 2.400 Euro erhöhen, um den Menschen in Deutschland, vor1172
allem dem Mittelstand, die Möglichkeit zu geben, ihr Vermögen sicher und1173
steueroptimiert aufzubauen. Mit der Erhöhung des Sparerpauschbetrages schaffen wir1174
eine echte Entlastung, die vor allem diejenigen erreicht, die auch durch kleinere1175
Kapitalerträge einen wirksamen privaten Vermögensaufbau erzielen wollen. Es geht1176
dabei um finanzielle Selbstbestimmung, um die Stärkung der privaten Altersvorsorge1177
und um die Förderung nachhaltiger Investitionen ohne die Abhängigkeit von staatlichen1178
Zuschüssen.1179

34

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Währungspolitik – Das Euro-System scheitert1180
Zurück zu Recht, Wohlstand und sozialem Frieden1181
Die AfD vertritt eine Währungspolitik, die auf Marktwirtschaft, nationaler1182
Eigenverantwortung und freundschaftlichem Miteinander der europäischen Staaten1183
basiert. Die Stabilitätskriterien als Geschäftsgrundlage der Euro-Währung werden1184
permanent verletzt, der Euro illegitim „gerettet“. Die schleichende Umwandlung des1185
Staatenbundes Europa in einen EU-Zentralstaat ist von den europäischen Völkern nie1186
demokratisch legitimiert worden. Der Euro besitzt nicht die institutionelle Grundlage, die1187
seine zwingende verfassungsrechtliche Voraussetzung wäre. Die EU geriert sich als1188
Bundesstaat – und nicht mehr als Staatenbund souveräner Nationalstaaten. Die1189
Geschäftsgrundlage des Euro war spätestens seit der Euro- und Finanzkrise zerstört. Seit1190
den Schulden-Vergemeinschaftungen sind die letzten Hemmungen zum Rechtsbruch1191
gefallen. Wir erleben vertragswidrige Gemeinschaftshaftung, Transferzahlungen,1192
Verschuldung auf EU-Ebene, verbotene Staatsfinanzierung und mandatswidrige1193
Wirtschaftspolitik durch die EZB – meist zu Lasten Deutschlands. Der Euro ist für ein1194
Wirtschaftsgebiet mit 20 sehr unterschiedlichen Volkswirtschaften eine1195
Fehlkonstruktion und kann in dieser Form weder ökonomisch noch sozial funktionieren.1196
Erwirtschaften muss wieder vor Umverteilen kommen. Nur durch nationale Währungen1197
erlangt jeder Staat seine Souveränität über die Wirtschafts- und Währungspolitik1198
zurück. Die Staaten können ihre Wettbewerbsfähigkeit dann, wie vor der Euro-1199
Einführung, durch eine eigene Entscheidung über den Wechselkurs wiederherstellen.1200
Deutschland muss aus dem Euro-System austreten1201
Die Grundlage der Euro-Währung war: Vermeidung überbordender Schulden in allen1202
EU-Staaten und keine Haftung der Staaten untereinander. Beide Regeln werden1203

permanent gebrochen. Der Euro wird heute jeden Tag mit Milliardenbeträgen „gerettet“.1204 Dies geschieht über Garantien und „Fazilitäten“, also direkte Geldgeschenke an1205 „notleidende“ Staaten, über EU-Gemeinschaftsfonds, missbräuchliche1206 Kreditmechanismen und Aufkäufe von Staatsanleihen durch das EZB-System. Jede1207 weitere Teilnahme an der Dauerrettungspolitik kommt einer Insolvenzverschleppung1208 auf Kosten deutscher Steuerzahler gleich. Der AfD ist bewusst, dass die1209 Wiedereinführung einer stabilen nationalen Währung nicht ohne1210 Umstellungsbelastungen erfolgen kann. Diese werden jedoch niedriger sein als die1211 dauerhaften Kosten des weiteren Verbleibs im Euro-System.1212 Deshalb muss Deutschland diese „Transferunion“ aufkündigen und den Irrweg der1213 Dauerrettung durch Wiedereinführung einer nationalen Währung beenden, ggf. unter1214 paralleler Beibehaltung des Euro oder einer flexiblen ECU-ähnlichen1215 Verrechnungseinheit.1216 Absicherung gegen die Eurokrise, Geldsystem reformieren und Staatsgold1217 zurückholen1218 Deutschland muss auch in einem währungspolitischen Krisenfall handlungsfähig sein.1219 Bei einer Wiedereinführung der Deutschen Mark (D-Mark) könnte das teilweise im1220 Ausland gelagerte Staatsgold als temporäre Deckungsoption dienen. Gold ist nach aller1221 historischen Erfahrung eine potenzielle Deckung für Währungen, was besonders in1222 35 Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin Krisen und nach Einführung einer neuen Währung zum Vertrauensaufbau relevant ist.1223 Das deutsche Staatsgold muss als potenziell letzte Währungsreserve ohne1224 Gegenparteien- und Verwahrnis im eigenen Land aufbewahrt werden.1225 Die wirtschaftliche Situation der Deutschen Bundesbank verschlechtert sich1226 gegenwärtig: Sie wird nach einem hohen operativen Verlust in 2023 erstmals nach1227 Jahrzehnten in 2024/25 einen Gesamt-Verlust ausweisen. Dies findet erneut statt wegen1228 Zinszahlungen in Höhe von dutzenden Milliarden Euro auf die Eurorettungs-bedingt1229 sehr hohen Einlagen der Geschäftsbanken. Im Jahr 2023 hatte die Bundesbank darum1230 bereits fast ihre komplette Risikoreserve auflösen müssen. Diese steht nun nicht mehr1231 zur Verfügung. Das Eigenkapital der Bank beträgt lediglich 2,5 Milliarden Euro. Die seit1232 1971 entstandenen Aufwertungsgewinne auf Goldreserven der Bundesbank (derzeit über1233 250 Milliarden Euro) werden nun erstmals trickreich „rhetorisch“ genutzt, damit das1234 ansonsten negative Eigenkapital keinen Vertrauensverlust in die Solidität der Bank1235 auslöst. Das offiziell wenig geschätzte Goldvermögen rettet derzeit die Bilanz der1236 Bundesbank und damit faktisch den Euro. Zugleich gerät damit aber unser1237 Staats(bürger)gold in Ausbuchungsgefahr.1238 Anderen Zentralbanken wird zunehmend die Bedeutung von Goldkäufen für ihre1239 Währungsstabilität bewusst. Sie kaufen viel Gold zu und lagern es in ihren eigenen1240 Ländern.1241 Die AfD fordert die Deutsche Bundesbank auf, das im Ausland gelagerte Staatsgold1242 vollständig nach Deutschland zu überführen. Zudem fordert die AfD die Herbeiführung1243 eines verfassungsrechtlich abzusichernden bilanziellen Sonderstatus der Goldreserve1244 zur Abwehr der Ausbuchungsgefahr aufgrund der sich durch die Euro-Dauerrettung seit1245 2007 ständig verschlechternden Qualität der Bundesbank-Bilanz. Langfristig halten wir1246 eine grundsätzliche Reform des Geldsystems für notwendig, hin zu freiem1247 Währungswettbewerb beziehungsweise einem goldgedeckten Währungssystem.1248

Beendigung der planwirtschaftlichen Politik der EU1249

Die EZB-Politik führt zur Zerstörung der Märkte für Staats- und Unternehmensanleihen.1250

Die Manipulation der Anleihemärkte ist für die EZB seit 2015 das tägliche1251

„Geschäftsmodell“. Sie hat inzwischen staatliche und private Anleihen in Höhe von1252

mehreren Billionen Euro erworben. Diese suprastaatliche „Rettungspolitik“ verletzt1253

geltendes EU-Recht, darunter das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Zentralbank1254

und das Verbot der Haftung für Schulden anderer Mitgliedstaaten. Die EU betreibt dabei1255

auch verbotene Wirtschaftspolitik – über riesige zweckgebundene Garantien und über1256

selektive Aufkäufe von „grünen“ Anleihen. Environmental-Social-Governance-1257

Vorschriften und Taxonomie-Vorgaben, die hoch ideologisch und bürokratisch1258

regulieren, welche Wirtschaftstätigkeiten förderungswürdig sind, stellen eine1259

planwirtschaftliche Makrosteuerung dar. Diese Vehikel führen faktisch zu1260

Geldgeschenken an „notleidende“ Staaten über gemeinschaftlich behaftete EU-Schulden1261

(Next Generation-Fonds, Target-2, demnächst Ukraine-Bonds). Diese illegitime EZB-1262

Politik führt zu Inflation. Sie zerstört Unternehmenskalkulationen, kapitalgedeckte1263

Rentensysteme und private Sparvermögen.1264

Die AfD fordert eine Rückkehr zum Recht und zur Marktwirtschaft: Alle Maßnahmen der1265

EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden.1266

36

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

Keine Schuldenaufnahme durch die EU: Kredite nur auf nationaler Ebene1267

Die EU maß sich vertragswidrig an -entgegen dem expliziten Wortlaut der EU-Verträge1268

– eigene Schulden aufzunehmen, was zu Lasten künftiger Generationen geht. Dabei1269

werden die Mittel durch Neuverschuldung beschafft und anschließend von EU-1270

Bürokraten über zumeist ideologisch motivierte Projekte nach Gutsherrenart1271

ausgegeben. Haftung und Tilgung verbleiben jedoch bei den Nationalstaaten,1272

insbesondere bei Deutschland. Solche von der EU aufgenommenen Kredite, die1273

weitgehend den Euro-Krisenländern zugutekommen, führen zu einer Verschlechterung1274

unserer Bonität und damit zu einer Erhöhung der Zinslasten und Steuern der Deutschen.1275

Ein Euro-Ausstieg wäre förderlich für unsere Wirtschaft und Steuerzahler.1276

Die AfD fordert die sofortige Einstellung jeglicher Kreditaufnahme seitens der EU: Keine1277

vertragswidrige Vergemeinschaftung von Schulden, keine ideologische und1278

zentralistische Geld- und Wirtschaftspolitik und Rückkehr zu einer Kapitalallokation1279

über funktionierende Märkte. Verschuldung und Steuererhebung sollen generell nur auf1280

nationaler Ebene stattfinden.1281

Keine deutsche Haftung für ausländische Banken1282

Mit der Europäischen Bankenunion würden die bisher kommunal verankerten1283

deutschen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und die deutsche private1284

Bankenwirtschaft der EU-Umverteilung unterworfen. Das geplante europäische1285

Einlagensicherungssystem wäre mit mehreren Billionen Euro die größte1286

gemeinschaftliche Haftungsfazilität der EU. Durch diese Vergemeinschaftung würden1287

deutsche Sparer mit ihren Einlagen für marode Banken in anderen Staaten haften, die1288

hohe und riskante Kreditforderungen in den Bilanzen haben. Riesige Ausfälle wären nur1289

eine Frage der Zeit und würden direkt eine deutsche Zahlungsverpflichtung auslösen.1290

Dies wäre ein weiterer Schritt in die von der AfD abgelehnte Haftungs- und1291

Transferunion.1292

Die AfD verlangt, dass deutsche Banken Haftungen auf die nationale Ebene begrenzen1293

und auch weiterhin eigene bankengruppenspezifische Instituts-, Haftungs- und Einlagensicherungs-Verbundlösungen unterhalten können, wie die ausschließlich regional tätigen und örtlich verankerten Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Wir treten dafür ein, die nationale Souveränität über alle Finanzdienstleistungen hinweg wiederherzustellen. Wir wenden uns gegen die europäische Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken.

Target-2-Risiko beenden

Die Target-2-Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber der EZB bzw. indirekt gegenüber einzelnen Euro-Südstaaten betragen über eine Billion Euro. Diese Forderungen sind noch immer unbesichert, nicht risikoadäquat verzinst und nicht fälligstellbar. Mögliche Abschreibungen stellen ein hohes Milliardenrisiko für den deutschen Steuerbürger dar. Es ist sicher, dass die EZB als Anspruchsgegnerin der Bundesbank im Falle einer (Teil-)Auflösung der Eurozone die deutschen Target-Forderungen nur noch in abgewerteten Euros oder gar nicht mehr begleichen wird. Wegen der substanzlosen Target-Forderungen kommen die in guten Zeiten durch deutsche Arbeitsleistung erwirtschafteten Außenhandelsüberschüsse innerhalb der Eurozone der deutschen Volkswirtschaft kaum noch zugute. Die uneinbringlichen

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Forderungssalden müssen darum für Deutschland nutzbar gemacht werden. Eine Option wäre, mit dem in Form von Target bereits erwirtschafteten Forderungsguthaben über einen deutschen Staatsfonds ausländische Aktien, ausländisches Gold oder andere Sachwerte zu kaufen.

Die AfD fordert von Bundesregierung und Deutscher Bundesbank, die Target-2-Forderungen zunächst abzuschmelzen, dann täglich auszugleichen und bis dahin mit Sicherheiten zu unterlegen. Die AfD ist zudem offen für alle sinnvollen Optionen, die Target-Forderungen für deutsche Bürger zu „monetarisieren“ und nutzbar zu machen. Bargeld ist Freiheit und Schutz vor Enteignung und Totalüberwachung
Unser Bargeld ist in Gefahr. Mit der Unterstützung von Bundesregierung, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank wird seine schleichende Abschaffung betrieben. Mit der Abschaffung des Bargelds würde die Rolle des Geldes als unantastbarer und gebührenfreier Wertspeicher eingeschränkt. Eine faktische Abschaffung des Bargelds ermöglicht auch die Enteignung von Kontoinhabern. Bargeld ist ein natürliches Bollwerk gegen eine weitere Absenkung der Zinsen bis in den negativen Bereich. Eine Bargeldabschaffung würde zudem bedeuten, dass Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden können. Dies eröffnet Staat und Banken die totale Kontrolle und sogar Steuerung aller Geldströme und Wirtschaftsaktivitäten über jede finanzielle Handlung der Bürger, sogar über deren Aufenthaltsorte. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne Mensch werden: Mit einem freiheitlichen Rechtsstaat sind solche Überwachungs- und Steuerungsmöglichkeiten nicht vereinbar. Darüber hinaus sind elektronische Systeme nicht ausfall- und manipulationssicher.

Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt des Bargeldes als uneingeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel und dessen Nutzung als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht im Grundgesetz zu verankern. Staatliche Stellen dürfen die Annahmepflicht von Bargeld nicht abbedingen.

Recht auf analoges Leben: ohne Vermögensregister und digitalen Euro

Auch wenn der Digitale Euro noch in der Versuchsphase steckt: Er soll absehbar und1339
entgegen den Beteuerungen der EZB das dominante gesetzliche Zahlungsmittel werden.1340
Der Digitale Euro könnte mittelfristig sogar programmierbar ausgestaltet werden.1341
Vollüberwachung und Steuerung bis hinein in private, ja intime Lebensbereiche wären1342
buchstäblich vorprogrammiert, ähnlich dem chinesischen „Social Credit-System“. In1343
Kombination mit dem ebenfalls geplanten Vermögensregister werden hier1344
Voraussetzungen für umfassende Enteignungsmöglichkeiten von bereits versteuertem1345
Vermögen geschaffen. All dies kann aus staatlicher und suprastaatlicher EU-Sicht nur1346
durch eine faktisch verpflichtend gemachte, sogenannte digitale Identität durchgesetzt1347
werden, mittels der praktisch jede menschliche Aktivität dauerhaft nachvollziehbar und1348
zentral gespeichert, reguliert und sanktioniert werden kann. Dies ist eine dystopische1349
Vorstellung spätestens ab dem Moment, an dem die Nutzung des Digitalen Euros faktisch1350
verpflichtend wird.1351

Die AfD spricht sich gegen eine von der EZB herausgegebene digitale Währung aus, die1352
ein Einfallstor für die schleichende Abschaffung des Bargeldes wäre. Die AfD1353
widerspricht einer Totalüberwachung und -steuerung aller finanziellen Handlungen1354
38

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
durch faktisch verpflichtende elektronische Zahlungsvorgänge über einen1355
monopolistischen „Digitalen Euro“ und über ein zentrales Vermögensregister. Wir1356
fordern ein Recht auf analoges, unüberwachtes und freies Leben.1357

Bitcoin: Erhalt von Freiheit und Staatsferne1358

Der Bitcoin ist als staatsfreies Geld ein begrüßenswerter Kandidat im Wettbewerb der1359
Währungen. Bei einer Marktkapitalisierung im Billionen-Bereich und einem1360
signifikanten Umlauf erfüllt der Bitcoin inzwischen die meisten Geldfunktionen. Durch1361
zunehmende nationale und internationale Regulierungstendenzen (EU-MiCAR) ist er1362
jedoch gefährdet. Die AfD hat sich seit Jahren gegen diesen politisch-regulatorischen1363
Druck gestellt.1364

Die AfD fordert die weitgehende Deregulierung des Bitcoins sowie der Bitcoin-Wallets1365
und der Handelsplätze. Wir setzen uns ein für die Beibehaltung der Umsatzsteuer-1366
Freiheit von Bitcoin-Transaktionen, der einjährigen Frist zur Besteuerung von1367
Wertzuwächsen sowie des Rechts auf Eigenverwahrung der Coins in selbstverwalteten1368
Wallets. Wir fordern den Erhalt von Freiheit und Staatsferne durch Besteuerungs- und1369
Regulierungszurückhaltung der Politik.1370

39

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Landwirtschaft, Umwelt und Klima1371

Reine Luft und sauberes Wasser, gesunde und verantwortungsbewusst erzeugte1372
Lebensmittel sowie naturnahe Lebensräume sind lebenswichtige Allgemeingüter, deren1373
Schutz zu den Prioritäten der AfD zählt. Unsere Politik orientiert sich dabei an den Zielen1374
der Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit als konservative Prinzipien.1375

Die vielen bäuerlichen Familienbetriebe und Agrargenossenschaften in Deutschland1376
sind die Grundlage für unsere Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln.1377
Darüber hinaus schützen sie unsere natürlichen Lebensgrundlagen und pflegen die1378
deutschen Kulturlandschaften. Die Bauernfamilien halten schon seit vielen1379
Generationen Traditionen und Brauchtum aufrecht und sind damit unersetzlich für die1380
regionale Identität.1381

Diese wichtigen und vielfältigen Leistungen verdienen Anerkennung – es liegt deshalb1382 im besonderen gesamtgesellschaftlichen Interesse, die deutsche Landwirtschaft zu1383 erhalten. Heimat braucht Bauern. Dabei muss sich Landwirtschafts- und Umweltpolitik1384 allem voran an nationalen Gegebenheiten und Bedürfnissen orientieren.1385 Ideologisch getriebene Fehlanreize und Partikularinteressen verhindern eine1386 nachhaltige Förderung der Forst- und Landwirtschaft sowie den Erhalt und den Schutz1387 unserer Natur. Eine überbordende Bürokratisierung aller Lebensbereiche zerstört dabei1388 die Existenz des seit Generationen für die Gesellschaft arbeitenden, regional1389 verwurzelten Bauerntums und des ländlichen Raums.1390 Die AfD kämpft für ein Deutschland, in dem Ernährungssicherheit und Selbstversorgung1391 mit heimischen Lebensmitteln auch für zukünftige Generationen gewährleistet bleiben.1392 Dabei kommt es uns nicht darauf an, ob sie aus biologischer oder konventioneller1393 Produktion kommen, sondern entscheidend ist die Qualität der Produkte.1394 Agrarpolitik in Deutschland entscheiden1395 Unter dem Deckmantel der sogenannten Klimaschutzpolitik richten sich1396 Lobbyinteressen gegen eine vernunftgesteuerte und auf regionale Bedürfnisse1397 ausgerichtete Umwelt- und Landwirtschaftspolitik. Durch Implementierung des „Green1398 Deal“ wird eine milliardenschwere Umverteilungsmaschinerie in Gang gesetzt, die zu1399 Deindustrialisierung und Naturzerstörung führt. Das schadet Bürgern, Umwelt und1400 Landwirtschaft. Dabei wird das Selbstbestimmungsrecht Deutschlands weiter1401 unterlaufen. Die AfD setzt sich dafür ein, die Unabhängigkeit der Landwirte zu stärken und1402 marktwirtschaftliche Prinzipien wieder in den Vordergrund zu rücken. Eine sach- und1403 leistungsgerechte Vergütung der Landwirte, landwirtschaftliche Nutztierhalter und1404 Nahrungsmittelproduzenten muss generationengerecht gesichert sein. Dies kann nur mit1405 mehr Selbständigkeit und ohne EU-Verordnungswahn geschehen. Die Gemeinsamen1406 Agrarpolitik (GAP) lehnen wir aus diesem Grund auch ab.1407 Die AfD wird den Landwirten wieder mehr unternehmerische Entscheidungsfreiheit1408 zurückgeben. Wir setzen uns für faire Erzeugerpreise und eine bessere Marktstellung u.a.1409 durch Direktvermarktung ein. Die völlig aus dem Ruder gelaufene Bürokratie und1410 Überregulierung fahren wir Schritt für Schritt zurück, um die bäuerlichen Betriebe1411 umfangreich zu entlasten.1412

40

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Ländlicher Raum und Familienbetriebe1413

Die verschiedenen Sparten der Flächenbewirtschaftung – Ackerbau, Viehzucht, Weinbau,1414 Forstwirtschaft, Gartenbau und Imkerei – tragen zur Pflege der Kulturlandschaft, der1415 Schaffung regionaler Arbeitsplätze und zur Versorgung der Bevölkerung mit1416 hochwertigen Lebensmitteln in Deutschland. Wir setzen uns für einen1417 realitätsbezogenen Bildungsansatz in den „Grünen Berufen“ ein. Bevor agrarpolitische1418 Maßnahmen eingeführt werden, muss geprüft werden, wie sie sich auf das Einkommen1419 der Bauern auswirken und welchen ökologischen Nutzen sie erbringen. Wir setzen auf1420 Anreize statt Verbote.1421

Die Agrarförderung muss die Leistungen von Familienbetrieben und Genossenschaften1422 berücksichtigen sowie die Hofnachfolge vereinfachen. Die Landwirtschaft ist zu1423 entbürokratisieren, um die Bauern zu entlasten. Weder deutsche noch EU-Behörden1424 sollen sich in deren Wirtschaftsweise einmischen, wie etwa bei der Wahl der Fruchtfolge.1425 Um unsere vielfältigen Agrarstrukturen zu erhalten, werden wir Junglandwirte1426

besserstellen, die ihre Agrarflächen selbst bewirtschaften. Wir werden Existenzgründer¹⁴²⁷ steuerlich entlasten. Flankierend dazu stellen wir uns gegen die Abnahme der¹⁴²⁸ landwirtschaftlichen Nutzfläche und werden außerlandwirtschaftlichen Investoren den¹⁴²⁹ Zugang zum Bodenmarkt erschweren.¹⁴³⁰

Verbraucherschutz¹⁴³¹

Die Verbraucher müssen den zunehmend global agierenden Unternehmen auf¹⁴³² Augenhöhe begegnen können. Bei vielen Nahrungsmitteln, Finanzprodukten und¹⁴³³ Sachgütern fehlen den Verbrauchern jedoch wesentliche Informationen über¹⁴³⁴ Produktherkunft und -qualität. Die AfD will die Verbraucher in die Lage versetzen, eine¹⁴³⁵ informierte Kaufentscheidung treffen zu können.¹⁴³⁶

Die AfD unterstützt das Leitbild des mündigen Bürgers. Er soll in seinem Konsumverhalten¹⁴³⁷ nicht staatlich bevormundet werden. Deshalb lehnen wir jede Form der gesonderten¹⁴³⁸ Lebensmittelbesteuerung ab, wie z.B. eine Fleisch- oder Zuckersteuer. Dazu gehört die¹⁴³⁹ Aufklärung über gesundheitliche Risiken modischer Ernährungsformen und die¹⁴⁴⁰ Bewahrung unserer traditionellen Esskultur in öffentlichen Einrichtungen. Wir schätzen¹⁴⁴¹ regionale und saisonale Lebensmittel aus Deutschland. Sie sichern unseren¹⁴⁴² produzierenden und verarbeitenden Betrieben ein hinreichendes Einkommen – bei¹⁴⁴³ zugleich hohen Standards im Tier- und Umweltschutz. Die Versorgung der eigenen¹⁴⁴⁴ Bevölkerung sowie die Wirtschaftlichkeit heimischer Lebensmittelproduktion muss¹⁴⁴⁵ gewährleistet bleiben.¹⁴⁴⁶

Wir fordern ein effizientes Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittelsicherheit.¹⁴⁴⁷ Bei begründetem Verdacht auf schädliche Produkte, Lebensmittelgifte oder Tierseuchen¹⁴⁴⁸ setzen wir uns für eine schnelle punktuelle Intervention ein. Ferner werden wir die¹⁴⁴⁹ Kennzeichnung von Produkten mit einer klaren Deklaration über Inhalt und Gewicht mit¹⁴⁵⁰ Bezug zum Verkaufspreis umsetzen, um Verbrauchertäuschung zu verhindern. So wird es¹⁴⁵¹ keine verdeckte Beimischung von Insekten in Lebensmitteln geben, sondern diese wird¹⁴⁵² deutlich gekennzeichnet. Generell treten wir dafür ein, dass die EU-Insektenfreigabe¹⁴⁵³ rückgängig gemacht wird.¹⁴⁵⁴

41

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Düngung, Pflanzenschutz und Gentechnik¹⁴⁵⁵

Die derzeitigen Düngeregeln verursachen erhebliche Ertrags- und Qualitätseinbußen¹⁴⁵⁶ sowie massive ökologische Probleme, darunter der Verlust von Bodenfruchtbarkeit und¹⁴⁵⁷ Humus. Die AfD wird deshalb, die bedarfsgerechte Nährstoffversorgung von¹⁴⁵⁸ Kulturpflanzen nach guter fachlicher Praxis wieder ermöglichen und den¹⁴⁵⁹ bürokratischen Aufwand auf das absolut notwendige Minimum beschränken.¹⁴⁶⁰

Ein wirksamer Pflanzenschutz nach guter fachlicher Praxis ist ein wichtiger Faktor der¹⁴⁶¹ landwirtschaftlichen Produktion. Für unsere Landwirte muss dabei die Nutzung und der¹⁴⁶² Handel von alten Kultursorten möglich sein, um die Sortenvielfalt für den Verbraucher zu¹⁴⁶³ erhöhen.¹⁴⁶⁴

In der Forschung sind weitere Fortschritte bei neuen genomischen Techniken (CRISPR)¹⁴⁶⁵ wichtig, deshalb unterstützen wir dahingehende Bemühungen. Jedoch sollte der Einsatz¹⁴⁶⁶ von Gentechnik in der landwirtschaftlichen Praxis streng überwacht und stets auf seinen¹⁴⁶⁷ tatsächlichen Nutzen überprüft werden.¹⁴⁶⁸

Tierschutz und Tierwohl¹⁴⁶⁹

Wir bekennen uns zur Tierhaltung in Deutschland. Die AfD steht dabei für Tierschutz im¹⁴⁷⁰ Sinne unserer Verantwortung für Tiere als fühlende Mitgeschöpfe. Wir werden in der¹⁴⁷¹

Nutztierhaltung artgerechte Haltungssysteme fördern.1472

Eine regionale, wohnortnahe Nutztierhaltung reduziert den Bedarf an Tiertransporten.1473

Wir setzen uns für den Erhalt regionaler Schlachthöfe und die Möglichkeit mobiler1474

Schlachtung durch Weideschuss ein. Im Sinne des Tierwohls ist ein Transport von sechs1475

Stunden nicht zu überschreiten. Zu Zwecken der Züchtung muss der Transport von1476

Lebendtieren zu definierten Bedingungen unter strikter veterinärmedizinischer1477

Kontrolle durch zertifizierte Unternehmen möglich sein.1478

Die sich in artgerechter Haltung entwickelnden robusten und gesunden1479

Nutztierbestände tragen durch eine Verminderung des erforderlichen1480

Antibiotikaeinsatzes erheblich zur Vermeidung multiresistenter Keimbildung bei.1481

Die Schlachtung nach religiösen Ritualen (Schächten) ist nur nach ausreichender1482

Betäubung zu gestatten. Die Dauer der Betäubung muss für den gesamten1483

Schlachtvorgang gewährleistet sein. Der deutsche Standard für Schlachtbetriebe muss1484

auch bei Importware Anwendung finden.1485

Klima1486

Klimawandel gab es zu allen Zeiten. Er ist ein komplexes Phänomen, verursacht durch1487

eine Vielzahl von Faktoren. Die Frage nach dem Anteil des Menschen an diesem ist1488

wissenschaftlich ungeklärt. Darauf lässt sich keine tausende Milliarden Euro kostende1489

sogenannte Energiewende aufbauen.1490

Es gibt daher auch keinen Grund, die notwendige und sinnvolle Nutzung fossiler1491

Energien (also Kohle, Erdgas, Erdöl) zu beschränken oder gar zu verbieten (z.B.1492

Verbrenner-Verbot).1493

Der angebliche wissenschaftliche Konsens des „menschgemachten Klimawandels“ war1494

schon bisher politisch konstruiert. Er fällt mit der jüngst veröffentlichten Ablehnung1495

einer behaupteten „Klimakrise“ durch rund 2000 Fachexperten, darunter zwei1496

42

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

Nobelpreisträger, komplett in sich zusammen (World Climate Declaration,1497

<https://clintel.org>). Die Vorhersagen des IPCC basieren auf unzureichenden Modellen. Die1498

Warnungen der sogenannten „Klimawissenschaft“ hat sich von der in den 1970er Jahren1499

prognostizierten Eiszeit zu einer aktuell behaupteten „Erderhitzung“ komplett gedreht.1500

Die tatsächlichen Beobachtungen der vergangenen 30 Jahre blieben weit unterhalb der1501

damals prognostizierten Katastrophenszenarien.1502

Im Gegenteil erweist sich CO₂ als Treiber eines verstärkten globalen Pflanzenwachstums1503

und begünstigt damit die Welternährung.1504

Ein sich natürlich wandelndes Klima ist hingegen klar belegt, ebenso wie die1505

Anpassungsfähigkeit des Menschen daran eine geschichtliche Tatsache ist. Gerade1506

Warmperioden waren dabei meist Blütezeiten von Kulturen.1507

Selbst die Häufigkeit von Extremwetterereignissen hat in den vergangenen Jahrzehnten1508

nicht zugenommen, wie mittlerweile selbst das IPCC eingestehen muss.1509

Die Schäden durch Extremwetterereignisse, wie beispielsweise im Ahrtal, gehen oft1510

zurück auf politisches Versagen, mangelnde Instandhaltung und unzureichende1511

Schutzmaßnahmen, wie fehlende Dämme und Kanalisationen. Historisch bekannte1512

Überschwemmungsgebiete wurden unverantwortlich bebaut. Anstatt in die1513

Infrastruktur des eigenen Landes zu investieren, wird Geld für ideologisch geprägte1514

Klimaschutzprojekte wie Radwege in Peru ausgegeben, deren Umsetzung oft nicht1515

überprüft wird. Ähnliches gilt für CO₂-Zertifikate und „Biodiesel“ aus China. Die damit1516

verbundenen Verluste in Milliardenhöhe und die daraus resultierende Korruption¹⁵¹⁷
werden wir politisch und strafrechtlich aufarbeiten.¹⁵¹⁸
Der Versuch, das Klima steuern zu wollen, bedroht deshalb nicht nur unseren Wohlstand¹⁵¹⁹
in Deutschland, sondern lenkt auch weltweit Volksvermögen um, das für die¹⁵²⁰
Bekämpfung von Armut, Krankheit und Hunger dringend benötigt wird.¹⁵²¹
Dass inzwischen sogar Tiere und Kinder als "Klimaschädlinge" hingestellt werden, ist ein¹⁵²²
lebensfeindlicher moralischer Tiefpunkt. Es wird hierbei klar, dass die derzeitige¹⁵²³
"Klimapolitik" gegen das Volk gerichtet ist, Angst erzeugen soll und so unsere Freiheit¹⁵²⁴
bedroht.¹⁵²⁵

Die wegen der behaupteten „Klimakatastrophe“ bereits eingeleitete „Große¹⁵²⁶
Transformation“ („The Great Reset“) bedroht unsere Freiheit in erschreckendem¹⁵²⁷
Ausmaß. Die AfD lehnt dieses Ziel und den damit verbundenen Gesellschaftsumbau¹⁵²⁸
vehement ab. Dazu gehört auch der „Green Deal“ der EU, der die europäische Wirtschaft¹⁵²⁹
und somit unseren Wohlstand zerstört.¹⁵³⁰

Die aktuelle CO₂-zentrierte Politik zeigt aber auch jetzt schon verheerende¹⁵³¹
Auswirkungen auf unsere Wirtschaft, unsere freiheitliche Lebensweise und unseren¹⁵³²
Wohlstand: energieintensive Branchen wandern ab, die Automobilindustrie strauchelt¹⁵³³
und Arbeitsplätze fallen in beängstigendem Ausmaß weg. Diese Fehlentwicklung droht¹⁵³⁴
sich in den kommenden Jahren noch zu beschleunigen. Währenddessen sollen der¹⁵³⁵
breiten Masse wohlverdiente Annehmlichkeiten wie Urlaubsflüge und bezahlbare Autos¹⁵³⁶
genommen werden.¹⁵³⁷

Die Profiteure der derzeitigen Klimapolitik sind ausschließlich Politiker, internationale¹⁵³⁸
Konzerne mit ihren Lobbys und politiknahe NGOs. Interessengruppen und ihre¹⁵³⁹
43

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
unterstützenden Parteien schaffen so zunehmend Tätigkeitsfelder für ihre eigene¹⁵⁴⁰
Klientel – ohne jede Wertschöpfung.¹⁵⁴¹

Die AfD lehnt daher jede Politik und jede Steuer ab, die sich auf angeblichen Klimaschutz¹⁵⁴²
beruft, denn das Klima kann der Mensch nicht schützen. Wir wollen zudem aus dem¹⁵⁴³
Pariser Klimaabkommen aussteigen.¹⁵⁴⁴

Die AfD wird unseren zukünftigen Generationen die Hoffnung und die Möglichkeit auf¹⁵⁴⁵
ein würdiges Leben in Freiheit und Wohlstand zurückbringen. Die ausufernde Plan- und¹⁵⁴⁶
Subventionswirtschaft der letzten Jahrzehnte werden wir in eine moderne soziale¹⁵⁴⁷
Marktwirtschaft zurückführen, mit der wir alle kommenden Herausforderungen¹⁵⁴⁸
meistern können. Es ist noch nicht zu spät, die von linksgrünen Ideologen zerstörte¹⁵⁴⁹
Leistungsbereitschaft breiter Bevölkerungsschichten wieder herzustellen.¹⁵⁵⁰
Umweltschutz statt Wind- und Solarausbau¹⁵⁵¹

Windenergieanlagen stellen grundsätzlich eine Gefährdung für Pflanzen und Tiere sowie¹⁵⁵²
eine Beeinträchtigung der Gesundheit und der Lebensqualität der Menschen dar.¹⁵⁵³
Insbesondere der Tod von Vögeln, Fledermäusen und Insekten wird als Kollateralschaden¹⁵⁵⁴
der linksgrünen Energietransformation in Kauf genommen. Folgen daraus sind¹⁵⁵⁵
Bestandsrückgänge, die zum Aussterben geschützter Arten führen können. Keine andere¹⁵⁵⁶
Energieform fordert einen solch hohen Blutzoll in der Tierwelt wie die Windkraftindustrie.¹⁵⁵⁷
Die weiteren Auswirkungen durch Windkraftanlagen verursachten Bodenerosionen und¹⁵⁵⁸
Windschleppen sind schnellstmöglich zu erforschen. Zudem hat diese¹⁵⁵⁹
Energieerzeugungsart massive Auswirkungen auf den Boden- und Wasserhaushalt.¹⁵⁶⁰
Weitere Schädigungen unserer Natur im Namen eines vermeintlichen Klimaschutzes¹⁵⁶¹

müssen unter allen Umständen verhindert werden. Deshalb lehnen wir den weiteren1562
Ausbau der Windenergie ab.1563

Den Neubau von Photovoltaikanlagen als Agro-PV auf landwirtschaftlichen Nutzflächen1564
lehnen wir aufgrund ihres hohen Flächenverbrauchs ab. Zudem verstärken diese die1565
Aufheizung des Mikroklimas und intensivieren den Druck auf landwirtschaftliche1566
Produktionsflächen. Photovoltaikanlagen führen generell zu einer Veränderung des1567
Mikroklimas und verursachen eine Temperaturerhöhung.1568

Jagd, Artenschutz und Fischerei1569

Jagd ist gelebter Naturschutz. Die AfD unterstützt waidgerechte Jagd im Einklang mit der1570
Natur. Wir stehen für den bewährten Grundsatz Wald mit Wild. Der in linksgrünen1571
Kreisen vorherrschenden „Wald vor Wild“- Ideologie, die Wildarten zu Schädlingen1572
degradiert, erteilen wir eine klare Absage. Denn diese steht in Widerspruch zu Tierschutz1573
und Wildbiologie – und damit zur waidgerechten Jagd.1574

Über aktives Management werden problematische Wildtier-Bestandsgrößen zeitnah1575
regional überwacht und korrigiert werden können. Wie das Beispiel Wolf zeigt, muss1576
Realitätssinn Vorrang vor einer unkontrollierten Ansiedlung haben. Die Population des1577
Wolfes muss als einheitlicher europäischer Bestand verstanden werden. Sie wird1578
räumlich und zahlenmäßig nach schwedischem und norwegischem Vorbild1579
reglementiert werden. Die AfD wird die Möglichkeit einer Bestandsregulierung und die1580
Ausweisung von wolfsfreien Gebieten umsetzen.1581

44

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Im Schlepptau des globalen Warenverkehrs dringen entlang der großen1582

Fernhandelsstraßen und ausgehend von internationalen Häfen immer mehr1583
gebietsfremde Invasoren in heimische Ökosysteme vor und stören das ökologische1584
Gleichgewicht. Es zeigt sich, dass gebietsfremde Arten nicht nur negative Auswirkungen1585
auf unsere hiesige Natur haben, sondern auch finanzielle und gesundheitliche Schäden1586
verursachen. Wir werden größere Anstrengungen unternehmen, um die Einschleppung1587
invasiver Tier- und Pflanzenarten zu verhindern und ihre Ausbreitung einzudämmen.1588
Dabei müssen Prävention und Früherkennung eine noch wichtigere Rolle spielen. Eine
invasive1589

Eigenschaft wird als Entnahmegrund gesetzlich verankert.1590

Fischerei ist ein Kulturgut. Die AfD weist alle ideologisch begründeten Einschränkungen1591
der Berufsfischerei und des Angelsports zurück. Wir unterstützen die Beseitigung von1592
Wettbewerbsnachteilen und stehen für eine pragmatische Fangmengenfestlegung. Ein1593
Verbot der Stellnetzfisherei in der Ostsee, die Ausweitung der Naturschutz-Kernzonen1594
und die Bindung der Fangquote an den Kutter lehnen wir ab. Kleinere Fischereibetriebe1595
dürfen nicht in den Ruin getrieben und auch das Hobbyangeln wird nicht stärker1596
reglementiert werden. Wir setzen uns für echte Nachhaltigkeit in enger Abstimmung mit1597
unseren heimischen Fischern und Anglern ein. Dies geschieht selbstverständlich im1598
Sinne des Naturschutzes, um die Ressourcen langfristig zu erhalten.1599

Waldpflege und Forstwirtschaft1600

Über ein Drittel der Gesamtfläche unseres Landes ist bewaldet. Um einen gesunden Wald1601
mit Wild zu erhalten, braucht es waldbauliche Maßnahmen im Einklang mit Ökonomie,1602
Ökologie und Naherholung., Die AfD setzt sich für eine Förderung des Baumaterials und1603
Energieträgers Holz ein, um eine nachhaltige Bewirtschaftung und Sicherung der Wälder1604
zu erreichen. Wir werden den Abbau der ausufernden Bürokratie bei der Dokumentation1605

in der Forstwirtschaft umsetzen.1606

Unstrittig ist der Nutzen des Waldes als Wasserspeicher, Lieferant natürlicher Baustoffe1607 und von Holz als Energieträger. Dabei muss die nachhaltige Bewirtschaftung über1608 Generationen hinweg das unverrückbare Ziel sein. Die weitere Stilllegung1609 forstwirtschaftlicher Flächen im Sinne eines missverstandenen Schutzgedankens lehnen1610 wir ab. Deutschland benötigt aufgrund seiner dichten Besiedlung eine vernunftorientierte1611 Interessenabwägung bei der Waldnutzung. Für den Erhalt des Waldes ist eine1612 professionelle Bewirtschaftung unabdingbar. In diesem Zusammenhang steht die AfD für1613 den nachhaltigen Waldbau.1614

Die seit Jahren unter der Schirmherrschaft der EU betriebene Lobbyarbeit1615 selbsternannter Umweltvereinigungen zugunsten der Windkraftindustrie muss1616 schnellstmöglich beendet werden., Wir lehnen die Abholzung des Kulturgutes Wald für1617 Windkraftanlagen entschieden ab, um die wildlebenden Arten zu schützen und unseren1618 Kindern eine intakte Natur zu übergeben.1619

Gewässerschutz und Trinkwasserversorgung1620

Der Gewässerschutz gehört nicht in die Hände der EU, sondern nach Deutschland und in1621 die einzelnen Bundesländer. Diese können in abgestimmter Zusammenarbeit mit1622 Vertretern von Kommunen, Landwirtschaft und weiteren Akteuren wesentlich effektiver1623 den Gewässerschutz sicherstellen.1624

45

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

Die AfD befürwortet die regionale Wasserversorgung durch Kommunen und1625

Zweckverbände. Das Eigentum an den Wasserressourcen, den Förderanlagen, der1626 Wasseraufbereitung und am Leitungsnetz muss in öffentlicher Hand und damit in den1627 Händen der Bürger verbleiben. In diesem Zusammenhang lehnen wir die Einführung1628 weiterer Steuern und Abgaben für Wasserentnahmen ab.1629

Eine EU-weite Liberalisierung und Kommerzialisierung des Wassemarkts ist unter allen1630 Umständen zu verhindern. Eine generelle Privatisierung des Wassers oder der1631 Wasserwerke, die durch Richtlinien der EU angeregt werden, darf es nicht geben. Brunnen1632 privater Grundstückseigentümer, die hieraus ihr Trinkwasser gewinnen, sind hiervon1633 ausgenommen.1634

46

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

Zeit für Sicherheit1635

Äußere Sicherheit1636

Außenpolitik muss Realpolitik in deutschem Interesse sein1637

Voraussetzung deutscher Außenpolitik ist ein souveränes Deutschland, das Freiheit,1638 Recht und Wohlstand sowie Sicherheit seiner Bürger garantiert.1639

Die „wertebasierte“ Außenpolitik der letzten Jahrzehnte hat die Welt nicht sicherer1640 gemacht und konnte den Ausbruch des größten Krieges in Europa seit 1945 nicht1641 verhindern.1642

Die Alternative für Deutschland versteht sich als Partei, in der Diplomatie und friedliche1643 Konfliktbewältigung vorrangig sind.1644

Wir stehen für ein Europa der Vaterländer und lehnen die zentralistischen Bestrebungen1645 der Europäischen Union (EU) entschieden ab.1646

Dieser Bund europäischer Nationen, den wir als Wirtschafts- und1647

Interessengemeinschaft anstreben, wahrt die weitgehende Souveränität seiner1648

Mitgliedsstaaten nach innen und ermöglicht die Koordination im Auftreten nach außen.¹⁶⁴⁹
Richtschnur deutscher Außenpolitik müssen wieder realpolitische Erfordernisse statt¹⁶⁵⁰
wirklichkeitsfremder Ideologien sein.¹⁶⁵¹

Die Vergemeinschaftung der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und¹⁶⁵²
des Europäischen Auswärtigen Dienstes (Hoher Vertreter GASP / EU Verteidigungs-¹⁶⁵³
Kommissar) lehnt die AfD ab.¹⁶⁵⁴

Die AfD bekennt sich zu den Grundsätzen des Völkerrechtes, insbesondere der Charta der¹⁶⁵⁵
Vereinten Nationen (UN). Die AfD stimmt im Geiste des Vertrages von Helsinki dafür,¹⁶⁵⁶
dass sich kein Land in die inneren Angelegenheiten eines anderen einmischen darf.¹⁶⁵⁷

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker darf nicht durch die Agenden¹⁶⁵⁸
zwischenstaatlicher Organisationen, von Nichtregierungs-Organisationen (NGO) und¹⁶⁵⁹
durch den Machtzuwachs global agierender Konzerne ausgehöhlt werden.¹⁶⁶⁰

Wir fordern, dass in Deutschland tätige ausländische NGOs ihre Finanzierungsquellen¹⁶⁶¹
offenlegen.¹⁶⁶²

Eine stabile europäische Friedensordnung bedarf einer ausgewogenen Zusammenarbeit¹⁶⁶³
auf Basis legitimer Sicherheitsinteressen aller europäischen Staaten. Eine¹⁶⁶⁴

Osterweiterung der EU und der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) lehnen wir ab.¹⁶⁶⁵

Die Welt befindet sich im Umbruch zu einer multipolaren Weltordnung. Deutschland¹⁶⁶⁶
darf dabei nicht zum Objekt fremder Interessen werden. Gemeinsam mit unseren¹⁶⁶⁷
europäischen Partnern wollen wir eine künftige stabile Friedensordnung gestalten und¹⁶⁶⁸
gewährleisten. Wir müssen unsere Souveränität ausbauen, unsere nationalen¹⁶⁶⁹

Interessen selbstbewusst formulieren und diese stringent verfolgen.¹⁶⁷⁰

47

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

Die AfD unterstützt das sicherheitspolitische Konzept einer strategischen Autonomie¹⁶⁷¹

Europas und seiner Ausprägung zu einem eigenen Machtzentrum in der sich¹⁶⁷²
verändernden Weltordnung.¹⁶⁷³

Eine stabile Friedensordnung in Europa und der Welt sichert auch die lebenswichtigen¹⁶⁷⁴
Außenhandelsbeziehungen und den Primärenergiebedarf für Deutschland. Wir¹⁶⁷⁵

verfolgen daher ein interessengeleitetes Verhältnis mit den großen Mächten der Welt,¹⁶⁷⁶
mit China und den USA, genauso wie mit der Russischen Föderation.¹⁶⁷⁷

Bis zum Aufbau eines unabhängigen und handlungsfähigen europäischen¹⁶⁷⁸

Militärbündnisses bleiben die Mitgliedschaft in der NATO sowie eine aktive Rolle¹⁶⁷⁹

Deutschlands in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)¹⁶⁸⁰
zentrale Elemente unserer Sicherheitsstrategie.¹⁶⁸¹

Verteidigungspolitik – Wiederherstellung der Wehrfähigkeit¹⁶⁸²

Deutschlands¹⁶⁸³

Die deutschen Streitkräfte sind nicht verteidigungsfähig. Mit der im Februar 2022¹⁶⁸⁴
ausgerufenen „Zeitenwende“ wurde das auch von der Bundesregierung anerkannt.¹⁶⁸⁵

Trotzdem bleiben die erforderlichen Maßnahmen für den Wiederaufbau der¹⁶⁸⁶

Bundeswehr aus. Aufgrund der chronischen Unterfinanzierung über Jahrzehnte sowie¹⁶⁸⁷
der fortlaufenden Abgabe von einsatzfähigem Material und Waffensystemen aus¹⁶⁸⁸

Beständen der Bundeswehr an die Ukraine und der Dauerbelastung der Truppe durch die¹⁶⁸⁹
Ausbildung von ukrainischen Soldaten, befinden sich die deutschen Streitkräfte in einem¹⁶⁹⁰
desolaten Zustand. Es fehlt an Personal und einsatzfähiger Ausrüstung.¹⁶⁹¹

Damit dem Hauptauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung wieder Rechnung¹⁶⁹²

getragen werden kann, muss unsere Bundeswehr nicht nur finanziell gut ausgestattet¹⁶⁹³

sein, sondern muss ihr auch die Einsatzbereitschaft insbesondere bei Material und Personal zurückgegeben werden.

Um Loyalitätskonflikte zu vermeiden, soll der Dienst in den Streitkräften ausschließlich deutschen Staatsbürgern vorbehalten bleiben.

Privatisierungen und Zentralisierungen dürfen nur noch dort Anwendung finden, wo sie nachweisbar notwendig sind, um die Einsatzfähigkeit der Truppe zu erhöhen. Die Verantwortung muss zurück in die Hände der Inspekture und Kommandeure, die für die Auftragserfüllung verantwortlich sind, gegeben werden.

Die AfD fordert den Ausbau einer autonomen und leistungsfähigen wehrtechnischen Industrie in Deutschland.

Den neuen hybriden Bedrohungen und den Cyberattacken staatlicher und nicht-staatlicher Akteure muss durch eine massive Stärkung der Bundeswehr auf diesem Gebiet Rechnung getragen werden. Wir fordern auch den Aufbau von offensiven Cyber-Fähigkeiten, um potenzielle Gegner von Angriffen auf kritische Infrastruktur abzuschrecken.

Neben der Stärkung der personellen und materiellen Einsatzbereitschaft muss die Bundeswehr auch ideell revitalisiert werden. Motivation und Bindung unserer Soldaten zu Deutschland entscheiden im Verteidigungsfall maßgeblich über Sieg und Niederlage. Die Bundeswehr soll deshalb wieder einen starken Korpsgeist, ihre Traditionen und

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin deutsche Werte pflegen. Die Tugenden des Soldaten sind Ehre, Treue, Kameradschaft und Tapferkeit. Die Bundeswehr muss die besten Traditionen der deutschen Militärgeschichte leben. Diese helfen soldatische Haltung und Tugenden – auch in der Öffentlichkeit – zu manifestieren. Militärisches Liedgut und Brauchtum sind Teil davon. Zivilschutz in Deutschland ausbauen

Mit Ende des Kalten Krieges wurden Zivilschutzmaßnahmen in Deutschland sukzessive abgebaut, so dass der Schutz der Bevölkerung im Verteidigungsfall nicht mehr gewährleistet ist. Einsatz- und betriebsbereite Schutzräume stehen nicht ausreichend zur Verfügung. Hier fordern wir daher den Auf- und Ausbau einer einsatzbereiten Infrastruktur für die zivile Bevölkerung.

Deutschland in Europa und der Welt

Wir begrüßen die Entwicklung hin zu einer multipolaren Welt, wollen dabei ihre Chancen nutzen sowie ihre Risiken minimieren.

Die Vereinten Nationen sind so zu reformieren, dass den veränderten Gewichtungen der Welt Rechnung getragen wird.

Wir streben einen ständigen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat sowie die Streichung der gegen Deutschland gerichteten Feindstaatenklausel aus der Charta der Vereinten Nationen an und wollen den UN-Migrationspakt (Global Compact for Migration) sowie den UN-Flüchtlingspakt (Global Compact on Refugees) aufkündigen. Eine neue Friedensordnung auf dem europäischen Kontinent

Eine stabile Friedensordnung in Europa bedarf einer ausgewogenen Zusammenarbeit aller europäischen Staaten, deren legitime Sicherheitsinteressen dabei zu berücksichtigen sind.

Die Rolle der OSZE bei der Stabilisierung von Krisenregionen in Europa und seiner Peripherie muss weiterentwickelt werden. Alle Möglichkeiten zum Dialog müssen genutzt werden. Es darf keinen neuen „Eisernen Vorhang“ in Europa geben.

Wir setzen uns für die Stärkung und Erweiterung der Kontrollmechanismen in der nuklearen und konventionellen Rüstung ein sowie für die Neuverhandlung ausgesetzter Verträge (INF, START, ABM, MBFR u.a.).

Reparationsforderungen, wie etwa von Polen und Griechenland vorgetragen, lehnen wir ab, weil diese Fragen völkerrechtlich bereits abschließend geklärt sind. Die in Europa entstandene Rechts- und Friedensordnung darf nicht durch inakzeptable Forderungen infrage gestellt werden.

Das Verhältnis zu ausgewählten Staaten
USA

Gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten (USA) sind für Deutschland und Europa von wesentlicher Bedeutung, insbesondere die der wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit.

Die geopolitischen und ökonomischen Interessen der USA unterscheiden sich zunehmendem Maße von denen Deutschlands und anderer europäischer Staaten. Ein

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Beispiel dafür ist die Energieversorgung, so etwa der massive Versuch der USA, die Inbetriebnahme der Nord Stream-Ferngasleitung zu verhindern. Deutschland darf sich nicht durch weichenstellende Entscheidungen der USA gegenüber anderen Mächten in Konflikte hineinziehen lassen.

Wir lehnen die geplante Stationierung von weitreichenden US-Waffensystemen (Marschflugkörpern, Drohnen und Raketen) in Deutschland ab.

Russland

Russland war über Jahrzehnte ein zuverlässiger Lieferant und Garant einer erschwinglichen Energieversorgung, die aufgrund unserer energieintensiven Industrie die Achillesferse der deutschen Volkswirtschaft darstellt. Zur Wiederherstellung des ungestörten Handels mit Russland gehören die sofortige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland sowie die Instandsetzung der Nord Stream-Leitungen.

Die Beziehungen Deutschlands zur Eurasischen Wirtschaftsunion sollen ausgebaut werden.

Ukraine

Der Krieg in der Ukraine hat die europäische Friedensordnung aus den Angeln gehoben. Die Zukunft der Ukraine sehen wir als neutralen Staat außerhalb von NATO und EU. Europäischer Nachbarraum

Die Türkei gehört kulturell zwar nicht zu Europa, ist aber für uns ein wichtiger strategischer und wirtschaftlicher Partner.

Die Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten mittels ideologischer oder finanzieller Förderung islamistischer und nationalistischer Gruppen aus dem Ausland lehnen wir ab.

Der Weg zum Frieden im Nahen Osten führt nicht über Terror, Krieg oder internationale Einmischung, sondern über vertrauensbildende Maßnahmen. Ziel ist ein gerechter Frieden, der auf Völkerrecht, Gleichberechtigung und gegenseitiger Anerkennung beruht.

Unsere primären Interessen sind die Verhinderung neuer Massenmigration und eines kriegerischen Flächenbrands im Nahen Osten.

China

Das Verhältnis zur Volksrepublik China muss sich an den realpolitischen Interessen1784 Deutschlands orientieren.1785

Die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte zu China wollen wir1786 ausbauen. China ist als Handelspartner für Deutschland von herausragender Bedeutung,1787 als Wettbewerber und Partner zugleich.1788

Die Beziehungen weiter zu fördern, liegt in unserem Interesse, allerdings nur unter1789 strikter Einhaltung von Gleichberechtigung und Fairness im Wettbewerb und unter1790 Schutz vor Abschöpfung und Ausverkauf deutscher Technologie.1791

50

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

Die chinesische Führung hat ein weltweites Infrastrukturprojekt begonnen, das als1792

„Neue Seidenstraße“ bekannt geworden ist und der Stärkung des chinesischen1793

Einflusses in der Welt dient. Soweit sich hieraus Chancen für die deutsche Wirtschaft1794 ergeben, wollen wir diese nutzen.1795

Jegliche Entwicklungshilfe an China ist mit sofortiger Wirkung einzustellen.1796

Handelspolitik – Deutschland muss wirtschaftliche Stärken1797

ausbauen1798

Die Weltwirtschaft befindet sich heute im Spannungsfeld zwischen einem weiteren1799

Ausbau der globalen Verflechtungen und ihrer maßvollen Rückführung in dezentrale,1800 regional fokussierte Wertschöpfungsstrukturen.1801

Die deutsche Außenhandelspolitik muss dabei einen diskriminierungsfreien Zugang zu1802 ausländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen gewährleisten.1803

Das schließt den Zugang zu Rohstoffen und die Freiheit der Handelswege mit ein.1804

Ihre Kernaufgabe ist es daher, verlässliche Handelsregeln zu erhalten und gemäß den1805

Interessen unseres Landes weiterzuentwickeln. Ideologisch motivierte Alleingänge, wie1806 das Lieferkettengesetz, lehnen wir ab.1807

Wir unterstützen die Reform der Welthandelsorganisation (WTO) und fördern die1808

Zusammenarbeit mit den BRICS-Staaten sowie regionalen Organisationen wie ASEAN1809 und Mercosur.1810

Wir fordern außerdem eine stärkere Kontrolle und Berücksichtigung1811

gesamtwirtschaftlicher und verteidigungspolitischer Interessen Deutschlands bei der1812

Übernahme deutscher Unternehmen durch ausländische Konzerne und1813

Finanzinvestoren. Sicherheitsrelevante und grundversorgungsrelevante Bereiche1814

müssen dabei vor Übernahmen geschützt werden.1815

Entscheidungen ausländischer Gerichte und Behörden, die extraterritoriale Wirkung1816

entfalten, betrachten wir als nichtig, einseitig verhängte Sanktionen gegen1817

Wirtschaftsprojekte unseres Landes als völkerrechtswidrig.1818

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands1819

Aufgabe der auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands muss es sein, Brücken zu anderen1820

Völkern zu bauen, das Wissen, um die deutsche Kultur und Geschichte zu vertiefen und1821

die heimische Wirtschaft sowie den Tourismus durch Herstellung und Pflege1822

internationaler Kontakte zu unterstützen.1823

Die deutschen Auslandssender, die Goethe-Institute und verschiedenen Kulturprojekte1824

sollen ein positives Bild Deutschlands in der Welt vermitteln und für unser reiches1825

kulturelles Erbe werben. Ein besseres Verständnis für unsere kulturellen Werte,1826

Traditionen und Geschichte schafft Vertrauen.1827

Die AfD bekennt sich ausdrücklich zur Fürsorgepflicht Deutschlands gegenüber den1828

deutschen Minderheiten im Ausland. Deshalb muss ein Schwerpunkt unserer1829
auswärtigen Kulturpolitik in der Unterstützung dieser Minderheiten bei der Bewahrung1830
ihrer kulturellen und sprachlichen Identität liegen.1831

51

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Die AfD setzt sich dafür ein, dass die europäische Charta der Regional- und1832
Minderheitensprachen eingehalten wird.1833

In den EU-Institutionen muss die deutsche Sprache gemäß ihrer rechtlichen Stellung1834
und ihrer Verbreitung auch tatsächlich den Verfahrenssprachen Englisch und1835
Französisch gleichgestellt werden.1836

Entwicklungspolitik neugestalten1837

Die deutsche Entwicklungspolitik ist gescheitert. Die AfD fordert eine1838

Entwicklungspolitik, welche deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen1839

Rechnung trägt. Insbesondere ist die Gewährung von Entwicklungshilfe ausnahmslos an1840
die Bereitschaft der Partnerländer zur Rücknahme ihrer aus Deutschland1841

ausreisepflichtigen Staatsbürger und ihre schnelle und wirksame Kooperation bei der1842
Feststellung der Staatsbürgerschaft bzw. Volkszugehörigkeit zu knüpfen.1843

Hilfe muss Hilfe zur Selbsthilfe sein – und keine Unterstützung von korrupten Systemen.1844

Eine lückenlose Kontrolle über die Verwendung der bereitgestellten Mittel ist die1845

Grundlage jeder Entwicklungszusammenarbeit. Wir fordern eine Stärkung der1846

Sachleistungen (zum Beispiel Ausbildungshilfen vor Ort, Infrastrukturprojekte) und1847
einen Abbau von Finanzleistungen.1848

Die Förderung von fragwürdigen gender- und WOKE-ideologiebasierten1849

Entwicklungsprojekten ist zu beenden.1850

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Entwicklungshilfepolitik der EU auf die1851
Ebene der Mitgliedsstaaten zurückgeführt wird, um die Eigeninteressen der1852

Nationalstaaten besser zu vertreten.1853

Entwicklungshilfe an China und Indien, oder an Atommächte wie z.B. Pakistan, ist zu1854
streichen.1855

Generell sehen wir aufgrund der außerordentlich schwierigen Haushaltslage die1856

Notwendigkeit, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit deutlich zu reduzieren.1857

52

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Asyl- und Migrationspolitik1858

In den vergangenen Jahrzehnten wurden die politischen Rahmenbedingungen in1859

Deutschland so ausgestaltet, dass das Land zum Hauptanziehungspunkt insbesondere1860

für Armutsmigranten aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika geworden ist.1861

Zusätzlich entfalten deutsche Sozialsysteme eine enorme Sogwirkung und setzen1862

gewaltige Migrationsströme in Bewegung. In Verbindung mit der unverantwortlichen1863

Politik der offenen Grenzen, die die unkontrollierte, millionenfache Zuwanderung noch1864

befeuert, sendet die Bundesregierung damit den Interessen unseres Landes völlig1865
entgegengesetzte Signale aus. Die Folgen davon sind ungesteuertes1866

Bevölkerungswachstum, Überforderung der Staatsfinanzen, signifikant ansteigende1867

Kriminalität, Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme und des Wohnungsmarktes.1868

Während einige unserer europäischen Nachbarn das Problem erkannt und wirksame1869

Gegenmaßnahmen ergriffen haben, die Massenzuwanderung auf ein absolutes1870

Minimum zu reduzieren, bleiben deutsche Politiker weiter untätig. Statt das Asylrecht zu1871

reformieren, hat sich die Regierung die Legalisierung der illegalen Einwanderung auf die Fahnen geschrieben.

Eine existentielle Frage wie die Zuwanderung, muss in freier Selbstbestimmung nationaler Ebene entschieden werden. Das bedeutet, allein Deutschland entscheidet, wer nach Deutschland kommen darf. Kontrollen und damit verbundene Zurückweisungen an der Grenze müssen als selbstverständliches Recht souveräner Staaten aufgefasst werden.

Die AfD wird eine deutliche Kehrtwende in der bisherigen Migrationspolitik einleiten und die Staatsgrenzen wieder kontrollieren. Die Freizügigkeitsregelungen innerhalb der EU bleiben davon unberührt. Einreisen darf künftig nur noch, wem dies erlaubt ist. Alle in den letzten Jahren angestoßenen migrationspolitischen Regelungen, die nicht im Interesse Deutschlands liegen, werden zurückgenommen. Wer kein Bleiberecht besitzt und sich illegal in Deutschland aufhält, wird abgeschoben.

Zuwanderung wieder national regeln

Deutsches Recht schließt die Einreise zum Zweck der Asylgewährung aus, sofern Antragsteller aus einem sicheren Drittstaat einreisen. Entgegen dieser Rechtslage werden solche Einreisen seit Jahren jedoch geduldet. Dublin-Rücküberstellungen ins zuständige EU-Ersteinreiseland scheitern meist an der Unwilligkeit dieser Mitgliedstaaten. In der Realität bleibt deshalb fast jeder auch illegal eingereiste Asylbewerber dauerhaft hier. Dieser Zustand ist untragbar. Der Verweis auf eine angeblich notwendige Zuständigkeitsüberprüfung für das Asylverfahren greift hierbei ausdrücklich nicht, da diese auch im bereits sicheren, zuvor durchquerten Nachbarstaat möglich wäre.

Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und zum Schutz der inneren Sicherheit haben zudem Vorrang vor den europäischen Vorschriften über das Asyl- und Ausländerrecht. Hinzu kommt, dass dem Verzicht auf Binnengrenzkontrollen seinerzeit nur unter der Voraussetzung zugestimmt wurde, dass die Außengrenzsicherheit gewährleistet ist und alle EU-Mitgliedstaaten die Standards für die Durchführung der Asylverfahren und die Dublin-Vorschriften beachten. Zudem war

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
die Massenmigration in die EU seit 2015 bei Ratifizierung des EU-Vertrages 1993 nicht vorhersehbar.

Somit ist die Geschäftsgrundlage der europäischen Asylregelung entfallen, weshalb sich für Deutschland keinerlei Verpflichtung in dieser Hinsicht mehr ergibt.

Das „Gemeinsames europäisches Asylsystem“ (GEAS) ist vollständig gescheitert, weshalb wir diesen Irrweg nicht weiterverfolgen werden. Stattdessen werden wir uns – analog zu Dänemark – im Rahmen eines „Opt-Outs“ nicht länger an der gemeinsamen Politik der EU im Bereich Asyl, subsidiärer Schutz und vorübergehender Schutz beteiligen.

Wir werden stattdessen unsere Grenzen wieder selbst kontrollieren und die Bundespolizei als Grenzbehörde einsetzen um illegale Einreisen wirksam zu unterbinden und illegal einreisende Personen konsequent an der Grenze zurückweisen zu können. Dies dient auch der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung. Den Pendler-, Urlaubs- und Warenverkehr werden wir dabei weiterhin gewährleisten. Weiterhin werden wir folgende Maßnahmen unter Beachtung rechtstaatlicher Standards umsetzen:

□ Einrichtung von Gewahrsamszentren an der Grenze zur Sicherstellung

aufenthaltsbeendender Maßnahmen1917

□ Aufkündigung von UN-Migrations- und UN-Flüchtlingspakt1918

□ Anstoßen einer Reform der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) als auch der1919
Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) mit dem Ziel der Anpassung an1920
aktuelle Gegebenheiten seit 20151921

□ Umwandlung des individuellen Asylrechts hin zu einer institutionellen Garantie1922
oder einer einfachgesetzlichen Regelung1923

□ Der Rechtsanspruch auf Aufnahme zum Zweck des Asylverfahrens wird auf1924
Personen, die unmittelbar und konkret bedroht sind, beschränkt1925

Asylparadies Deutschland schließen1926

Deutschland trägt aufgrund seiner Regierungspolitik und ihrer gesetzlichen1927

Auswirkungen seit 2015 die Hauptlast der illegalen Zuwanderung nach Europa. Die AfD1928
wird diesem Missstand mit einem umfassenden Maßnahmenkatalog zur1929

Wiederherstellung geordneter Verhältnisse begegnen.1930

□ Wir werden uns dafür einsetzen, dass Asylverfahren und Anträge auf subsidiären1931
Schutz zukünftig außerhalb Deutschlands gestellt und bearbeitet werden1932

□ Keine pauschalen Zuwanderungskontingente und Umverteilungsquoten, egal ob im1933
nationalstaatlichen, europäischen oder außereuropäischen Rahmen1934

□ Einstellung der freiwilligen Aufnahmeprogramme für Afghanistan1935

□ Aufarbeitung des „Ortskräfteskandals Afghanistan“ im Rahmen eines1936
parlamentarischen Untersuchungsausschusses1937

□ Keine Aufnahme von Migranten im Rahmen einer „europäischen Lösung“, die durch1938
Missbrauch der Seenotrettung nach Europa gelangen. Vielmehr muss gemäß dem1939
internationalen Seerecht immer eine Ausschiffung der Betroffenen am1940
nächstgelegenen Seehafen erfolgen1941

54

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

□ Wir werden die Förderung für die sogenannte zivile Seenotrettung im Mittelmeer1942
sofort einstellen und mit den Maghreb-Staaten Abkommen abschließen, welche die1943
Verbringung von geretteten Migranten in die betreffenden Staaten sicherstellen1944

□ Beantragung von Asyl und einem sonstigen Schutzstatus nur bei nachgewiesener1945
Identität und Staatsangehörigkeit1946

□ Wegfall des Asylrechts bei Falschangaben zur Identität im Asylverfahren1947

□ Deutliche Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsstaaten1948

□ Bekämpfung des Missbrauchs legal erteilter Visa zum Zweck der Asylantragstellung1949
durch eine Verschärfung der VISA-Verfahren mit den entsprechenden Staaten1950

□ Verlust des Schutzstatus und Wiedereinreiseverbot nach Reisen von Asyl- und1951
subsidiär Schutzberechtigten in ihr Herkunftsland1952

□ Wegfall des grundsätzlichen Nachzugsanspruches für Familienangehörige subsidiär1953
Schutzberechtigter1954

□ Dauerhaftes Bleiberecht für anerkannte Asylbewerber erst nach 10 Jahren,1955
verbunden mit einer jährlichen Prüfung des Fortbestands von Asylgründen über1956
zehn Jahre1957

□ Beendigung des Wildwuchses bei der Asylverfahrensberatung und - Betreuung. Eine1958
Verfahrensberatung darf nur nach geltendem Recht erfolgen. Die staatliche1959
Förderung von NGOs in diesem Bereich ist einzustellen1960

□ Keine Arbeitserlaubnis außerhalb verpflichtender gemeinnütziger1961

Arbeitsgelegenheiten mehr für Asylantragsteller und abgelehnte Asylbewerber1962

□ Unterbringung in zentralen Aufnahmeeinrichtungen für die Dauer des1963

Asylverfahrens1964

□ Die Asylverfahren vor den Verwaltungsgerichten werden wir im Rahmen1965
rechtsstaatlicher Möglichkeiten straffen. Zum Abbau von Altfällen werden wir das1966
Personal erhöhen1967

Ökonomische Anreize senken1968

Die materiellen Leistungen für Asylbewerber in Deutschland sind, wie internationale1969
Vergleiche zeigen, zu hoch. Sie entfalten eine Anziehungswirkung und überfordern die1970
finanzielle Leistungskraft unseres Landes. Auch abgelehnte und ausreisepflichtige1971
Asylbewerber verursachen durch ihren Aufenthalt Kosten in zweistelliger1972
Milliardenhöhe, die vom Steuer- und Beitragszahler getragen werden müssen.1973
Asylanerkennung führt derzeit zu einer sofortigen Gleichstellung in allen sozialen1974
Sicherheitssystemen, ohne jede vorangegangene Eigenleistung. Das ist sozial- und1975
abgabepolitisch ungerecht.1976

Die AfD fordert daher zur Senkung von Anreizen und zur Wahrung der sozialen1977
Gerechtigkeit:1978

□ Sozialleistungen für Asylbewerber sind nach Möglichkeit als Sachleistungen zu1979
erbringen, ansonsten durch eine Bezahlkarte, sofern die Erbringung von1980
Sachleistungen mit vertretbarem Aufwand nicht möglich ist.1981

□ Leistungen für Ausreisepflichtige sind auf ein menschenwürdiges1982
Existenzminimum abzusenken1983

55

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

□ Zusätzlich darf die Anerkennung nicht länger den automatischen, sofortigen,1984
zeitlich und inhaltlich unbegrenzten Anspruch auf alle Leistungen des1985

Wohlfahrtsstaates bedeuten.1986

□ Leistungskürzungen für Asylbewerber bei Ablehnung von Arbeitsgelegenheiten.1987
Deutschland braucht eine umfassende Rückführungsoffensive1988

Das deutsche Rückführungsversagen ist nicht länger hinnehmbar. Das gilt gleichsam für1989
Abschiebungen ins Herkunftsland, als auch für Dublin-Rücküberstellungen ins EU-1990
Ersteinreiseland. Der aktuelle Zustand ist das Gegenteil von Rechtsstaatlichkeit und ist1991
Ausdruck des fortgesetzten, migrationspolitischen Staatsversagens.1992

Rückführungsmaßnahmen werden mit Hilfe alter und neuer Bleiberechtsregelungen1993
unterlaufen, der illegale Aufenthalt wird somit also verstetigt. Dem dient auch das1994
vielfach genutzte Instrument der Duldung ausreisepflichtiger Personen, einer Praxis, mit1995
der diese Menschen zum Teil in Form einer Kettenduldung eine sich stets verlängernde1996
Aufenthaltserlaubnis erhalten. Dabei ist eine Duldung grundsätzlich nur eine1997

Bescheinigung über die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung. Keinesfalls aber1998
sollte die Erteilung eine Duldung einen dauerhaften Aufenthalt begründen. Mit dem neu1999
eingeführten sogenannten Chancen-Aufenthaltsrecht bekamen Geduldete, die mit2000
Stichtag 01. Januar 2022 seit 5 Jahren in Deutschland lebten, gar die Chance innerhalb von2001
18 Monaten bei Erfüllung geringster Anforderungen doch noch eine2002

Aufenthaltserlaubnis zu erhalten.2003

Als Fazit ist festzuhalten, dass die Grundintention des Aufenthaltsrechts, die Steuerung2004
und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern seit Jahren ins Gegenteil verkehrt und2005
geradezu pervertiert wird. Dabei entkernen sich verfestigende Aufenthalte abgelehnter2006

Asylbewerber den Sinn des eigentlichen Schutzgedankens fundamental.2007
Eine AfD-geführte Bundesregierung wird dieses Staatsversagen beenden, nicht2008
bleibeberechtigte und ausreisepflichtige Personen konsequent abschieben und zur2009
Behebung der eklatanten Vollzugsdefizite in diesem Bereich folgende Maßnahmen2010
umsetzen:2011

□ konsequente Abschiebung aller ausreisepflichtigen Personen im Sinne einer2012
strikten Anwendung geltenden Rechts;2013

□ Abschaffung aller Bleiberechtsregelungen für ausreisepflichtige Personen,2014
insbesondere auch der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung und des2015
Chancenaufenthaltsrechts;2016

□ Ersatz der Duldung durch eine Bescheinigung über die Ausreisepflicht2017

□ massiver Druck auf nicht rücknahmebereite Herkunftsländer z.B. durch2018
Wirtschaftssanktionen, Aussetzung der Entwicklungshilfe und den Visahebel2019

□ Förderung der freiwilligen Rückkehr.2020

□ Wegfall humanitärer Aufenthaltstitel nach Entfall des Fluchtgrunds2021

□ Unverzügliche Rückführung ausländischer Gefährder, Extremisten und2022
Schwerkrimineller entweder in ihre Herkunftsländer oder in aufnahmebereite2023
Drittstaaten.2024

□ Konsequente Ahndung der Abschiebeverhinderung durch NGOs2025
56

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

□ Ausbau von Haft- und Gewahrsamsplätzen in Grenznähe und an den2026
internationalen Flughäfen.2027

□ Abschaffung des Kirchenasyls. Kündigung der Kirchenasylvereinbarung des2028
Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit den Kirchen.2029

Diesen Kurswechsel werden wir – nach dem Syrien-Urteil des OVG Münster vom Juli2030
2024 (Urt. V. 16.07.2024, Az 14A 2847/19.a) – ausdrücklich auch bei der größten seit 2014/152031
eingewanderte Gruppe – den Syrern – vollziehen. Dem Urteil folgend besteht für2032

Zivilpersonen in Syrien keine ernsthafte, individuelle Bedrohung ihres Lebens oder ihrer2033
körperlichen Unversehrtheit infolge eines Bürgerkrieges mehr. Vor diesem Hintergrund2034
werden wir im Rahmen einer Rückführungsoffensive folgende Maßnahmen umsetzen:2035

□ Einleitung der Rückführung von Straftätern, Gefährdern sowie aller nicht mehr2036
schutzberechtigten syrischen Staatsbürger2037

□ Einleitung von Widerrufsverfahren für bislang als subsidiär schutzberechtigt2038
anerkannte Syrer2039

□ Aufnahme von Verhandlungen mit der syrischen Regierung, bilateral und im2040
Verbund der EU-Mitgliedstaaten, über die Rückkehr von syrischen2041
Staatsangehörigen2042

□ Offensive Bewerbung der freiwilligen Rückkehr in Verbindung mit der Ausweitung2043
von Bundesprogrammen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr nach Syrien2044

Analog werden wir, wenn die Voraussetzungen vorliegen, dann auch bei Personen aus2045
anderen Asyl-Herkunftsländern verfahren.2046

Integration2047

Leitgedanke bei jeder Form von Zuwanderung müssen die Integrationsfähigkeit und2048
Integrationswilligkeit von Migranten sein und die Integrationsmöglichkeiten der2049

Aufnahmegesellschaft und ihres Staates. Die klassischen Einwanderungsländer wie z. B.2050
Kanada oder Australien handeln seit langem nach diesem Prinzip. Trotz2051

millionenfachem Wanderungsdruck auf Deutschland in den zurückliegenden Jahren –2052
Zuzüge seit 2010 etwa 15 Millionen, vielfach auf illegale Weise und mit illegalen Motiven –2053
- hat die Politik die hierdurch entstandenen und entstehenden Probleme ignoriert und2054
verdrängt. Der Anteil der Unionsbürger an dieser Immigration lag bei rund 40%. Nach2055
Saldierung der Einwanderungen mit den Auswanderungen im gleichen Zeitraum2056
verbleibt immer noch ein Einwohnerzuwachs von etwa 5 Millionen Menschen.2057
Integration wurde ursprünglich von den sogenannten Arbeiterverbänden gegenüber der2058
Politik als Forderung nach mehr Akzeptanz und Menschlichkeit für Gastarbeiter2059
aufgestellt. Doch haben sich tausende Zuwanderer seither in unserem Land erfolgreich2060
integriert, ohne dass die Politik jenseits der kommunalen Ebene viel dazu beigetragen2061
hätte. Angesichts der massiven Entfremdung in unseren Städten und gewachsenen2062
Parallelgesellschaften muss die Integrationsfähigkeit unseres Landes erst2063
wiederhergestellt werden.2064
Falsche Anreize in der Sozialpolitik, die bisher nur einen geringen Beitrag zur Integration2065
geleistet hat, werden wir beenden. Die Teilhabe an unserer freiheitlich demokratischen2066
Gesellschaft ist an Voraussetzungen geknüpft. Dazu gehören das Erlernen der deutschen2067
Sprache und das Anerkennen unserer Werte bzw. unseres Rechtsstaates.2068
57

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Leistungsbereitschaft, Anpassungswille und eine bewusste Bejahung der deutschen2069
Lebensverhältnisse sind Voraussetzung, um voll akzeptiert zu werden und einen2070
Mehrwert für alle zu bilden. Es bedarf daher einer radikalen Wende der deutschen2071
Migrationspolitik, um weiteren Schaden von unserem Land abzuwehren und die2072
vorhandenen Probleme auf ein erträgliches Maß zu vermindern.2073
Die AfD fordert daher:2074

□ Die Integrationsfähigkeit ist durch eine strikte Begrenzung des Zugangsgeschehens2075
wieder herzustellen.2076

□ Keine Integration Aufenthaltsunberechtigter um jeden Preis / Asylindustrie2077
eingrenzen2078

□ Aktive Beteiligung aller Migranten an einer gelingenden Integration. Dazu gehört2079
der angemessene Spracherwerb, mindestens auf B 2 – Niveau, in angemessener Zeit,2080
in der Regel innerhalb von 2 Jahren, in Ausnahmefällen innerhalb von 5 Jahren2081

□ Kosten für selbstverschuldet fehlgeschlagene Integrationsmaßnahmen (z.B.2082
abgebrochene Sprachkurse) sind zurückzuerstatten2083

□ Die Akzeptanz der Grundprinzipien des Gemeinschaftslebens in Deutschland,2084
welche sich in ihrem rechtlichen Kern aus der Verfassung des Landes und seiner2085
darauf aufbauenden Rechtsordnung ergeben.2086

Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht verschenkt werden2087

Die AfD wird die immer laxeren Voraussetzungen zur Erlangung der deutschen2088
Staatsangehörigkeit umkehren und stattdessen zu dem Rechtszustand zurückkehren,2089
wie er bis 1990 bestanden hat, also dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch2090
Geburt als Kind zumindest eines deutschen Elternteils sowie als2091

Ermessensentscheidung im Interesse des Gemeinwesens.2092

Folgende Maßnahmen sind im Zuge dessen erforderlich:2093

□ Bei der Ermessenseinbürgerung muss die einbürgernde Behörde im Rahmen von2094
Einzelfallentscheidungen davon geleitet sein, dass nur solche Einbürgerungen2095
vorzunehmen sind, durch die das Gemeinwesen durch Hinzufügung eines loyalen2096

Neubürgers gestärkt wird.2097

□ Mehrfache Staatsangehörigkeiten, abgesehen von begründeten Ausnahmen,2098 insbesondere des gemeinsamen Unionsrechts, bergen die Gefahr von2099

Loyalitätskonflikten und sind daher zukünftig wieder auszuschließen.2100

□ Den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt im Inland für Kinder2101 ausländischer Eltern werden wir ebenso wie den Einbürgerungsanspruch wegen2102 längeren Aufenthalts im Inland wieder abschaffen.2103

Migration und Wohnungsmarkt2104

Um die Wohnungsnot in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten insbesondere2105 auch für junge Familien zu begrenzen, ist die Zuweisung von Wohnungen an2106

Asylberechtigte und erst recht an Asylbewerber in diese Wohnquartiere maximal zu2107 begrenzen.2108

Ebenso sollte in Brennpunkt-Quartiere, die bereits heute über Parallel- bzw. gar2109

Gegengesellschaften von über 25 % Nicht-EU-Migranten verfügen oder unter einer2110

erhöhten Kriminalität leiden, in denen die Integration folglich bereits gescheitert ist,2111 58

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

keine weitere Zuweisung von Asylbewerbern oder Asylberechtigten erfolgen,2112

insbesondere nicht in Form von Großunterkünften.2113

Eine Aushebelung des Deutschen Baurechts durch Sonderregelungen wie z.B. im §2462114

BauGB für die Errichtung von Unterkünften für zuvor meist illegal eingereiste Migranten2115 lehnen wir ab.2116

Förderung der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte2117

Wir begrüßen die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte, die zum Erfolg unseres Landes2118 beitragen können. Das gilt für alle Berufsfelder, in denen bei uns Mangel herrscht,2119

beispielsweise im Handwerk, im Gesundheitswesen, in naturwissenschaftlichen und IT-2120

Berufen. Beenden werden wir dagegen den Irrweg der Vermischung von qualifizierter2121

Zuwanderung auf Dauer und humanitärem Schutz auf Zeit.2122

Vor jeglicher weiterer außereuropäischer Fachkräfteeinwanderung werden wir2123

zunächst die heimischen Potentiale ausschöpfen. Geeignete außereuropäische2124

Arbeitskräfte werden wir danach bedarfsgerecht nach strikten Kriterien auswählen.2125

Folgende Maßnahmen werden wir in diesem Zusammenhang umsetzen:2126

□ Die Abwanderung von einheimischen, meist hochqualifizierten Arbeitskräften muss2127 genauso, wie die Abwanderung ganzer Unternehmen mit aller Kraft verhindert2128

werden. Statt solcher Abwanderungen brauchen wir Rückgewinnungsprogramme2129

für abgewanderte Leistungsträger.2130

□ Auch technologische Lösungen wie Künstliche Intelligenz (KI), Robotik und2131

Digitalisierung oder ökonomische Produktivitätssteigerungen sind zur Bekämpfung2132 eines etwaigen Fachkräftemangels konsequent umzusetzen.2133

□ Bei ungelernten Personen sind in erster Linie Erwerbsfähige zu qualifizieren, die2134 bereits heute legal in Deutschland leben.2135

□ Wir begrüßen die Aufnahme europäischer Arbeitskräfte, die insbesondere im2136

Rahmen der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit nach Deutschland kommen, werden2137

zugleich aber den hierbei vorhandenen Missbrauch entschieden bekämpfen.2138

□ Für außereuropäische Fachkräfte ist das Fachkräfteeinwanderungsrecht zu2139

reformieren. Im Rahmen eines Auswahlverfahrens werden wir ein Punktesystem2140

mit klaren Auswahlkriterien, wie z. B. Berufserfahrung, bereits bestehende2141

Arbeitsverhältnisse bzw. vorhandene -verträge, ausreichende Sprachkenntnisse, etc.2142
einführen und bedarfsgerecht entsprechende Branchen und Quoten festlegen.2143
□ Für hochqualifizierte außereuropäische Bewerber wollen wir das bewährte2144
Instrument der Blauen Karte EU fortentwickeln und zukünftig insbesondere2145
Experten in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und2146
Technik) sowie Facharbeiter ansprechen.2147

59

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Innere Sicherheit2148

Eine der Grundvoraussetzungen für die innere Sicherheit in Deutschland sind2149
kontrollierbare Grenzen. Die Menschen sind seit dem Terroranschlag auf dem Berliner2150
Weihnachtsmarkt täglich einer Vielzahl von Messerangriffen, weiteren2151
Terroranschlägen wie in Mannheim und Solingen und einer deutlich steigenden2152
Gewaltkriminalität wie auch Gruppenvergewaltigungen ausgesetzt. Linksradikale2153
Gewaltexzesse wie von der Antifa sowie zunehmende Gewaltkriminalität durch Clans,2154
Banden und ausländischer Mafia haben die innere Sicherheit erodieren lassen. Wir2155
werden diese unhaltbaren Zustände wirksam bekämpfen.2156

Wirksame Bekämpfung der Kriminalität2157

Ausländerkriminalität: Der weitere Anstieg des Anteils von Ausländern an Gewalt-,2158
Sexual- und Drogendelikten wird immer deutlicher erkennbar. Zur wirksamen2159
Bekämpfung sind über Maßnahmen der Strafverfolgung hinaus sämtliche2160
ausländerrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und zu erweitern. Wir fordern daher2161
die Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen für:2162

□ Verweigerung eines Aufenthaltsrechts für ausländische Gewalttäter und Terroristen2163
in Deutschland2164

□ Konsequenter Vollzug der zwingenden Ausweisung verurteilter ausländischer2165
Straftäter sowie die Feststellung der Verpflichtung hierzu bereits im Strafurteil2166

□ Präventivhaft für ausländische Gefährder und Terroristen2167

□ Unzulässigkeit der Einbürgerung verurteilter Straftäter2168

Organisierte Kriminalität: Die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte, nicht selten2169
international vernetzte, planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer2170
Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, untergräbt Gesellschaft und Wirtschaft in2171
nicht hinnehmbarem Maße.2172

Clan- und Bandenkriminalität: Mittlerweile haben sich ethnisch abgeschottete2173
Subkulturen aus dem arabischen Kulturkreis mit eigenen Strukturen und2174
Wertvorstellungen in Deutschland gebildet, die in Parallelgesellschaften mit No-Go-2175
Areas leben. Diese sowie national und international agierende Banden sind eine enorme2176
Herausforderung für unseren Rechtsstaat.2177

Den beschriebenen Erscheinungsformen der Kriminalität ist der Kampf anzusagen; sie2178
sind zu zerschlagen. Wir fordern daher:2179

□ Erhebliche Aufstockung der Ermittlungsbehörden hinsichtlich Personal und2180
Ausstattung sowie eine attraktivere Gestaltung des Berufsbildes mit Gewährleistung2181
hinreichenden Schutzes der ermittelnden Beamten2182

□ durch kriminelle Aktivitäten erworbene Vermögen müssen konsequent eingezogen2183
werden. Dazu fordern wir die Einführung einer gesetzlich normierten2184

Nachweispflicht hinsichtlich der Herkunft von erheblichen und nicht2185
nachvollziehbar erworbenen Vermögenswerten bei Straftätern und deren2186

□ Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine unverzügliche Abschiebung²¹⁸⁸

von ausländischen Straftätern sowie des vorherigen Einzugs von Vermögen zur²¹⁸⁹

Schadensregulierung²¹⁹⁰

□ Schaffung von gesetzlichen Voraussetzungen für den Ausschluss der gezielten²¹⁹¹

Unterwanderung von Ermittlungsbehörden²¹⁹²

□ Unterstützung der Staatsanwaltschaften und der Gerichte in den Bundesländern zur²¹⁹³

Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe durch Erhöhung des Anteils²¹⁹⁴

am Steueraufkommen²¹⁹⁵

Jugendstrafrecht²¹⁹⁶

Die Anzahl jugendlicher und heranwachsender Straftäter hat in den letzten Jahren²¹⁹⁷

deutlich zugenommen; besonders auffällig sind hierbei Personen mit²¹⁹⁸

Migrationshintergrund. Vermehrt werden Kinder bei der Begehung von Straftaten²¹⁹⁹

festgestellt. Das jetzige Jugendstrafrecht wird den Anforderungen nicht mehr gerecht.²²⁰⁰

Wir fordern daher:²²⁰¹

□ Herabsetzung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre²²⁰²

□ Anwendbarkeit des Jugendstrafrechts nur noch auf Jugendliche bis zur Vollendung²²⁰³

des 18. Lebensjahrs²²⁰⁴

□ Zeitnahe Inhaftierung von Personen, die als Mehrfach- und Intensivtäter eingestuft²²⁰⁵

werden²²⁰⁶

□ Regelmäßige Durchführung einer biologischen Altersfeststellung: bei Zweifeln, ob²²⁰⁷

noch Jugendstrafrecht anzuwenden ist, bei Straftaten von erheblicher Bedeutung²²⁰⁸

und bei Mehrfachtätern²²⁰⁹

Stärkung der Polizei²²¹⁰

Die Polizeibeamten in Bund und Ländern gewährleisten die öffentliche Sicherheit unter²²¹¹

großem persönlichen Einsatz. Dem wird die Politik mit dem bestehenden²²¹²

Personalmangel, strukturellen Unzulänglichkeiten, unzureichender Ausrüstung und²²¹³

Bewaffnung bei schlechter Bezahlung und miserabler sozialer Absicherung nicht²²¹⁴

gerecht. Durch die gezielte Verschärfung des Beamten- und Disziplinarrechts wurde ein²²¹⁵

Instrument zur politischen Beeinflussung der Beamten geschaffen.²²¹⁶

Wir fordern deshalb:²²¹⁷

□ Keine Leitung von Sicherheitsbehörden durch politische Beamte²²¹⁸

□ Grundsätzliche Ablehnung von Gesinnungsüberprüfungen und daraus²²¹⁹

resultierender Konsequenzen²²²⁰

□ Abschaffung aller politisch installierten Polizeibeauftragten, innerbehördlichen²²²¹

Denunzierungsstellen sowie der Beweislastumkehr im Disziplinarverfahren, da²²²²

diese allen demokratischen Grundsätzen und dem freiheitlichen Menschenbild²²²³

zuwiderlaufen²²²⁴

□ Streichung der Möglichkeit zur sofortigen Entlassung von Beamten aus politischen²²²⁵

Gründen²²²⁶

□ Bundeseinheitliche Besoldung und angemessene Vergütungen mit²²²⁷

Gefährdungszulagen sowie weitere Zulagen für Überstunden und Sondereinsätze²²²⁸

für Polizei und Rettungskräfte. Verbesserung von Bewaffnung und Ausrüstung²²²⁹

□ Übernahme der Kosten für die Dienstunfähigkeits- und2230
 Diensthaftpflichtversicherung durch den Dienstherrn sowie Sicherstellung des2231
 Rechtsschutzes der Beamten in dienstlichen Angelegenheiten2232
 □ Anpassung der Hinterbliebenenversorgung in Höhe der Versorgungsansprüche des2233
 letzten Amtes bei Tod durch qualifizierten Dienstunfall2234
 □ Anpassung der Strafverfolgungsbefugnisse und der Fahndungsmöglichkeiten der2235
 Polizei an die jeweils aktuelle Kriminalitätsentwicklung2236
 Justiz, Strafvollstreckung und -vollzug verbessern2237
 Die AfD setzt sich für eine schnelle Verbesserung der Justizorganisation, für eine2238
 Stärkung unseres Rechtssystems und für einen effektiven Rechtsschutz der Bürger ein.2239
 Neben der Modernisierung der noch aus dem 19. Jahrhundert stammenden2240
 Prozessordnung fordern wir die Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen für:2241
 □ Strafaussetzung zur Bewährung bei Haftstrafen nur nach erfolgter2242
 Mindestverbüßung2243
 □ Getrennte Unterbringung von Kurzzeithäftlingen und Personen, die eine2244
 Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen, vom regulären Strafvollzug2245
 □ Aufstockung des Justizpersonals2246
 □ Schwere der Tat und deren Folgen als weiteren Haftgrund2247
 Waffenrecht überarbeiten2248
 Das unstrukturiert gewachsene Waffenrecht benötigt dringend eine Neufassung. Mit2249
 den Änderungen des Waffengesetzes aus dem Oktober 2024 werden nun alle Bürger2250
 kriminalisiert, die z.B. ein kleines Obst- oder Taschenmesser mitführen. Die aktionistisch2251
 geschaffene Rechtslage ist für Ämter, Fachleute und erst recht Bürger undurchsichtig.2252
 Sie führt an den eigentlichen Problemen komplett vorbei. Statt Legalwaffenbesitzer und2253
 Bürger unter Generalverdacht zu stellen, ist dem illegalen Waffenbesitz und -handel ein2254
 Riegel vorzuschieben.2255
 Gewalt und Extremismus entschieden bekämpfen2256
 Die AfD bekennt sich zum antitotalitären Gründungskonsens der Bundesrepublik2257
 Deutschland. Die streitbare Demokratie muss sich ihrer Feinde erwehren – egal, welcher2258
 Herkunft sie sein mögen. Das gilt sowohl für den Rechtsextremismus als auch für den2259
 Linksextremismus sowie den religiösen – meist islamistisch geprägten – Extremismus.2260
 Die Bekämpfung des Linksextremismus, welcher immer wieder blanke Gewalt, Angst2261
 und Terror verbreitet, wird staatlicherseits momentan sträflich vernachlässigt. Diesen2262
 Missstand wird die AfD beenden.2263
 Bei Organisationen, die dem gewaltsamen Linksextremismus zuzuordnen sind, reicht2264
 eine mögliche Streichung der Zuwendung öffentlicher Fördermittel nicht aus. Diese2265
 Organisationen sind zu verbieten, ebenso wie die Verwendung derer Symbole und2266
 Zeichen unter Strafe zu stellen ist.2267
 Die sogenannte Antifa ist als terroristische Vereinigung einzustufen.2268
 Anschläge auf die kritische Infrastruktur (z.B. Gas, Wasser, Strom) und die Sicherheit des2269
 Verkehrs haben in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen, insbesondere durch2270
 Aktionen der Klimaextremisten. Wir fordern eine konsequente Strafverfolgung unter2271
 62
 Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
 Einschluss freiheitsentziehender Maßnahmen sowie die Erleichterung der2272
 Geltendmachung und Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche gegenüber den2273
 Verursachern.2274

Vereine und Verbände, die Extremisten unterstützen, sind von staatlichen
Mittelzuwendungen auszuschließen.

Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus

Die AfD steht uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit nach
Art. 4 Grundgesetz. Muslime, die sich integrieren und unsere Grundordnung und die
Grundrechte anerkennen, sind geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Der
politische Islam stellt allerdings in seiner teils gewaltbereiten Ausprägung die größte
Gefahr für die christlich-abendländische Kultur in Deutschland dar.

Wenn in einer liberalen westlichen Gesellschaft vor den Gefahren, die der politische
Islam für die innere Sicherheit mit sich bringt, die Augen verschlossen werden, dann
werden diese Gefahren nicht kleiner, sondern regelrecht existenzbedrohend für die
freiheitliche Gesellschaft. Dem werden wir entgegentreten.

Strafbarkeit der Forderung nach einem Kalifat

Die von Teilen der in Deutschland lebenden Muslime auf Veranstaltungen und
Demonstrationen erhobene öffentliche Forderung nach der Einrichtung eines Kalifats
läuft der freiheitlich demokratischen Grundordnung diametral entgegen und ist
verfassungsfeindlich; sie ist unter Strafe zu stellen. Hinsichtlich ausländischer
Teilnehmer sind die gesetzlichen Voraussetzungen für aufenthaltsbeendende
Maßnahmen zu schaffen und durchzusetzen; sie sind abzuschieben. Der Betrieb von
sogenannten Koranschulen, die verfassungsfeindliche Inhalte lehren, ist einzustellen
und zu verbieten.

Terroristische Vereinigungen verfolgen das Ziel, mit ihren Handlungen demokratische
und rechtsstaatliche Strukturen zu beseitigen. Wir fordern daher die Tätigkeit
sogenannte Friedensrichter im Strafgesetzbuch als Straftatbestand einzuführen. Eine
Betätigung dieser „Friedensrichter“ ist die tatsächliche Beseitigung der Rechtsordnung.
Als nötige Rechtsfolgen sehen wir die Beendigung von Aufenthaltstitel, gegebenenfalls
Asylgewährungsbeendigung und die Einziehung des durch die Tätigkeit erworbenen
Vermögens. Beauftragter werden als Anstifter gewertet.

No-go-Areas und Parallelgesellschaften

Nicht nur in deutschen Großstädten sind mittlerweile muslimisch geprägte Stadtteile
mit entsprechenden Parallelgesellschaften entstanden, in welchen immer weniger der
Rechtsstaat und die Exekutive eine Rolle spielen, sondern sogenannte Friedensrichter
auf der Grundlage der Scharia das gesellschaftliche Leben bestimmen.
Es sind weiter die erforderlichen Mittel bereitzustellen und Maßnahmen (wie z.B. Razzien
und Kontrollstellen) durchzuführen, damit der Rechtsstaat in den sogenannten No-go-
Areas wieder durchgesetzt werden kann.

Die Tätigkeit der sogenannten Friedensrichter entspricht einer Selbstjustiz und ist mit
der Justizhoheit und dem Gewaltmonopol des Staates nicht vereinbar; sie ist unter Strafe
zu stellen.

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
zu stellen. Der Friedensrichter ist kein Organ der Rechtspflege. Seine Entscheidungen
dürfen keine Rechtswirkung entfalten.

Einer weiteren Islamisierung treten wir entgegen

□ Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Körperschaftsstatus des
öffentlichen Rechts zu verleihen.

□ Die AfD fordert, islamistische Vereine bzw. Moscheegemeinden konsequent zu
verbieten, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen.

□ Eine Kritik des Islams ist wie jede andere Religionskritik legitimiert durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Es ist inakzeptabel, die Kritik am Islam durch den Vorwurf der „Islamophobie“ oder des sogenannten antimuslimischen Rassismus zu unterdrücken.

□ Jüdisches Leben wird in Deutschland vorwiegend von juden- und israelfeindlichen Muslimen bedroht. Angriffe auf Juden sowie antisemitische Beleidigungen müssen konsequent strafrechtlich geahndet werden. Die Al-Quds-Tage in Berlin, wo Demonstranten die Zerstörung Israels fordern, sind dauerhaft zu verbieten.

□ Die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen sowie Organisationen in Deutschland durch ausländische Staaten wollen wir gesetzlich verbieten.

□ In Deutschland predigende Imame sollen sich zu unserer Verfassung bekennen, möglichst in deutscher Sprache predigen und in Deutschland ausgebildet sein. Sie müssen bei der Zulassung ein Zertifikat C1 für die deutsche Sprache des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen vorweisen können.

□ Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen und die Stellen sind der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen.

□ Den Jobcentern sind die Personenstandsregister der Standesämter zugänglich zu machen, um missbräuchliche Inanspruchnahme von Bürgergeld durch Zweit- oder Drittfrauen zu verhindern.

□ Eheverträge zu güter- und unterhaltsrechtlichen Angelegenheiten sollen nur nach deutschem Recht geschlossen werden dürfen.

Polygamie, Zwangsheirat und Kinderehen

Die Ehen von in Deutschland lebenden Muslimen, die auf Polygamie, Zwangsheirat und Kinderehen beruhen, laufen der deutschen Rechtsordnung und der öffentlichen Ordnung entgegen. Sie sind zu annullieren. Hierfür sind die gesetzlichen Normen zu schaffen, welche die Folgen einer solchen Annullierung unter den Beteiligten regeln. Der Unterdrückung muslimischer Frauen stellt sich die AfD entgegen und fordert in allen Bereichen die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Körper- und Gesichtsbedeckung

Das Tragen von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit wollen wir auch in Deutschland untersagen – ähnlich wie in Frankreich, Österreich, Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz. Das Vermummungsverbot ist diesbezüglich durchzusetzen.

64

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Bundespolizei für nationalen Grenzschutz rüsten

In Zeiten fast ungehinderter Migration sowie grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus kommt dem Schutz der europäischen Binnengrenzen eine existenzielle Bedeutung zu.

Die Bundespolizei muss rechtlich, personell und technisch in die Lage versetzt werden, diese Aufgabe zu erfüllen. In personeller Hinsicht ist durch eine Verbesserung der Besoldung und Versorgung ein Anreiz zur Ergreifung dieses Berufes zu setzen.

Einsatzkräfte sollten bereits mit Erreichung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand versetzt werden, Führungskräfte je nach Verwendung nach Dienst- und Lebensjahren gestaffelt. In technischer Hinsicht fordern wir den Einsatz modernster

Fahndungstechnik sowie elektronischer Überwachungssysteme. In rechtlicher Hinsicht fordern wir eine Erweiterung der Befugnisse der Bundespolizei, insbesondere auch in Form einer Erweiterung des § 71 des AufenthG um eine generelle Zuständigkeit der

Bundespolizei als Grenzbehörde auch außerhalb von Grenzübergangsstellen.2365

65

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Zeit für Zusammenhalt2366

Demokratie und Rechtsstaat - Das Volk ist der Souverän2367

Bund und Länder haben mit ihrer Europa-, Migrations-, und Corona-Politik die2368

Prinzipien der deutschen Verfassung und des Rechts vielfach verletzt. Selbst das2369

Bundesverfassungsgericht musste feststellen, dass die Bundesregierung ihrer Pflicht,2370

Vertragsbrüchen und Selbstermächtigungen durch supranationale Institutionen2371

entgegentreten, nicht nachkommt. Eine breite Mehrheit der Bürger vertraut nicht2372

mehr darauf, dass Regierungen und Parlamente zu Währungskrisen, Migration,2373

Islamisierung oder zur sicheren Energieversorgung tragfähige Lösungen finden werden.2374

Die Parteien sollen an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken (Art. 21, Abs.2375

1 GG), sie aber nicht beherrschen. In unserem Land hat sich jedoch eine politische Klasse2376

herausgebildet, die nicht nur den Umbau des Staates im Sinne ihrer linksgrünen2377

Ideologie verfolgt, sondern gleichzeitig auch die Erhaltung ihrer Macht, ihres Status und2378

ihres materiellen Wohlergehens anstrebt. Sie zerstört die soziale und kulturelle Zukunft2379

unseres Volkes, unsere Wirtschaft und damit unseren Wohlstand. Instrumente der2380

Zerstörung sind Globalisierung, Kulturelrelativismus, Diversität und vermeintliche2381

„Gendergerechtigkeit“. Dazu nutzt sie die Schalthebel der staatlichen Macht, der2382

politischen Bildung und ihres informationellen und medialen Einflusses auf die2383

Bevölkerung.2384

Für eine Sicherung der Bürgerrechte2385

Staaten und nichtstaatliche Organisationen wirken darauf hin, auf Grundlage von2386

einseitig bevorzugten naturwissenschaftlichen Theorien die Bürger- und2387

Freiheitsrechte systematisch einzuschränken. Dazu zählen z.B. die2388

Klimafolgenforschung, die Geschlechterforschung und die Pandemieforschung.2389

Wir wollen nicht in einem Staat leben, in dem die Grundrechte der Bürger als2390

Abwehrrechte gegen den Staat untergraben werden. Deswegen werden wir den2391

unverhältnismäßigen Einschränkungen und der Gefährdungen unserer Freiheitsrechte2392

entschlossen entgegentreten.2393

Supranationale Organisationen und die deutsche Souveränität2394

Supranationale Organisationen wie die UNO und die WHO sind zunehmend bestrebt,2395

souveräne Staaten zu entmachten und auf dem Weg zu einer „Weltregierung“2396

nationalstaatliche Kompetenzen einzuschränken.2397

Der schon 2018 von der UNO-Generalversammlung beschlossene Migrationspakt -2398

„Global Compact for safe, orderly and regular Migration“ – ist ein bekanntes Beispiel,2399

dessen verheerende Auswirkungen für Deutschland durch weitere Förderung der2400

Migration auf der Hand liegen.2401

Im Jahr 2024 wurden weitere derartige Verträge vorbereitet unter den Bezeichnungen2402

„Compact of the Future“ und „Global Digital Compact“ vom 23. September 2024, bei deren2403

Ausarbeitung die Bundesregierung ebenfalls eine tragende Rolle spielte. Vorgeblich sind2404

diese überstaatlichen Vereinbarungen nicht rechtlich bindend, tatsächlich werden sie2405

66

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
wie geltendes Recht behandelt und räumen dem UN-Generalsekretariat2406

Weisungsrechte ohne demokratische Kontrolle durch die Parlamente ein.2407

Der geplante „Pandemievertrag“ der WHO setzt die Reihe der Vereinbarungen zur2408
Abtretung von Weisungsrechten an supranationale Einrichtungen fort.2409

Die AfD lehnt diesen Weg der Eingriffe in die nationalstaatliche Souveränität2410
entschieden ab und fordert eine Ablehnung bzw. Kündigung dieser Verträge.2411
Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild2412

Wir fordern Volksentscheide nach Schweizer Vorbild auch für Deutschland. Denn die2413
uneingeschränkte Volkssouveränität in ihrer fast 200 Jahre bewährten Gestaltung hat2414
dem eidgenössischen Bundesstaat eine fortwährende Spitzenstellung in Wohlstand,2415
Frieden und Freiheit gesichert.2416

Als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien halten wir das deutsche Volk für2417
ebenso mündig wie das der Schweiz und anderer europäischen Staaten.2418
Erfahrungsgemäß entscheiden Bürger in Schicksalsfragen der Nation weitsichtiger,2419
friedfertiger und gemeinwohlorientierter als Berufspolitiker. Deshalb fordert die AfD, die2420
rechtlichen Voraussetzungen zur Durchführung der im Art. 20 Abs. 2 GG vorgesehenen2421
Volksabstimmungen zu schaffen.2422

Das ist die Lehre aus der Wiedervereinigung, aus der Ablehnung des „EU-2423
Verfassungsvertrags“ durch das französische und das niederländische Volk und der2424
Entscheidung der Bürger des Vereinigten Königreichs, aus der Europäischen Union2425
auszutreten.2426

Wesentliche Voraussetzungen für die Qualität von Volksentscheiden sind ein2427
ausgeprägter und autonomer Prozess der Willensbildung, Informationspflichten, -2428
rechte und eine breite gesellschaftliche Debatte.2429

Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein2430
bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. Wir wollen dem Volk das2431
Recht geben, den Abgeordneten auf die Finger zu schauen und vom Parlament2432
beschlossene Gesetze zu ändern oder abzulehnen.2433

Das Volk soll die Möglichkeit erhalten, Gesetzesinitiativen einzubringen und per2434
Volksabstimmung auch zu beschließen.2435

Volksabstimmungen auf Bundesebene müssen zentraler Gegenstand jeder2436
Koalitionsverhandlung sein. Der Souverän soll das Recht haben2437

□ vom Parlament beschlossene Gesetze zu ändern oder abzulehnen. Und so unsere2438
Volksvertreter zu sorgfältiger Arbeit zwingen,2439

□ Grundgesetzänderungen und wichtigen völkerrechtlichen Verträgen zustimmen zu2440
müssen und2441

□ unter Beachtung der Grenzen des Art. 79 Abs. 3 GG Verfassungsänderungen2442
einzubringen und per Volksabstimmung zu beschließen.2443

67

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Grundrecht der Meinungsfreiheit – keine Zensur in der öffentlichen Debatte2444

Jede Zensur von Meinungsäußerungen stellt einen Angriff auf das Grundrecht der2445
Meinungsfreiheit dar. Eine Vormachtstellung in den sozialen Medien und im2446

Bildungswesen darf nicht dazu genutzt werden, die politische Willensbildung einseitig zu2447
beeinflussen. Als Quasi-Oligopol sollen die großen Anbieter sozialer Medien verpflichtet2448
werden, die Meinungsfreiheit ihrer Nutzer zu respektieren.2449

Das Internet muss als Ort der freien Meinungsäußerung erhalten bleiben. Staatliche2450
Zensurvorschriften und staatlich aufgezwungene Abkommen mit privaten2451

Unternehmen, die Zensurmaßnahmen durchführen, werden wir umgehend abschaffen.2452

Selbst ernannte „Faktenprüfer“ und Meinungswächter dürfen keine staatliche2453
Finanzierung erhalten.2454

Wir lehnen die zunehmende Kontroll- und Verbotspolitik der Bundesregierung im2455
Bereich der Medien und sozialen Netzwerke ab. Insbesondere darf es keine Zensur durch2456
staatlich ernannte Berufsdenunzianten geben.2457

Über Subventionen, Unternehmensbeteiligungen und regierungspolitische2458
Werbefinanzierung übt die Regierung auch Einfluss auf private Medien aus.2459

Diese parteipolitische Medienbeeinflussung lehnen wir ab. Zum Schutz der freien und2460
unabhängigen Meinungsbildung wollen wir Beteiligungen von Parteien an2461
Medienunternehmen verbieten.2462

Gewaltenteilung gewährleisten2463

Das parteienstaatliche parlamentarische Regierungssystem hat die Gewaltenteilung2464
ausgehöhlt und zu einer Verlagerung der Staatsgewalt in die Parteizentralen geführt.2465

Deshalb fordern wir, dass Abgeordnete nicht gleichzeitig Mitglied einer Regierung sein2466
dürfen.2467

Die Institution der parlamentarischen Staatssekretäre ist abzuschaffen. Dies gilt auch für2468
die „politischen Beamten“ in der Staatsverwaltung – vom Ministerialdirektor bis zum2469
Polizeipräsidenten.2470

Der Bundespräsident, als höchster Repräsentant des Staates, soll direkt vom Volk2471
gewählt werden.2472

Reform des Parlamentsrechts2473

Deutschland leistet sich eines der größten Parlamente der Welt. Wir streben 5002474
Abgeordnete an, die je zur Hälfte über die Erst- bzw. Zweitstimme gewählt werden. Mit2475
der Erststimme sind die Wahlkreiskandidaten direkt zu wählen. Mit der mehrfachen2476
Zweitstimme kann der Bürger eine Partei wählen und die Reihenfolge auf deren2477
Wahlvorschlagsliste ändern.2478

Quotierungen der Wählerschaft nach Geschlecht oder anderen Eigenschaften lehnen wir2479
als Eingriff in das Prinzip „Ein Mensch, eine Stimme“ ab. Ebenso die Absenkung des2480
Wahlalters unter 18.2481

Einer Verlängerung der Wahlperiode stimmen wir nicht zu, weil sie die Entfremdung2482
zwischen Parlament und Wählern vergrößern würde.2483

68

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

Zur Stärkung des freien Mandats der Abgeordneten gegenüber ihrer Partei oder Fraktion2484
treten wir für das die Ermöglichung geheimer Abstimmungen im Parlament ein.2485

Zur Sicherstellung der Gleichbehandlung aller Parlamentsfraktionen tritt die AfD dafür2486
ein, dass die Bestellung der Präsidien im Parlamentsbetrieb nicht durch Wahl, sondern2487
durch Benennung der Fraktionen zu erfolgen hat.2488

Den direkten Einfluss der politisch aktiven Nichtregierungsorganisationen und2489
sogenannter Bürgerräte auf die staatliche Willensbildung lehnen wir ab.2490

Freie Listenwahl und freies Mandat2491

Das geltende Bundestagswahlrecht hat gravierende demokratische Mängel. Dem Wähler2492
werden derzeit starre Wahllisten der Parteien zum Ankreuzen vorgelegt. Über die2493

„sicheren Listenplätze“ bestimmen de facto die Parteivorstände die Zusammensetzung2494
des Parlaments. Mit einer demokratischeren Gestaltung des Wahlsystems will die AfD2495
dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente2496
zurückgeben. Deshalb treten wir für die „freie Listenwahl“ ein, mit der Möglichkeit des2497

Kumulierens und Streichens von Kandidaten.2498

Briefwahl soll wieder begründungspflichtig auf Ausnahmefälle beschränkt werden.2499

Die Selbstbedienung der Parteien beenden2500

Die Parteien entscheiden auch in eigener Sache. Dazu zählen die Diäten, Fraktions- und2501
Parteienfinanzierung sowie die Finanzierung von „parteinahen“ Stiftungen.2502

Allein diese Stiftungen haben im Jahr 2024 659 Millionen Euro erhalten. Bereits die Höhe2503
dieses Betrages, der sich auf mehr als das Dreifache der jährlichen Parteienfinanzierung2504
beläuft, muss Anlass sein, die Höhe der Stiftungsfinanzierung radikal zu begrenzen.2505

Alle Entscheidungen in eigener Sache sind der unbeschränkten Kontrolle der2506

Rechnungshöfe zu unterstellen. Öffentlichkeit ist herzustellen. Unabdingbar ist auch2507
eine restriktive und Korruption vermeidende Neuordnung der Spendenregelungen.2508

Kampf der Parteibuchwirtschaft2509

Niemand darf wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt2510
werden (Art. 3 Abs. 3 GG). Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung haben unabhängig2511
und loyal ihren Dienst zu verrichten. Öffentliche Ämter, Beamten- und Richterstellen2512
sind ausschließlich nach „Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung“ zu vergeben2513
(Art. 33 Abs. 2 GG), Quotenregelungen sind abzulehnen.2514

Grundsätze der fachlichen Eignung und beruflichen Qualifikation haben auch für das2515
Spitzenpersonal des Staates zu gelten. Dies gilt auch für die Geschäftsführungen aller2516
Unternehmen, die von der öffentlichen Hand beherrscht werden.2517

„Parteibuchwirtschaft“ und Ämterpatronage müssen beendet werden.2518

Berufspolitikertum: Mandats- und Amtszeiten begrenzen2519

Die ungebrochene Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht2520
Vorschub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen Wählern und Gewählten stetig2521
vergrößert. Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernde Strukturen und Lobbyismus2522
sind die Folge. Um unser Ideal des Bürgerabgeordneten zu verwirklichen, fordern wir2523
69

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
eine Begrenzung der Mandatszeit für Bundeskanzler auf drei und für Abgeordnete auf2524
insgesamt vier Legislaturperioden in EU-Parlament, Bundestag oder Landesparlament.2525
Lobbyismus kontrollieren2526

Die Beratung unserer Bundestagsabgeordneten durch Experten und Sachverständige ist2527
notwendig und zulässig.2528

Der Lobbyismus hat sich aber stark verändert. Er ist heute durch EU-Recht2529
institutionalisiert und hat supranational neue Wege gefunden, z. B. durch private2530
Spenden für die WHO. Diese Entwicklung betrachtet die AfD als inakzeptabel.2531

Entpolitisierung der Justiz2532

Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern2533
und Staatsanwälten verhindern und so die Politisierung der Justiz beenden.2534

Wir unterstützen daher den Modellvorschlag des Deutschen Richterbundes einen2535
Justizwahlausschuss einzurichten. Wir fordern eine Besetzung nach spezieller2536
Qualifikation, um so insbesondere die Verfassungsgerichte vor parteipolitischer2537
Einflussnahme zu schützen.2538

Die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft wollen wir abschaffen und damit die2539
Abhängigkeit von den Justizministerien beenden. Die Unabhängigkeit der Justiz muss2540
durch eine Selbstverwaltung wiederhergestellt werden, so wie es in vielen anderen2541
europäischen Ländern üblich ist.2542

Verfassungsschutz grundsätzlich reformieren²⁵⁴³

Der behördlich organisierte Verfassungsschutz ist zum Regierungsschutz degeneriert²⁵⁴⁴ und wird in seiner jetzigen Form seinen ursprünglichen Aufgaben nicht mehr gerecht. Er²⁵⁴⁵ ist grundsätzlich zu reformieren. Bis dahin ist die parlamentarische Kontrolle durch jede²⁵⁴⁶ der im Parlament vertretenen Fraktionen zu gewährleisten.²⁵⁴⁷

Aufgaben wie Terrorabwehr und Schutz vor Spionage bzw. Sabotage sind Aufgaben des²⁵⁴⁸ Bundesnachrichtendienstes und der Polizeibehörden.²⁵⁴⁹

Hinweisgeber (Whistleblower) schützen²⁵⁵⁰

Verstöße gegen geltendes Recht durch Regierung und staatliche Einrichtungen wie in²⁵⁵¹ der Corona-„Pandemie“ und der Migrationskrise haben in Deutschland mittlerweile ein²⁵⁵² unerträgliches Maß angenommen. Hintergründe staatlichen Handelns werden oftmals²⁵⁵³ verschleiert, die „vierte Gewalt“ versagt als Kontrollorgan, Untersuchungsausschüsse²⁵⁵⁴ werden häufig verweigert. Oft bleiben nur alternative Medien und Hinweisgeber zur²⁵⁵⁵ Offenlegung regierungsamtlichen Unrechts und seiner Hintergründe, beispielsweise²⁵⁵⁶ wie bei den RKI-Protokollen offengelegt oder bei der Analyse des Corona-²⁵⁵⁷

Krisenmanagements (BMI-Papier KM4-51000/29#2), sowie der Finanzbeamtin der²⁵⁵⁸ Finanzverwaltung Hamburg im Zusammenhang mit dem Warburg-Cum-Ex-Skandal.²⁵⁵⁹

Wir fordern eine Revision des Hinweisgeberschutzgesetzes vom 02. Juli 2023 mit dem²⁵⁶⁰ Ziel, Fälle von Staatsversagen und regierungsamtlichem Unrecht einzubeziehen.²⁵⁶¹

70

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
EU: Entrechtung von Nationalstaaten und Bürgern²⁵⁶²

Die Transformation der EU zu einem den EU-Verträgen widersprechenden²⁵⁶³ supranationalen Bundesstaat ist in den letzten Jahren in allen Bereichen weiter²⁵⁶⁴ vorangetrieben worden. Wir erleben eine von Brüssel ausgehende illegitime²⁵⁶⁵ Entdemokratisierung, Zentralisierung, Überregulierung und Planwirtschaft. Die²⁵⁶⁶ faktische Euro-Transferunion bricht die Verträge zur Euro-Währungsgemeinschaft.²⁵⁶⁷ Deutschland ist in dieser der größte Nettozahler.²⁵⁶⁸

Die Dauerkrise des Euro ist auch Folge der mangelnden Durchsetzung der²⁵⁶⁹ Stabilitätskriterien im Euroraum und vertragswidriger Schuldenaufnahme. In wichtigen²⁵⁷⁰ vergemeinschafteten Politikfeldern wie Gemeinschaftswährung, Migrationspolitik und²⁵⁷¹ Kohäsion der Einzelstaaten hat die EU versagt.²⁵⁷²

Beispiele dafür sind:²⁵⁷³

□ der umfassend planwirtschaftliche „Green Deal“ auf Basis der CO2-Ideologie,²⁵⁷⁴

□ die Ukraine-Militärhilfe-Fonds inkl. der „European Peace Facility“ zur²⁵⁷⁵

Waffenfinanzierung sowie²⁵⁷⁶

□ die anhaltende und durch Regierungen befeuerte Migrationskrise wodurch eine²⁵⁷⁷ manifeste Bedrohung der europäischen Demokratie entsteht.²⁵⁷⁸

Auch eine programmierbare Währung ist geeignet, die Bürgerrechte zu untergraben;²⁵⁷⁹ daher lehnen wir den „Digitalen Euro“ ab.²⁵⁸⁰

Unser Ziel: Ein Europa der Vaterländer als Bund souveräner Staaten²⁵⁸¹

Die Vehemenz, mit welcher die Europäische Union die Transformation zum²⁵⁸² planwirtschaftlichen Superstaat in den letzten Jahren vorangetrieben hat, hat uns zu der²⁵⁸³ Erkenntnis gebracht, dass sich unsere grundlegenden Reformansätze in dieser EU nicht²⁵⁸⁴ verwirklichen lassen. Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen²⁵⁸⁵ Union und die Gründung einer neuen europäischen Gemeinschaft für notwendig.²⁵⁸⁶ Wir wollen die Europäische Union samt ihren Bürokratien und Institutionen durch eine²⁵⁸⁷

Wirtschafts- und Interessengemeinschaft (WIG) ersetzen, durch einen Staatenbund,2588 dessen Mitglieder konstruktiv und friedlich miteinander kooperieren und auf all jenen2589 Gebieten eng zusammenarbeiten, die besser gemeinsam gestaltet werden können und2590 für alle Beteiligten von Vorteil sind.2591

Aus unserer Sicht sind dies der gemeinsame Markt, der wirksame Schutz der2592 Außengrenzen gegen illegale Zuwanderung, die Erlangung strategischer Autonomie im2593 sicherheitspolitischen Handeln und die Bewahrung der europäischen Kultur und ihrer2594 verschiedenen Identitäten.2595

Voraussetzung dafür wäre eine Anpassung der Europaartikel des Grundgesetzes auf2596 Basis einer Volksabstimmung.2597

Uns ist klar, dass ein harter Bruch kontraproduktiv wäre. Der Übergang in die neue WIG2598 wäre darum sowohl mit den alten EU-Partnerstaaten als auch neuen Interessenten im2599 Konsens zu verhandeln.2600

Deshalb wollen wir wieder selbstverantwortliche und souveräne Nationalstaaten haben,2601 die in Freiheit und Selbstbestimmung zusammenleben.2602

71

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Familie und Demografie2603

Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie wird gem. Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz2604 vom Staat geschützt und muss gefördert werden. Eine intakte Familie bietet vor allem2605 den Kindern einen geschützten Raum der Liebe und Geborgenheit. Sie ist ein fester2606 Anker in den Stationen des Lebens, von der Geburt an über die Schulzeit, das Berufsleben,2607 die Gründung einer eigenen Familie bis hin zum Ruhestand und Lebensende. Es ist dabei2608 unerheblich, ob das Zusammenleben zwei oder mehr Generationen umfasst, die sich2609 gegenseitig unterstützen und fördern. In einer unsteten Zeit und einer2610 auseinanderbrechenden Gesellschaft bedeutet Familie, einen festen Anlaufpunkt, also2611 ein Zuhause zu haben. Aus Sicht der AfD steht die Familie deshalb für Geborgenheit,2612 Vertrauen, gegenseitige Fürsorge, Schutz und Rückhalt. Eine Familie ist der Ort, um2613 Freude zu teilen, Trost zu finden, Kraft zu tanken sowie Liebe zu empfangen und zu geben.2614 Die Familienpolitik der AfD ist darauf ausgerichtet, diese Art des Zusammenlebens zu2615 ermöglichen, zu unterstützen und gezielt zu fördern.2616

Zur Realität gehört leider auch, dass nicht jede Familie harmonisch zusammenlebt und2617 dass Beziehungen scheitern. Die AfD unterstützt ausdrücklich auch alle, die nicht das2618 Glück haben, in einer lebenslangen, tragfähigen Beziehung zu leben und alle, die in ihrer2619 Familie Leid erfahren haben. Das gilt insbesondere für alleinerziehende Mütter und Väter2620 sowie deren Kinder, für Stieffamilien (Patchworkfamilien) sowie Pflege- und2621 Adoptivfamilien. Auch für diese Gruppen sieht das familienpolitische Programm der AfD2622 umfassende Unterstützungen vor.2623

Eines der wichtigsten Ziele der AfD-Familienpolitik ist es deshalb, Rahmenbedingungen2624 zu schaffen, unter denen Beziehungen und Familien sich gut entwickeln und2625 Belastungen gut verkraften können. Eltern setzen sich für ihre Kinder ein: zeitlich,2626 persönlich und finanziell. Die genannten Aufgaben beanspruchen Zeit, weshalb2627 idealerweise Vater oder Mutter zumindest in der Kleinkindphase ohne finanzielle2628 Einbußen die Möglichkeit haben sollten, zu Hause zu bleiben oder nur Teilzeit zu2629 arbeiten, wenn sie dies wünschen. Die Familienpolitik der AfD enthält entsprechende2630 Förderprogramme und Unterstützungsleistungen, die dies ermöglichen und damit das2631 Band der Familie stärken.2632

Kinder sichern nicht nur den Fortbestand unserer Gesellschaft, weil sie die Bindeglieder zwischen der Folge der Generationen sind. Sie sind für die Eltern auch sinnstiftend und geben dem Leben jenseits materieller Güter eine Bedeutung. Kinder stehen sowohl für eine sich stetig ändernde Zukunft als auch für die Weitergabe der eigenen Kultur, der Traditionen und der Fähigkeiten ihres Volkes. Durch eine aktivierende Familienpolitik strebt die AfD eine Geburtensteigerung und damit die demografische Wende in Deutschland an, die nicht nur das individuelle Glück der Eltern, sondern auch unsere Kulturweitergabe sicherstellt und die Sozialsysteme stabilisiert.

Starke Familien für eine starke Gesellschaft

Familien sind heute massiven Belastungen ausgesetzt. Durch Trans-Gender-Hype, Frühsexualisierung und ein als Kinderrechte-Aufklärung getarntes Auspielen der Jugendlichen und Kinder gegen ihre Eltern wird der Zusammenhalt in den Familien gefährdet. Die Arbeit im Haushalt wird stark abgewertet und der Wert der Familien- und

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Erziehungsarbeit völlig unterschätzt. Mütter zählen in der „woken“ Gesellschaft nur, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen und ihre Kinder möglichst schon im Babyalter in staatliche Ganztagsbetreuung geben.

Familien sollen ein sicherer Hafen sein und müssen wieder wirtschaftlich und sozial im Mittelpunkt der Gesellschaft stehen. Der Staat darf nicht in die Familien hineinregieren, sondern muss für gute und gesunde Rahmenbedingungen sorgen.

Forderungen der AfD:

- Kinderrechte sollen nicht ins Grundgesetz aufgenommen werden, da Kinder bereits Träger aller Grundrechte sind. Letztlich stellen "Kinderrechte" auch Durchgriffsrechte des Staates gegen die Erziehungsrechte der Eltern dar. Genau davor soll das Grundgesetz jedoch schützen.

- Kinder sollen in der Schule zu Ehe, Partnerschaft und Familienzusammenhalt unterrichtet werden, um später stabile Familien gründen zu können.

- Der generationenübergreifende Zusammenhalt mit Großeltern und Urgroßeltern soll gefördert werden.

Demografische Wende für Deutschlands Zukunft

Die Geburtenrate liegt in Deutschland seit Mitte der 1970er Jahre weit unterhalb des Niveaus zur Bestandserhaltung. Inzwischen gibt es dringenden Handlungsbedarf, weil damit nicht nur ein Kulturabbruch droht, sondern auch der Zusammenbruch unserer Sozialversicherungen. Die Ursachen für den Geburtenrückgang sind vielfältig: Mit der Rentenreform von 1957 wurde die Altersvorsorge endgültig von der Kinderzahl entkoppelt. Mit Sorge beobachten wir, dass Teile der Gesellschaft ihren Kinderwunsch zurückstellen, zugunsten von Einkommen, Karriere oder Selbstverwirklichung. Eltern, die für Familienarbeit ganz oder teilweise zu Hause bleiben, werden in unserer Gesellschaft abgewertet. Insbesondere bei doppelberufstätigen Eltern sind Arbeit und Familie nur schwer vereinbar. Hinzu kommen kinderbezogene Mehrkosten für Wohnraum, Versorgung und Ausbildung, die bei der Bemessung von Steuern und Sozialversicherungen nur minimal ausgeglichen werden. Gerade Familien der mittleren Einkommensschicht werden dadurch massiv belastet, so dass deren Geburtenrate erschreckend gering ist. Schließlich sind immer weniger Paare wirtschaftlich in der Lage, Erziehungsarbeit zu leisten. Das alles führt zu durchschnittlich kleineren Familien oder zu einer gewollten Kinderlosigkeit.

Die AfD wird diesen kinderfeindlichen Faktoren mit einem positiven Familienbild und einer aktivierenden Familienpolitik begegnen. Zahlreiche Umfragen belegen, dass viele junge Eltern in Deutschland statt Mehrfachbelastung und Rollenkonflikten mehr Zeit für ihre Kinder wünschen. Darüber hinaus streben insbesondere Jugendliche eine stabile Ehe und mehrere Kinder an (JID24 – Trendstudie Jugend in Deutschland). Die AfD wird ein Umfeld schaffen, in dem sich Paare diesen Wunsch ohne große Einschränkungen erfüllen können. Durch familienpolitische Impulse soll Paaren die Möglichkeit gegeben werden, ihren Kinderwunsch zu verwirklichen bzw. mehr Kinder zu bekommen.

Neben der finanziellen Förderung von Kindern wird auch eine zeitliche Entlastung der Eltern angestrebt. Länder und Kommunen sollen angeregt werden, Mehrgenerationenkonzepte zu fördern. Arbeitgeber sollen durch Telearbeit, flexible

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Arbeitszeiten und Betriebskindergärten ein Arbeitsumfeld schaffen, in dem Eltern Kinderbetreuung und Arbeit gut vereinbaren können, so sie es wünschen. Familien sollten idealerweise von einem Gehalt leben können und nicht auf eine Doppelberufstätigkeit angewiesen sein.

Forderungen der AfD:

- Zur Herstellung der Lastengerechtigkeit soll bei der Geburt jedes Kindes eine Rückzahlung von 20.000 € an Rentenbeiträgen oder eine entsprechende Freistellung von künftigen Zahlungen erfolgen. Die spätere Leistung wird nicht gekürzt.

- Mit einem Betreuungsgehalt bis zum 3. Geburtstag sollen Eltern echte Wahlfreiheit zwischen Fremd- und Selbstbetreuung erhalten. Mehrere Studien belegen, dass sich Kinder unter drei Jahren bei ihren Eltern am wohlsten fühlen (z.B. Großstudie „The NICHD Study of Early Child Care and Youth Development“, 1991 und 2007). Das Betreuungsgehalt für Eltern bzw. Großeltern soll etwa dem durchschnittlichen Nettolohn vor Geburt des ersten Kindes entsprechen.

- Eine kinderfreundliche Gesellschaft soll als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen werden.

- Durch soziales Marketing sollen Paare ermutigt werden, ihre Kinderwünsche zu erfüllen.

- Die AfD möchte mit dem steuerlichen Familiensplitting und einer Anhebung des Kinderfreibetrages insbesondere Familien mit mittlerem Einkommen entlasten.

- Die Mehrwertsteuer für Artikel des Kinderbedarfs soll auf 7 % reduziert werden.

- Junge Paare erhalten für die Erstanschaffungen bei Familiengründung unter bestimmten Voraussetzungen einen Ehe-Start-Kredit. Mit jedem Kind wird ein Teil des Kredits erlassen.

- BAföG-Empfängern soll bei einer Geburt während der Ausbildung bzw. während des Studiums die Rückzahlung nach erfolgreichem Abschluss erlassen werden.

- Für Studenten mit Kindern soll die Regelstudienzeit auf Antrag um bis zu 6 Semester verlängert werden.

- Der Wildwuchs an teilweise unsinnigen Beauftragten soll auf ein sinnvolles Minimum gekürzt werden. Dabei sollen Familienbeauftragte geschaffen werden. Willkommenskultur für Kinder

Das Recht auf Leben ist ein fundamentales Menschenrecht. Ohne dieses Recht kann kein

anderes Menschenrecht in Anspruch genommen werden. Durch die Befruchtung wird aus der Eizelle ein menschlicher Embryo. Das Lebensrecht des ungeborenen Kindes aber einem Wunsch der Mutter auf Abtreibung diametral entgegen. Beim sorgfältigen Abwägen der Interessen muss Abtreibung die absolute Ausnahme bleiben, z.B. bei kriminologischer oder medizinischer Indikation. Bei jährlich etwa 100.000 (davon nur 3.000 aufgrund kriminologischer und medizinischer Indikation) gemeldeten Abtreibungen in Deutschland ist weder das Lebensrecht der Kinder ausreichend geschützt, noch kann davon ausgegangen werden, dass die Schwangeren hinreichend über schwere Abtreibungsfolgen und über Hilfsangebote aufgeklärt wurden. Die verpflichtende Schwangerschaftskonfliktberatung ist in vielen Fällen zu einem formalen Verwaltungsakt verkümmert und befördert eine Bagatellisierung dieses

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
schwerwiegenden Eingriffs. Sie muss stattdessen dem Schutz des ungeborenen Lebens dienen. Wie vom Bundesverfassungsgericht zur Bedingung gestellt, ist regelmäßig die Wirksamkeit der Beratungsscheinregelung zu überprüfen. Trotz der weiterhin extrem hohen Abtreibungszahlen ist das bis heute nicht erfolgt. Die Beratungspraxis wird somit aktuell nicht mehr durch das Grundgesetz gedeckt (Untermaßverbot lt. Az. 2 BvF 2/90). Die hohe Zahl der Abtreibungen zeigt, dass diese im Laufe der Jahre für viele Menschen zu einer Normalität geworden sind. In vielen Fällen wird von außen Druck auf die Mütter ausgeübt. Angst um die Zukunft, Angst vor der Verantwortung und die Sorge, dass ein Kind oder ein weiteres Kind die Partnerschaft überfordern könnte, veranlassen viele Frauen zu diesem gravierenden Schritt.

Forderungen der AfD:

- Wir setzen uns dafür ein, dass Mütter umfangreiche Unterstützung in der Schwangerschaft und nach der Geburt erhalten, insbesondere in schwierigen Lebenslagen.

- Die Gewissensfreiheit für Ärzte, Abtreibungen zu verweigern, muss erhalten bleiben.

- Es darf keine Werbung von Ärzten für Schwangerschaftsabbrüche geben.

- Während der Schwangerschaftskonfliktberatung sollen den Müttern Ultraschallaufnahmen des Kindes gezeigt werden, damit diese sich über den Entwicklungsstand des Kindes im Klaren sind.

- Wir wollen die Möglichkeiten der anonymen bzw. vertraulichen Geburt weiter ausbauen und stärken sowie die Verfügbarkeit von Babyklappen sicherstellen und Adoptionen erleichtern.

- Die AfD lehnt jede Förderung von Organisationen oder Maßnahmen ab, durch die Abtreibungen forciert oder verharmlost werden.

- Wir lehnen alle Bestrebungen ab, Abtreibungen zu einem Menschenrecht zu erklären.

- Bezahlte Leihmutterschaft ist eine Form von Kinderhandel. Dies lehnen wir ab.

Die zwei Geschlechter sind eine biologische Tatsache

Durch die aktuelle Regierung wird das Geschlecht nicht mehr als biologische Tatsache definiert, sondern als ein soziales Konstrukt, welches austauschbar und erweiterbar ist. Männer und Frauen können laut „Selbstbestimmungsgesetz“ ohne Weiteres ihr Geschlecht nach Belieben definieren und per Gesetz einmal im Jahr formell ändern lassen. Die Benennung einer Person nach dem tatsächlichen Geschlecht kann demnach

inzwischen sogar angezeigt und mit bis zu 10.000 € Strafe geahndet werden.²⁷⁶⁸
Kinder und Jugendliche werden durch einen Trans-Kult in Kita, Schule, Medien, im²⁷⁶⁹
Internet und durch Gleichaltrige manipuliert. Daraus kann eine falsche Wahrnehmung²⁷⁷⁰
folgen. Vorschnelle Diagnosen führen dann zur Gabe von Hormonen wie²⁷⁷¹
Pubertätsblockern, die ein hohes Risiko für Herzinfarkt, Unfruchtbarkeit und Depression²⁷⁷²
bis hin zum Selbstmord bergen. Zusätzlich können Stimmungsschwankungen,²⁷⁷³
Essstörungen, Psychosen, eine verringerte Libido, Knochen- und Leberschäden und eine²⁷⁷⁴
verkümmerte Gehirnentwicklung auftreten. Die Bewerbung und Verabreichung von²⁷⁷⁵
Pubertätsblockern und Hormonen stellt eine Kindeswohlgefährdung dar. In der weiteren²⁷⁷⁶
75

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Folge kommt es als logische Konsequenz zur Einleitung einer Geschlechtsumwandlung²⁷⁷⁷
und damit zu einer unumkehrbaren Verstümmelung von jungen Menschen.²⁷⁷⁸
Die Realität der Zweigeschlechtlichkeit muss wieder anerkannt werden, auch wenn dies²⁷⁷⁹
bei einer verschwindend geringen Anzahl von Menschen nicht eindeutig zugeordnet²⁷⁸⁰
werden kann. Weiblichkeit und Männlichkeit und mit ihren unterschiedlichen²⁷⁸¹
Potentialen sind etwas Positives. Dadurch können sich Frauen und Männer hervorragend²⁷⁸²
ergänzen.²⁷⁸³

Forderungen der AfD:²⁷⁸⁴

□ Es darf keine Indoktrination von Kindern und Jugendlichen durch Trans-Kult,²⁷⁸⁵
Frühsexualisierung und Genderideologie geben. Jede staatliche Förderung dafür²⁷⁸⁶
muss eingestellt werden.²⁷⁸⁷

□ Die Behandlung hinsichtlich einer Geschlechtsumwandlung darf nur unter strenger²⁷⁸⁸
ärztlicher Betreuung und erst ab Volljährigkeit stattfinden. Zuvor müssen²⁷⁸⁹
psychologische Beratungsgespräche erfolgen.²⁷⁹⁰

□ Die Verwendung von Pubertätsblockern zur Einleitung einer²⁷⁹¹
Geschlechtsumwandlung muss verboten werden.²⁷⁹²

□ Die Benennung der Wirklichkeit darf nicht strafbewehrt sein. Jeder hat das Recht,²⁷⁹³
sich auf wissenschaftliche Tatsachen zu berufen.²⁷⁹⁴

□ Das Selbstbestimmungsgesetz, welches am 01. November 2024 das²⁷⁹⁵
Transsexuellengesetz von 1980 abgelöst hat, ist vollumfänglich zurückzunehmen.²⁷⁹⁶
Verantwortungsvolle Kinderbetreuung²⁷⁹⁷

Linke Ideologen versuchen in den letzten Jahren verstärkt, Kinder möglichst früh zu²⁷⁹⁸
beeinflussen. Zum Beispiel werden heute Trans-Kult und Klimahysterie Kindern schon²⁷⁹⁹
im Vorschulalter nähergebracht. Die „Sexualpädagogik der Vielfalt“ versucht, Kinder in²⁸⁰⁰
Bezug auf ihre sexuelle Identität zu verunsichern und Geschlechterrollen aufzulösen. Sie²⁸⁰¹
werden dadurch massiv in ihrer Entwicklung gestört.²⁸⁰²

Kinder haben das Recht, ohne Verletzung ihrer Intimsphäre und ihrer Schamgrenzen²⁸⁰³
ihre eigene Sexualität zu entwickeln. Kinder sollten frei von Indoktrination aufwachsen,²⁸⁰⁴
bis sie vornehmlich in der Familie gefestigt und alt genug sind, sich den Problemen²⁸⁰⁵
unserer Welt zu stellen.²⁸⁰⁶

Forderungen der AfD:²⁸⁰⁷

□ Kitas und Schulen sind von Angst und Hysterie freizuhalten; den Kindern ist eine²⁸⁰⁸
positive Lebenseinstellung zu vermitteln. Auch bei der Ausbildung zum Erzieher²⁸⁰⁹
muss jede Indoktrination in Bezug auf Gender-Mainstreaming und andere²⁸¹⁰
Ideologien unterbunden werden.²⁸¹¹

□ Krippen und Kitas sind personell ausreichend und qualifiziert zu besetzen. Der²⁸¹²

bestehende Fachkräftemangel kann vor allem durch das von uns geforderte²⁸¹³
Betreuungsgehalt reduziert werden, das die Nachfrage nach Kita-Plätzen deutlich²⁸¹⁴
senken wird.²⁸¹⁵

□ Zur besseren Integration von Kindern mit Migrationshintergrund muss Deutsch als²⁸¹⁶
verpflichtende Sprache in Kitas durchgesetzt werden. In den Ländern sind²⁸¹⁷
entsprechende Fachaufsichten einzurichten.²⁸¹⁸

76

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

□ Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, sind²⁸¹⁹

Betriebskindergärten stärker als bisher zu fördern.²⁸²⁰

Trennungsfolgen mindern²⁸²¹

Leider spielen Trennungen der Eltern in der Lebensrealität von Kindern eine immer²⁸²²
größere Rolle. Für sie ist der Verlust der Kernfamilie ein existenzieller Einbruch, mehr²⁸²³
noch als für das Paar, das sich trennt. Sie fühlen sich oft ohnmächtig und alleingelassen.²⁸²⁴
Ein Drittel aller Trennungskinder erleidet den Kontaktabbruch zu einem Elternteil, sie²⁸²⁵
verlieren oft eine ihrer innigsten Bezugspersonen. Dabei braucht jedes Kind Vater und²⁸²⁶
Mutter in der gesamten Kindheit. Sie helfen ihm jeder auf seine Weise, ihr Umfeld²⁸²⁷
emotional und intellektuell zu begreifen, in gesunde Beziehung zu treten und seinen²⁸²⁸
Platz in der Welt zu finden.²⁸²⁹

Leider leistet das aktuelle Sorge- und Unterhaltsrecht einer Verhärtung des²⁸³⁰

Trennungskonflikts massiv Vorschub. Wegen starrer Betreuungsregeln im Gesetz wird²⁸³¹
die Barunterhaltspflicht abweichend von der tatsächlichen Betreuungszeit einseitig²⁸³²
zugeteilt. Dies ist nicht zeitgemäß und führt oft zu finanzieller Überforderung des²⁸³³
zahlenden Elternteils und zu unnötigen Konflikten.²⁸³⁴

Die AfD will Rahmenbedingungen für stabile Ehen und Partnerschaften schaffen, damit²⁸³⁵
es möglichst gar nicht erst zu Trennungen kommt. Anderenfalls sollen beide Eltern auch²⁸³⁶
nach Trennung für Erziehung und emotionale Bindung ihrer Kinder aktiv bleiben. Wir²⁸³⁷
wollen Unterhaltspflichten gleichmäßig an die zeitliche Intensität der Betreuung binden²⁸³⁸
und so Kosten und Lasten gerechter aufteilen. Unterhalt darf Erwerbsarbeit nicht²⁸³⁹
unattraktiv machen. Wir wollen Mechanismen entschärfen, die über das Sorgerecht²⁸⁴⁰
einseitige Manipulationsmacht erteilen und dem Schutz des Kindeswohls zuwiderlaufen.²⁸⁴¹
Sollte ein Elternteil dennoch bei der Erziehungsarbeit ausfallen, muss dem²⁸⁴²

Alleinerziehenden größtmögliche Unterstützung zukommen.²⁸⁴³

Forderungen der AfD:²⁸⁴⁴

□ Vor Familiengerichtsverfahren soll Mediation verpflichtend sein, die das Kindeswohl²⁸⁴⁵
in den Vordergrund stellt und bei Verweigerung zeitnah wirksame Sanktionen²⁸⁴⁶
vorsieht.²⁸⁴⁷

□ Nach Trennung sollten Kinder möglichst abwechselnd bei beiden Eltern leben und²⁸⁴⁸
den Alltag mit beiden Eltern teilen (Wechselmodell als Regelfall), unter der²⁸⁴⁹
Voraussetzung, dass sich die Eltern einig sind und im gleichen Schulbezirk wohnen.²⁸⁵⁰

□ Beim Wechselmodell muss das Existenzminimum von Eltern und Kindern in beiden²⁸⁵¹
Haushalten gesichert werden.²⁸⁵²

□ Unbewiesene Behauptungen dürfen nicht zu einem Kontaktabbruch führen, der²⁸⁵³
dann Tatsachen für eine Entfremdung schafft.²⁸⁵⁴

□ Eine Umgangsverweigerung muss zeitnah und wirkungsvoll sanktioniert werden.²⁸⁵⁵

Bei Wiederholungsfällen muss das Sorgerecht in Frage gestellt werden.²⁸⁵⁶

Inobhutnahmen einheitlich regeln und Familien schützen²⁸⁵⁷

Leider nimmt in Deutschland die Zahl der Familien ständig zu, die mit ihrer Erziehungs- und Pflegeaufgabe massiv überfordert sind und daher Unterstützung von außen brauchen. Damit einher geht ein kontinuierlicher Anstieg von Inobhutnahmen durch die Jugendämter. Oft traumatisieren Inobhutnahmen Kinder weiter, die bereits zuvor in der

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Familie traumatisiert wurden, vor allem wenn sich die Entscheidungsverfahren in die Länge ziehen. Hierbei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern und innerhalb derer zwischen verschiedenen Kommunen.

Meist ist die Inobhutnahme die letzte und einzige akut wirksame Maßnahme, um weiteren, größeren Schaden von Kindern abzuwenden. Doch immer wieder zerstören Fehlentscheidungen auch weitgehend intakte Familien, die aus teils banalen Gründen den Fokus des zuständigen Jugendamts geraten. Hierzu tragen neben teils unzureichender Ausbildung und Missbrauch begünstigenden Machtstrukturen die fortwährende Konfrontation mit versagenden Familien und die oft prekäre Personalsituation in der Jugendhilfe bei. Fehlende Qualitätsstandards für Gutachten erhöhen das Risiko einer gerichtlichen Fehlentscheidung zusätzlich. Hinzu kommt seit einigen Jahren die Überlastung durch die Massenmigration.

Eine Inobhutnahme darf nur erfolgen, wenn der Schaden beim Verbleib in der Familie größer wäre. Es muss mehr getan werden, um Fehlentscheidungen zu verhindern und Eltern möglichst immer in Maßnahmen einzubinden und in ihren Rechten, die Kinder zu beschützen, nicht zu verletzen.

Forderungen der AfD:

- Es müssen einheitliche Kriterien für Inobhutnahmen auf Bundes- und Länderebene definiert werden.

- Die Anforderungen an Gutachten und Gutachter müssen klar und einheitlich definiert und durch ein Zulassungsverfahren sichergestellt werden.

- Kompetente Familienmitglieder – zum Beispiel die Großeltern – sind der Übergabe an Pflegefamilien oder stationäre Einrichtungen immer vorzuziehen.

- Inobhutnahmen sollen so kurz wie irgend möglich sein, die Bindung an die Eltern und Geschwister ist zu pflegen.

Bildung, Wissenschaft und Technologieoffenheit

Das Menschenbild der AfD sieht jedes Individuum bestimmt durch seine persönliche Freiheit, durch sein Recht auf umfassende Entfaltung und durch seine persönliche Verantwortung gegenüber Mitmenschen und Gemeinwesen. Es gründet sich auf humanistische und abendländische Werte und Normen, in deren Zentrum die Chancengerechtigkeit steht. Nur durch eine adäquate Leistungsorientierung können Stärken herausgebildet und Schwächen überwunden werden. Dabei muss die Heranführung der Schüler an den Leistungsgedanken alters- und begabungsgerecht erfolgen. Die Schule leistet so einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Schüler und ihrer Befähigung, ihr Leben eigenständig zu gestalten.

Mut zur Leistung

Ein leistungsorientiertes, mehrgliedriges Bildungswesen ist die Grundlage unseres Wohlstands und wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Während seit Jahrzehnten Zahl der Abiturienten immer weiter steigt und die Noten auf dem Papier immer besser werden, fehlen den Auszubildenden und Studienanfängern jedoch mittlerweile grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten. Statt einer Senkung der

Leistungsanforderungen müssen die Bildungsstandards aller Schulformen und2903
78

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Bildungseinrichtungen wieder auf das Niveau einer führenden innovativen2904

Wissenschafts- und Industrienation angehoben werden.2905

Mehrgliedriges Schulsystem erhalten2906

Die AfD befürwortet ein nach Begabungen differenziertes Schulsystem, das dem2907
unterschiedlichen Leistungsvermögen der Schüler gerecht wird. Gleichzeitig soll aber2908
eine Durchlässigkeit gewährleistet werden. Hochbegabungen sind besonders zu fördern.2909

An allen Schulformen sollen die Klassenstärken verringert werden.2910

Das Abitur muss wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden; der Haupt- oder2911
Realschulabschluss zur Berufsausbildung befähigen. Wir werden verbindliche Kriterien2912
für den Übergang auf das Gymnasium festlegen.2913

Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) sind eine sinnvolle Ergänzung des2914
staatlichen Bildungswesens.2915

Schulpflicht zur Bildungspflicht umwandeln2916

Kinder haben ein Recht auf Bildung und der Staat ist verpflichtet dies sicherzustellen. Er2917
kommt dieser Verpflichtung aber nur noch unzureichend nach. Deshalb wollen wir die2918
im internationalen Vergleich sehr strenge deutsche Schulpflicht lockern und zu einer2919
Bildungspflicht umwandeln. Das Wohl der Schüler muss dabei immer im Vordergrund2920
stehen.2921

Wiedereinführen von Vorschulklassen2922

Die schulischen Leistungen in Deutschland sind seit Jahren rückläufig. Ein Hauptgrund2923
hierfür sind Entwicklungsrückstände und zu geringe deutsche Sprachkenntnisse. Wir2924
setzen uns für die Einführung einer bedarfsorientierten Vorschule ein, um alle Kinder so2925
weit zu fördern, dass sie dem regulären Unterricht folgen können.2926

Förderschulen als Bildungschance erhalten2927

Eine Inklusion muss mit Augenmaß erfolgen, den Kindern Erfolgserlebnisse2928
ermöglichen, darf aber Schüler und Lehrer nicht überfordern und die Mitschüler nicht2929
am Lernfortschritt hindern.2930

Kinder mit besonderem Förderbedarf erhalten in der Förderschule eine umfassende2931
Unterstützung, die die Regelschule nicht leisten kann.2932

Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förderschulen ein. Die Förderschule sollte2933
wieder zum Regelfall für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden.2934

Meinungsvielfalt statt einseitiger Ideologie2935

Schule ist kein Ort für politische Propaganda. Sie muss den Schülern die Freiheit geben,2936
eigene politische Denkweisen ohne Vorgaben durch Lehrpläne und Unterrichtswerke2937
zu entwickeln. Schüler haben das Recht, ihre politischen Ansichten ohne Angst vor2938
Repressionen und Diskriminierung durch Lehrer oder Mitschüler äußern zu können.2939

Die Lehrer selbst sind unbedingt zur Neutralität verpflichtet. Weder dürfen Sie zur Wahl2940
bestimmter Parteien noch zur Teilnahme an Demonstrationen aufrufen.2941

79

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Sinnvolle Digitalisierung2942

Grundsätzlich benötigen Schulen eine moderne, zeitgemäße IT-Ausstattung. Dies ist vor2943
allem für den Informatikunterricht, für die Berufsausbildung in technischen Fächern2944
sowie für den verantwortungsvollen Umgang mit den KI-Systemen notwendig.2945

Allerdings muss Digitalisierung stets unter den Prämissen der Sinnhaftigkeit und der Arbeitserleichterung betrachtet werden. Eine ausschließliche Verwendung von Tablets im Unterricht stellt eine Einschränkung der Methodenvielfalt dar. Online-Unterricht sollte möglichst vermieden werden.

Die ersten vier Schuljahre sollten vorwiegend digitalfreie Räume sein, da sie der Aneignung der grundlegenden Kulturtechniken Lesen, Rechnen und Schreiben dienen. Disziplinarrechte der Lehrer und Schulen stärken

Um den Auftrag der Schule gerecht zu werden, bedarf es einer Stärkung der rechtlichen Sicherheit und der Disziplinarrechte.

Berufliche Bildung stärken: mehr Meister statt Master

Die duale Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen ist ein Erfolgsmodell. Jedoch gefährdet das Streben nach immer höheren Abiturientenquoten den Nachwuchs in den Ausbildungsberufen. Zahlreiche Lehrstellen können aus Mangel an ausreichend qualifizierten Bewerbern nicht besetzt werden, zu viele Lehrlinge brechen die Ausbildung ab.

Die beruflichen Schulen müssen als tragende Säulen der beruflichen Bildung sowie des lebenslangen Lernens gestärkt und der Wert der beruflichen Bildung stärker gewürdigt werden. Die Haupt- und Realschulen sollen durch Kooperationen mit Unternehmen sowie den Industrie- und Handwerkskammern attraktiver werden.

Migration und Bildung

Die Integration von Migranten ist eine Herausforderung für das deutsche Bildungssystem, da viele von ihnen anderen Kulturkreisen und zudem oft bildungsfernen Schichten entstammen. Fehlende Vorbildung, mangelnde Sprachkenntnisse und kulturelle Differenzen verhindern in vielen Fällen eine erfolgreiche Qualifizierung für den deutschen Arbeitsmarkt.

Solange die Migranten nicht hinreichend Deutsch sprechen, um am Regelunterricht teilzunehmen, muss verpflichtender Deutschunterricht im Vordergrund stehen.

Islamisierung an deutschen Schulen beenden

Dem politischen Islam darf an deutschen Schulen kein Vorschub geleistet werden.

Muslimische Schüler dürfen keine Sonderrechte aufgrund ihres Glaubens wie z.B. die Befreiung vom Schwimm- und Sportunterricht gewährt werden.

Den Islamunterricht lehnt die AfD ab.

Nur so können wir der Herausbildung von Parallelgesellschaften entgegenwirken.

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Hochschulsystem und Wissenschaft

Bologna ist gescheitert: Diplom und Magister wiedereinführen

Die EU-weite Vereinheitlichung von Studiengängen (Bologna-Prozess) hat zu einer Verschulung des Studiums geführt. Die akademische Freiheit wurde beschnitten, ein Studienplatzwechsel erschwert. Arbeitgeber kritisieren die geringe Qualifikation von Bachelor-Absolventen.

Die AfD will die bewährten Diplom- und Magisterstudiengänge wiedereinführen. Die Modularisierung des Studiums und die Akkreditierungsbürokratie sollen abgeschafft werden.

Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre bewahren

Wissenschaft und Forschung müssen unabhängig von politischen, ideologischen,

wirtschaftlichen und finanziellen Interessen sein. Wir wollen eine höhere2991
Grundfinanzierung der Hochschulen, um deren Abhängigkeit von Drittmitteln zu2992
verringern. Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter sollen ihre Zeit für die2993
Forschung und Lehre verwenden und nicht für das Schreiben von Drittmittelanträgen.2994
Das Spektrum von Forschungsgebieten darf nicht durch eine Abhängigkeit von2995
Fördermitteln und Geldgebern eingegrenzt werden. Die AfD setzt sich für die2996
Technologieoffenheit in Forschung und Entwicklung ein.2997
Hochschulen sollen das Recht besitzen, Bewerber mittels standardisierter Eignungstests2998
und Aufnahmeprüfungen auszuwählen. Hochschulen haben zu gewährleisten, dass2999
Lehrveranstaltungen und Vorträge frei von politisch motivierten Störungen ablaufen.3000
Das Promotionsrecht muss Universitäten vorbehalten bleiben. Die Freiheit von Lehre3001
und Forschung ist unbedingt zu gewährleisten. Die zunehmende Einflussnahme „woker“3002
Ideologie auf die Universitäten und die Repression gegen unliebsame Dozenten ist zu3003
beenden.3004
Der durch politische Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und anderen3005
Quoten erzeugte Zwang zur Nivellierung ist zu beenden. Gleichstellungsbeauftragte sind3006
abzuschaffen. Bei der Besetzung von Stellen muss allein die fachliche Qualifikation des3007
Bewerbers entscheiden.3008
Für internationale Studenten aus Ländern, die nicht Teil des Abkommens über den3009
Europäischen Wirtschaftsraum sind, sollen angemessene Studiengebühren erhoben3010
werden.3011
Forschung und Technik3012
Die AfD vertraut auf die menschliche Innovationskraft, die für jede Herausforderung3013
Lösungen gefunden hat. Wir fordern technikoffenes Denken und Handeln, um3014
Wohlstand, gute medizinische Versorgung und hohe Lebensqualität zu fördern.3015
Techniken müssen danach bewertet werden, ob sie dem Wohl unserer Bürger, der3016
Wirtschaft und der Umwelt dienen. Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, die3017
auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik basieren. Sicherheit sowie3018
Wirtschaftlichkeit werden in der Anwendung gewährleistet.3019

81

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Neue Techniken werden oft aus ideologischen Gründen ohne wissenschaftliche3020
Grundlage abgelehnt. Die AfD wird die Aufklärung über den positiven Einfluss von3021
Techniken auf Mensch und Umwelt vorantreiben.3022
Eine Entpolitisierung der Forschungslandschaft ist dringend erforderlich, beispielsweise3023
bei den Fraunhofer- und Max-Planck-Instituten. Staatliche Forschungsförderung ist3024
entscheidend für deren Überleben, wodurch politische Vorgaben die3025
Forschungsschwerpunkte bestimmen und die Unabhängigkeit gefährden.3026
Subventionen, Dirigismus und Halbleiterindustrie3027
Die AfD lehnt Subvention von Techniken ab. Die staatliche Planung versagt regelmäßig3028
gegenüber dem Markt und schadet unserer Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit,3029
wie es z.B. der Niedergang der deutschen Solarindustrie, der e-Mobilität, das3030
Verbrennerverbot und das Heizungsgesetz zeigen. Techniken, welche der strategischen3031
Unabhängigkeit dienen, sollen vom Staat direkt finanziert werden.3032
Technologien, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen, setzen sich von selbst3033
durch, wie das Internet, Smartphones und der motorisierte Individualverkehr beweisen.3034
Produktionsstandorte entwickeln sich dort, wo Regulierungen, Infrastruktur, Bildung3035

und Kosten eine marktfähige Fertigung ermöglichen.3036

Die staatliche Subventionierung der Halbleiterindustrie ist ein aktuelles Beispiel für3037
verschwendete Steuermittel.3038

Kerntechnik3039

Die AfD wird in Deutschland neue, dringend benötigte Kernforschungszentren und3040

Kernkraftwerke schaffen, um seine führende Position in der Kerntechnik3041

zurückzugewinnen. Nach dem Ausverkauf deutschen Fachwissens sind gezielte3042

Investitionen notwendig, um innovative Technologien zu entwickeln und neue3043

Fachkräfte auszubilden. Dies dient der Energiesicherheit und dem Wohlstand künftiger3044

Generationen, als auch dem Umweltschutz.3045

Rohstoff- und Kreislaufwirtschaft3046

Recyclingtechnologien können ein effektives Mittel für einen verantwortungsvollen3047

Umgang mit Ressourcen und Abfällen sein. Sie setzen sich durch, wenn es energetisch3048

effizient und damit kostengünstig ist, Materialien sortenrein zu verarbeiten, und die3049

Verwertung von Reststoffen einen Wettbewerbsvorteil bietet. Deutschland ist in diesem3050

Bereich bereits gut aufgestellt.3051

Die Forschung an solchen Technologien in staatlichen Instituten, in Kooperation mit der3052

Industrie, könnten dabei helfen, Innovationen voranzutreiben. Pauschale Verbote, wie3053

bei Strohhalmen oder das in der EU diskutierte Verbot ganzer Stoffgruppen wie Teflon3054

und PFAS, lehnt die AfD ab. Stattdessen fordern wir eine evidenzbasierte Bewertung der3055

Risiken einzelner Stoffe.3056

Die Vermüllung der Weltmeere hat ihren Ursprung nicht in Deutschland, sondern3057

überwiegend in Ländern mit geringem Wohlstand. Hier hat die Politik anzusetzen.3058

82

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

Gentechnik3059

Die Verwendung von Produkten aus der gentechnischen Industrie in Nahrung, Kosmetik3060

oder Kleidung, ist im Alltag weit verbreitet. Statt diese Realität zu leugnen, muss3061

Deutschland, als rohstoffarmes Land, technologieoffen sein. Hemmend wirken3062

hierzulande Gesetze wie das Gentechnikgesetz (GenTG), das strenge Auflagen für Anbau3063

und Forschung macht, sowie die EU-Verordnung 1829/2003, die den Einsatz3064

gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in Lebensmitteln einschränkt.3065

Die AfD wird eine offene Debatte über die Vorteile der Gentechnik führen und einen3066

pragmatischen rechtlichen Rahmen durchsetzen. Dazu muss auch das GenTG einer3067

kritischen Überprüfung unterzogen werden. Insbesondere in der Medizintechnik muss3068

eine freiwillige und bewusste Entscheidung der Bürger möglich sein.3069

Luft- und Raumfahrt3070

Die Luft- und Raumfahrt sind Schlüsseltechnologien, in denen private Unternehmen wie3071

SpaceX durch Innovationen, etwa mit wiederverwendbaren Raketen, die Raumfahrt3072

revolutionieren. Im New Space-Zeitalter treiben private Firmen wie SpaceX und3073

Eutelsat OneWeb mit Projekten wie Starlink die Kommerzialisierung des Weltraums3074

voran, etwa durch globale Internetversorgung. Dies schafft Chancen, aber auch3075

Herausforderungen wie Weltraummüll.3076

Die AfD unterstützt Wettbewerb und Innovation, aber auch staatliche Programme zur3077

Erschließung und Erforschung des Weltalls. Die deutsche Raumfahrtwirtschaft muss3078

konkurrenzfähig bleiben. Durch einen pragmatischen Rechtsrahmen, wie z.B. ein3079

Raumfahrtgesetz, und die Senkung von Arbeitsplatz- wie Energiekosten kann dies3080

unterstützt werden.3081

83

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Kultur und Medienpolitik3082

Deutsche Leitkultur statt „Multikulturalismus“3083

Unsere Identität bestimmt die grundlegenden Werte, die von Generation zu Generation3084
weitergegeben werden.3085

Unsere Identität ist geprägt durch unsere deutsche Sprache, unsere Werte, unsere3086
Geschichte und unsere Kultur. Letztere sind eng verbunden u.a. mit dem Christentum,3087
der Aufklärung, unseren künstlerischen und wissenschaftlichen Werken. Die deutsche3088
Leitkultur beschreibt unseren Wertekonsens, der für unser Volk identitätsbildend ist und3089
uns von anderen unterscheidet. Sie sorgt für den Zusammenhalt der Gesellschaft und ist3090
Voraussetzung für das Funktionieren unseres Staates. Die gemeinschaftsstiftende3091
Wirkung der deutschen Kultur ist Fundament unseres Grundgesetzes und kann nicht3092
durch einen Verfassungspatriotismus ersetzt werden.3093

Die Alternative für Deutschland hält an den positiven Werten der Aufklärung und des3094
Humanismus fest und fordert eine geistig-kulturelle Erneuerung und Wende auf allen3095
Ebenen. Wir wollen die Errungenschaften der deutschen und europäischen Kultur3096
bewahren und die grundlegenden Werte der Menschenwürde, der Freiheit und3097
Selbstbestimmung in Deutschland und darüber hinaus hochhalten.3098

Brauchtum und Gedenken3099

Brauchtum wirkt identitätsstiftend und gemeinschaftsbildend. Deshalb wollen wir unser3100
Brauchtum und unsere Mundarten pflegen, wozu lokale Kulturvereine einen wichtigen3101
Beitrag leisten. Das Leid der Heimatvertriebenen darf nicht vergessen werden.3102
Baudenkmäler und heimische Architektur prägen Heimatgefühl und kulturelle Identität.3103
Die Schönheit historischer Innenstädte muss bewahrt und bei Bedarf durch3104
Rekonstruktionen wiederhergestellt werden.3105

Die deutsche Geschichte ist in ihrer Gänze zu würdigen. Die offizielle Erinnerungskultur3106
darf sich nicht nur auf die Tiefpunkte unserer Geschichte konzentrieren, sie muss auch3107
die Höhepunkte im Blick haben. Ein Volk ohne Nationalbewusstsein kann auf die Dauer3108
nicht bestehen.3109

Wir wenden uns gegen die zunehmend aggressiven Versuche einer ideologisch3110
geprägten, moralisierenden Umdeutung der Geschichte, die sich an der Schleifung von3111
Denkmälern und Umbenennung von Straßen festmacht.3112

Die Debatte um eine angeblich notwendige „Dekolonisierung“ unserer Kultur, die mit3113
einer Verteufelung des „weißen Mannes“ einhergeht, stellt das Selbstverständnis3114
unserer kulturellen Identität insgesamt infrage. Die AfD stellt sich als einzige politische3115
Kraft dieser Demontage unserer historisch-kulturellen Identität entgegen. Die3116
sogenannte „Critical Race Theory“, wonach Rassismus gegen Weiße nicht möglich sei,3117
lehnen wir ab.3118

Die AfD wendet sich auch gegen eine pauschale Rückgabe von Sammlungsgütern aus3119
kolonialen Kontexten.3120

Wir setzen uns ebenfalls dafür ein, den Beschluss des Bundestages endlich umzusetzen,3121
ein Mahnmal und ein Informationszentrum für die Opfer der kommunistischen3122

84

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin
Gewaltherrschaft zu errichten. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die SED-3123

Opferrente deutlich erhöht wird und verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden analog³¹²⁴ der Regelung für geschädigte Soldaten leichter anerkannt werden können.³¹²⁵

Schutz der deutschen Sprache³¹²⁶

Der Schutz und die Pflege der deutschen Sprache liegt uns besonders am Herzen: Wir³¹²⁷ fordern, dass die deutsche Sprache im Grundgesetz als Staats- und Amtssprache³¹²⁸ festgeschrieben und damit ihrer Bedeutung für die Einheit der Deutschen Ausdruck³¹²⁹ verliehen wird. Anerkannte Minderheitensprachen sollen selbstverständlich weiterhin³¹³⁰ gleichberechtigt bleiben.³¹³¹

Ideologische Verrenkungen wie die angeblich gendergerechte Sprache haben dagegen³¹³² in Deutschland nichts verloren; ihr Gebrauch soll in öffentlichen Einrichtungen und³¹³³ staatlichen Stellen zur Wahrung einer ideologiefreien Verständigung untersagt werden.³¹³⁴ Kulturförderung³¹³⁵

In der Kulturförderung muss die künstlerische Freiheit gewahrt bleiben. Politische³¹³⁶ Vorgaben der staatlichen Kulturförderung sind abzulehnen.³¹³⁷

Projekte, Vereine und Stiftungen, die staatlich gefördert werden, müssen sich zur³¹³⁸ freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen.³¹³⁹

Die AfD bekennt sich zur Kulturhoheit der Bundesländer und will die kulturpolitischen³¹⁴⁰ Aktivitäten des Bundes begrenzen.³¹⁴¹

Eine ausgewogene Gedenk- und Erinnerungskultur ist zentral für die Identitätsbildung³¹⁴² in Deutschland. Die Gedenkstätten werden durch den Bund und Länder auskömmlich³¹⁴³ finanziert und behalten ihre politische Unabhängigkeit.³¹⁴⁴

Keine Umsatzsteuerpflicht für Musiker, Künstler und freie Pädagogen³¹⁴⁵

Künstler, Musiker und freie Pädagogen sind oft als Freiberufler schwierigsten³¹⁴⁶ finanziellen Bedingungen ausgesetzt. Eine Umsatzsteuerpflicht ist nicht realistisch³¹⁴⁷ umzusetzen und drängt diese Personen in illegale Beschäftigungsverhältnisse. Wir³¹⁴⁸ werden künstlerische und pädagogische Tätigkeiten im Kunst- und Kulturbereich bis zu³¹⁴⁹ einer sinnvollen Einkommensgrenze von der Umsatzsteuerpflicht befreien. Als³¹⁵⁰ Pädagogen sind sie oftmals in prekären Anstellungsverhältnissen stundenweise an³¹⁵¹ Volks- oder Musikschulen beschäftigt. Die Möglichkeit einer Sozialversicherung z.B. über³¹⁵² die Künstlersozialkasse muss in jedem Fall gewährleistet sein.³¹⁵³

Medienpolitik³¹⁵⁴

GRUNDFUNK statt GEZ-Zwangsabgabe³¹⁵⁵

Mit rund 9 Milliarden Gebührenaufkommen zuzüglich Werbeeinnahmen ist der³¹⁵⁶ deutsche öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht nur der teuerste der Welt, sondern er³¹⁵⁷ verfügt auch über ein Vielfaches an Finanz- und Personalressourcen aller privaten³¹⁵⁸ Medien insgesamt. Der strukturell, personell und finanziell eng mit den etablierten³¹⁵⁹ Parteien vernetzte Apparat nutzt diese Macht entgegen den Anforderungen des³¹⁶⁰ Medienstaatsvertrags gezielt zur Meinungsmache bis hin zur Manipulation.³¹⁶¹

In seiner jetzigen Form ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht mehr zeitgemäß. Er³¹⁶² muss grundlegend reformiert, verschlankt und entideologisiert werden.³¹⁶³

85

Bundesgeschäftsstelle der Partei Alternative für Deutschland | Eichhorster Weg 80 | 13435 Berlin

Die AfD setzt sich vehement für eine nachhaltige Strukturreform des öffentlich-³¹⁶⁴ rechtlichen Rundfunks ein, dessen Aufgabe allein eine gebührenfreie Grundversorgung³¹⁶⁵ mit Informations-, Kultur- und Regionalprogrammen sein soll.³¹⁶⁶

Filmförderung³¹⁶⁷

Viele der Filmklassiker würde es unter den heutigen Bedingungen nicht mehr geben.³¹⁶⁸

Deshalb muss in der Filmförderung die künstlerische Freiheit wieder der Maßstab sein.³¹⁶⁹
Vorgaben der staatlichen Filmförderung, die darauf abzielen, ideologische Themen wie³¹⁷⁰
„Gender“, „Klimaschutz“ oder die „Vielfalt“ thematisch in Filmen zu verankern, um sie³¹⁷¹
gesellschaftspolitisch durchzusetzen, lehnen wir ab.³¹⁷²
Filmproduzenten sollen zudem in der Lage sein, wirtschaftlich zu handeln und Projekte³¹⁷³
nach Markt- und Publikumsinteressen umzusetzen, ohne durch staatliche Richtlinien in³¹⁷⁴
ihrer kreativen und wirtschaftlichen Freiheit eingeschränkt zu werden.³¹⁷⁵

Revision #1

Created 23 December 2024 16:47:08 by Admin

Updated 23 December 2024 17:14:43 by Admin